Donnerstag, 30. August 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 203 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 3,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Abgasarme Autos: Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) und Innenminister Zimmermann (CSU) haben sich noch nicht auf weitere Kaufanreize einigen können. Stoltenberg befürwortet eine steuerliche Erleichterung, Zimmermann eine direkte Kaufhilfe.

Scheidungsrecht: Die Neuregelung der Unterhaltsbestimmungen bei Scheidungen wird Anfang Oktober vom Bundeskabinett als Gesetzentwurf der Regierung beschlossen. Sie sieht vor allem mehr richterliche Möglichkeiten zur Kürzung des Unterhalts mit dem Ziel einer größeren Gerechtigkeit im Einzelfall vor.

Spionage: Zu zweieinhalb Jahren Haft wurde in Düsseldorf der Rostocker Chemiker Jürgen Wellner wegen Industriespionage für die „DDR" verurteilt. Ein bei Köln lebender Schwager Wellners erhielt sechs Monate.

Auf der Hut: Als Reaktion auf den geplanten Zusammenschluß Libyens und Marokkos will Spanien mehr Soldaten auf den Balearen-Inseln stationieren.

US-Wahlen: Der bei den Vorwahlen der Demokraten unterlegene schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson hat dem Spitzenkandidaten Walter Mondale seine Unterstützung im Wahlkampf zugesagt. (S. 5)

Ägypten: Der erste Staatspräsident nach dem Sturz der Monarchie, General Mohammed Nagib, wurde gestern in Kairo mit allen militärischen Ehren beigesetzt. Nagib gehörte der „Gruppe freier Offiziere" an, die 1952 König Faruk absetzten. (S. 3)

Argentinien: Wegen angeblicher Beteiligung an Folterungen und der Ermordung Oppositioneller ist General Luciano Benjamin Menendez inhaftiert worden.

Berlin: Erstmals in der Geschichte des Abgeordnetenhauses reist der parlamentarische „Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen" in die „DDR". (S. 10)

Heute: Jordaniens Kronprinz Hassan Bin Talal zu offiziellem Besuch in Bonn.

Politisches Buch

„Als Großmacht gescheitert, nicht aber als Nation", so Andreas Hillgruber in seinen „Fünf Beiträgen über Deutschland und die Deutschen", die Bernard Willms rezensiert. – Außerdem wird u. a. besprochen: „Sowjetische Kurskorrekturen" von Boris Meissner, „Der Streit um den Frieden" von Werner Becker und „Atomkrieg" von Horst Afheldt. Seite 7

WIRTSCHAFT

US-Autoindustrie: Trotz ihrer Rekordgewinne 1983 lehnen General Motors und Ford Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzgarantien ab. Statt dessen schlagen sie den Gewerkschaften einen Verzicht auf Lohnerhöhungen für drei Jahre vor. (S. 12)

Gutehoffnungshütte: Aufgrund der erneuten Verluste der Tochter M. A. N. im Geschäftsjahr 1983/84 wird die Dividende ein weiteres Mal gekürzt (von fünf auf drei DM). Der Bruttoverlust bei M. A. N. belief sich auf 329 Millionen DM. (S. 13)

Dritte Welt: Ein dauerhaftes und inflationsfreies Wachstum der Weltwirtschaft ist nach Ansicht von Bundesfinanzminister Stoltenberg die wichtigste Voraussetzung für die Lösung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer. (S. 11)

Börse: Ausgehend von einigen Sonderbewegungen setzte sich an den Aktienmärkten eine freundlich Tendenz durch. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 144,1 (143,3). Dollarmittelkurs 2,8815 (2,8924) Mark. Goldpreis 348,80 (349,75) Dollar.

KULTUR

„DDR"-Schriftsteller: Vielen bleibt am Ende doch nur die Ausreise. Die existentielle Not der Schriftsteller in der „DDR" zeigt exemplarisch der Fall des Leipzigers Gert Neumann. (S. 17)

Bayreuth: Wolfgang Wagner, Enkel Richard Wagners und seit 35 Jahren Chef der Festspiele, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Als sein großes Verdienst gilt die Sanierung des einst ständig am Rande des Ruins arbeitenden Familienunternehmens durch die Umwandlung in eine Stiftung. (S. 17)

ZITAT DES TAGES



» Forschung und Entwicklung zur Humanisierung des Arbeitslebens ist um so erfolgreicher, je größer der Konsens mit Arbeitgebern und Gewerkschaften ist «

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber FOTO: LOTHAR KUCHARZ

SPORT

Fußball: Nationaltorwart Harald Schumacher kritisiert die Spieler, die ihren Rücktritt erklärt hatten, unter Franz Beckenbauer aber wieder spielen wollen: „Sie haben den deutschen Fußball hängenlassen." (S. 16)

Tennis: Die 15 Jahre alte Steffi Graf unterlag in der ersten Runde der amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow bei New York in einer deutschen Auseinandersetzung gegen Sylvia Hanika mit 4:6, 2:6.

AUS ALLER WELT

„Discovery": Wegen einer neuen Panne ist der Start der US-Raumfähre gestern ein drittes Mal auf heute nachmittag (MESZ) verschoben worden. Im Steuerungsgerät für die zeitliche Abfolge der Startphasen waren Fehler entdeckt worden.

Wohnhaus-Brand: Das Großfeuer in Duisburg, bei dem sieben Türken ums Leben kamen, ist höchstwahrscheinlich auf Brandstiftung zurückzuführen. (S. 18)

Wetter: Im Norden wolkig, sonst heiter. 20 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn gibt sich jetzt gelassen: Honecker-Besuch zweitrangig

Keine Informationen aus dem SED-Politbüro / Vorbereitungen laufen weiter

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Unsicherheit, ob SED-Generalsekretär Erich Honecker Ende September in die Bundesrepublik Deutschland kommt oder nicht, hat Koalitionspolitiker zu Erklärungen veranlaßt, die als „Einstimmung" auf eine Absage aus Ost-Berlin gedeutet werden können. Am auffälligsten war dabei die deutschlandpolitische Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe. Er schrieb gestern, „so spektakulär" ein deutsch-deutsches Gipfeltreffen auch erscheinen möge, es sei nur ein weiterer, wenn auch wichtiger Baustein. „Entscheidend" für die Verbesserung der Verhältnisse im geteilten Deutschland seien „kontinuierliche" Entwicklungen. Es dürfe, so Rühe, keine „Fieberkurve des Auf und Ab" geben, da „Wechselbäder" den innerdeutschen Beziehungen nicht gut bekämen. Rühe war in der letzten Woche zu politischen Gesprächen in Ost-Berlin. Danach hatte er betont, er rechne nach wie vor mit einem Besuch Honeckers.

Im Bundeskanzleramt lagen gestern keine verläßlichen Informationen über die Absichten Honeckers vor, die allgemein nach der Sitzung des SED-Politbüros am Dienstag erwartet worden waren. Als zutreffend wurde der WELT bestätigt, daß in den Vorgesprächen mit Ost-Berlin der 26. September als Besuchsbeginn verabredet worden sei, es bislang aber keine „definitive Zusage" Honeckers gegeben habe. Insofern habe er noch jeden Spielraum. Im Bundeskanzleramt hieß es auch aufgrund der laufenden Kontakte mit Ost-Berlin auf der „Arbeitsebene", man rechne mit dem Besuch zum vorgesehenen Zeitpunkt. „Es gibt keine Hinweise, daß Honecker nicht kommt". Allerdings sei in Bonn bislang nichts über den Verlauf der Sitzung des Politbüros bekannt.

Eine Absage aufgrund auswärtiger Verpflichtungen Honeckers wäre „unverständlich", weil beide Seiten, ehe sie den 26. September in Aussicht genommen hätten, „die Terminkalender verglichen haben". Bundeskanzler Helmut Kohl hatte in einem Fernsehinterview gesagt, er erwarte die Äußerung Honeckers bis Anfang kommender Woche, und zwar schon aus organisatorischen Gründen.

Über den Ablauf des Besuchs sind nach Informationen der WELT bereits weitgehende Übereinkünfte erzielt worden. Danach ist vorgesehen, daß Honecker nicht zuerst von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, sondern von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen wird. Dies soll in Bad Kreuznach geschehen, „und zwar ohne klingelndes Spiel". Dadurch werde der Charakter des „Arbeitsbesuches" unterstrichen. In Bad Kreuznach sollen auch die politischen Gesprächsrunden zwischen Kohl und Honecker stattfinden. Der Besuchsfahrplan sieht vor, daß der SED-Generalsekretär dann Trier und das Saarland besuchen wird und erst im Anschluß daran auf Schloß Falkenlust in der Nähe von Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammentreffen wird. Von dort aus wird Honecker dann Essen und München besuchen.

Neben anfänglich großen Erwartungen macht sich jetzt in der Bundesregierung hinsichtlich der Frage, ob Honecker kommt, absagt oder eine Terminverlegung vorschlägt, eine gewisse Gelassenheit breit. Ein Regierungsmitglied erklärte dieser Zeitung: „Die Entscheidung, ob ein Gast kommen will, liegt nicht beim Gastgeber". Unabhängig davon wird von der Bundesregierung unterstellt, daß Honecker sehr wohl seine Besuchsabsichten mit Moskau besprochen hat. Ein anderers Verfahren wäre „völlig unvorstellbar". Deshalb könnten noch notwendige Absprachen mit Moskau nicht einmal intern als Grund für eine Absage angeführt werden.

Moskau rüstet für Großoffensive

Hubschrauber von Kabul nach Süden verlegt / Mudschahedin leisten erbitterten Widerstand

DW. Islamabad/Neu-Delhi

Mehr als 12 000 sowjetische Soldaten sind nach amtlichen Angaben aus Pakistan in der südostafghanischen Grenzprovinz Paktia zusammengezogen worden. Ein Sprecher in Islamabad erklärte, es gebe keinerlei Hinweise, daß die Sowjetsoldaten eine andere Aufgabe hätten, als afghanische Rebellen zu bekämpfen. Nach Information aus diplomatischen Kreisen in der pakistanischen Hauptstadt sind die zwei sowjetischen Regimenter und eine Brigade in den Süden Afghanistans entsandt worden, um den dort belagerten afghanischen Militärstützpunkten zu Hilfe zu eilen. Gleichzeitig heißt es, Moskau rüste für eine neue sowjetische Großoffensive. Eine Hubschrauberflotte sei bereits von Kabul an die pakistanisch-afghanische Grenze verlegt worden.

Die Truppenkonzentration der sowjetischen Militärs, die größte seit dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan vor fast fünf Jahren, zeigt, wie sehr die Mudschahedin den regulären afghanischen Truppen und ihren Verbündeten aus Moskau zusetzen. So hatten die Mudschahedin die 25 Kilometer von der pakistanischen Grenze entfernte Kaserne Ali Chel fünf Wochen lang belagert, ehe der Belagerungsring mit Hilfe sowjetischer Truppen durchbrochen werden konnte. Ein Entsatzheer aus Hassan Chel wurde jüngst von den Mudschahedin abgefangen und zurückgeschlagen.

Bei den blutigen Auseinandersetzungen sollen sowjetische Soldaten nach Angaben westlicher Diplomaten möglicherweise auch über die Grenze nach Pakistan hinweggeschossen haben. Nach Informationen aus Islamabad sollen dabei 54 Menschen getötet worden sein. Pakistan werte dies als Versuch, die Genfer Verhandlungen um eine diplomatische Lösung des Afghanistan-Problems zu beeinflussen.

Derweil gehen die von den Vereinten Nationen vermittelten indirekten Verhandlungen zwischen Kabul und Islamabad unter strengster Geheimhaltung weiter. Auf der Tagesordnung stehen seit Beginn der Gespräche, bei denen ein UNO-Sonderbeauftragter als „Briefträger" zwischen den getrennt tagenden Parteien hin- und herpendelt, vier Punkte. Pakistan besteht auf dem Rückzug sowjetischer Truppen und Garantien für die Rückkehr der vier Millionen Flüchtlinge in Pakistan und Iran. Kabul hingegen fordert internationale Garantien der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten. Das Hauptproblem aber ist Moskau, das sich nicht auf einen Zeitplan für einen Truppenrückzug einlassen will. Dies sei, so argumentiert die UdSSR, eine Angelegenheit zwischen Afghanistan und der Sowjetunion.

Innenministerium über Genschers Vorstoß verstimmt

DW. Bonn

Der Koalitionsstreit um die Ausländerpolitik hat zu einer deutlichen Verstimmung im Innenministerium geführt. Ein Ministeriumssprecher bedauerte gestern, daß sich durch Intervention von Außenminister Genscher die Antwort auf eine Große SPD-Anfrage zu diesem Thema verzögert habe. Das Thema habe nicht im Kabinett behandelt werden können, da Genscher noch am vergangenen Freitag telegraphisch Änderungswünsche zu der vorbereiteten Antwort angemeldet hatte. Hierzu erklärte das Auswärtige Amt, Zweck der Intervention sei es gewesen, eine „in allen Punkten den Absprachen in der Koalition entsprechende Antwort und eine objektive Darstellung des Sachverhalts zu erreichen".

Lehrer fordern verkürzte Arbeitszeit

p. p. Bonn

Die Lehrer-Gewerkschaft GEW setzt in den Herbst-Tarifverhandlungen vor allem auf die Verkürzung der Arbeitszeit der Pädagogen. Voraussichtlich im September wird die erste Runde beginnen. Vor Gericht jedenfalls sind jetzt erst wieder 52 Lehrer, die mit Unterstützung der GEW gegen die Länge ihrer Arbeitszeit geklagt hatten, gescheitert. Im Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig, dem ähnliche Urteile in anderen Bundesländern vorausgegangen sind, heißt es, daß die Lehrer mindestens 45,5 Wochenstunden ableisten müßten, um wegen ihrer langen Ferien den Standard eines „normalen" Beamten mit 40 Stunden-Woche und 30 Ferientagen zu erreichen.

Seite 3: Lange Ferien

Teuerungsrate: Tiefststand seit 1969 erreicht

DW. Wiesbaden

Die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland haben nach einer vorläufigen Berechnung im Monat August lediglich um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Das ist der geringste Anstieg seit Februar 1969. Im Juli hatte die jährliche Veränderungsrate nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes noch plus 2,2 Prozent betragen.

Nach einer vorläufigen Berechnung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ging der Preisindex für die private Lebenshaltung im Vergleich zum Juli um 0,2 Prozent zurück. Das Statistische Bundesamt erstellte seine Rechnung auf der Basis der bisher vorliegenden Ergebnisse aus vier Bundesländern.

Lufthansa peilt Route in die „DDR" an

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Heute morgen um neun Uhr will die Deutsche Lufthansa von Frankfurt aus ihren ersten Messeflug nach Leipzig starten. Ankunft in Leipzig-Schkeuditz: 10.20 Uhr, Rückflug nach Frankfurt: 10.55 Uhr.

Die Flugzeit wäre 25 Minuten kürzer, wenn die Boeing 737 „Offenbach" direkt fliegen könnte und nicht den Umweg über Eger in der Tschechoslowakei nehmen müßte. Die Mehrkosten an Treibstoff werden, da die innerdeutsche Grenze nicht überflogen werden kann, allein für die Zeit vom 30. August bis 11. September, in der täglich ein Hin- und Rückflug stattfindet, auf eine Dreiviertel Million Mark veranschlagt. Ähnlich sieht es bei der „DDR"-Fluggesellschft Interflug aus, die seit Jahren einen Charterverkehr von Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart anbietet. Sie fliegt von Hamburg aus eine Route über die Ostsee, sonst auch über die CSSR.

Beide Gesellschaften haben daher ein Interesse an einem Direktflug. In Bonn verlautet dazu, daß zunächst die Erfahrungen der Lufthansa abgewartet werden sollen. In diesem Lichte soll die Frage dann geprüft werden. Gegenüber den Alliierten würde in solchem Falle nur eine Informations-, aber keine Konsultationspflicht bestehen.

Größere Probleme ergeben sich beim Wunsch der „DDR" nach Überflugrechten über die Bundesrepublik Deutschland, den ihr Verkehrsminister Otto Arndt im Juli während seines Besuchs in Bonn vorgetragen hat. Dollinger hatte damals eine Prüfung zugesagt. Der Abschluß eines Luftverkehrsabkommens ist nicht in Sicht, es wird darüber auch nicht gesprochen.

In Bonn ist der Wunsch der Lufthansa sehr wohl bekannt, nach Berlin zu fliegen, zum Beispiel eine Verbindung Hamburg-Berlin-Wien aufzunehmen. Ins Auge gefaßt könnte dies jedoch nur werden, heißt es, wenn die Verkehrsgarantie der Alliierten für Berlin nicht angetastet werde.

Zwar hatte die Lufthansa bereits zur Frühjahrsmesse 1973 für ein Stuttgarter Reisebüro Charterflüge nach Leipzig durchgeführt. Der eigentliche Flugverkehr mit der „DDR" beginne doch erst jetzt, betont die Lufthansa. Dort wird sogar von einem Linienverkehr gesprochen, während es sich aus Bonner Sicht um einen Bedarfsverkehr zu festen An- und Abflugzeiten handelt, treffender: um Messe-Sonderflüge.

Die ersten Gespräche darüber hatte Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau bereits im März mit den zuständigen Staatssekretären in Bonn geführt. Die Verhandlungen fanden daraufhin auf der Ebene der Fluggesellschaften statt. Vereinbart wurden nicht nur die Messe-Flüge, sondern auch der Transport von Ruderbooten der „DDR"-Olympia-Mannschaft von Schönefeld nach Los Angeles durch eine Lufthansa-Tochter und ein Interline-Abkommen, also die gegenseitige Anerkennung von Flugscheinen. Wegen des Olympia-Boykotts der „DDR" wurde der Bootstransport nicht realisiert.

Von wirtschaftlicher Bedeutung ist für die Lufthansa auch, daß sie jetzt vom Ausland aus Flüge zur Leipziger Messe über Frankfurt anbieten kann. Sie zieht dadurch mit anderen Fluggesellschaften gleich.

DER KOMMENTAR

Genscher

MANFRED SCHELL

Vor wenigen Tagen erst hat Genscher von einem notwendigen „Neuanfang" in der Koalition gesprochen. Der FDP-Vorsitzende meinte damit, das Miteinander müsse wieder stärker zum Ausdruck kommen. Damit hat er vielen aus der Seele gesprochen. Kaum aber war dieser herzbewegende Appell unters Volk gebracht, machte Genscher selber ihn zur Makulatur – in der Diskussion über die Ausländerpolitik.

Was ist geschehen? Auf der Ebene der Staatssekretäre hat sich die Bundesregierung über ihre Antwort auf eine Große Anfrage der SPD zur Ausländerpolitik verständigt. Genschers Staatssekretär Ruhfus vom Auswärtigen Amt und Staatssekretär Kinkel aus dem Bundesjustizministerium, ein weiterer enger Genscher-Vertrauter, stimmten dem Papier zu. Das war am 24. Juli. Um 19.26 Uhr desselben Tages ging beim federführenden Bundesinnenministerium ein Fernschreiben des zuständigen Abteilungsleiters des Auswärtigen Amtes ein mit folgendem Inhalt: „Der Bundesminister des Auswärtigen beabsichtigt, Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Er kann deshalb dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen." Das Papier wurde daraufhin von der Kabinettsberatung abgesetzt; bis gestern aber lagen Genschers Wünsche noch nicht vor.

Dieses Verfahren wirft mehrere Fragen zugleich auf. Ist die FDP nach dem Amnestiedebakel und den Diskussionen um Buschhaus überhaupt noch berechenbar? Arbeitet Genscher mit dieser Art von Profilierungspolitik gegenüber der eigenen Partei – mal der große Versöhner im häßlichen Streit, mal der große Hellwache wider angeblich Illiberales – nicht doch insgeheim auf eine Wiederwahl als FDP-Vorsitzender hin? Es fällt schon auf, daß in diesen Tagen Spekulationen über den Gesundheitszustand des designierten Genscher-Nachfolgers Martin Bangemann unters Volk gestreut werden.

Vielleicht hält Genscher es für den Beweis der Unentbehrlichkeit seiner Partei, der Öffentlichkeit vorzuführen, wie der Schwanz mit dem Hund wackelt. Vielleicht verkalkuliert er sich auch. Die FDP hatte in den Augen vieler Einwohner eine Funktion, solange sie den Überschwang der SPD bremste. Wenn sie die Konsolidierung der Regierungspolitik und damit des Staates bremst, könnten dieselben Einwohner das Gefühl bekommen, daß diese Partei eine Fehlfunktion hat.

Südafrika: Nur wenige Inder gingen zur Wahl

dpa/DW. Johannesburg

Die südafrikanische Regierung sieht im Ausgang der ersten Parlamentswahl der indischen Bevölkerungsgruppe trotz der geringen Wahlbeteiligung von 20 Prozent „ein Mandat für die Verwirklichung der neuen Verfassung". Dies erklärte gestern Innenminister Frederik de Klerk, als die Ergebnisse von 32 der 40 Wahlkreise vorlagen. Die geringe Wahlbeteiligung sei jedoch enttäuschend.

Insgesamt 83 087 der 411 000 ins Wahlregister eingetragenen Inder hatten ihre Abgeordneten für das neue Parlament gewählt, das aus je einer Kammer für Weiße, Mischlinge und Inder gebildet wird. Die Wahl verlief im allgemeinen ruhig, doch hatte es im Ort Lenasia und anderen Siedlungen für Inder bei Johannesburg sowie in der Hafenstadt East London Zusammenstöße zwischen der Polizei und Wahlgegnern gegeben. Die Polizei setzte Schlagstöcke, Tränengas und Gummigeschosse ein. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen. Es gab Verletzte.

Sprecher der fünf an der Wahl beteiligten Parteien machten in ersten Reaktionen die Einschüchterung der Wähler durch aktive Gruppen von Boykott-Verfechtern und Verfassungsgegnern für die geringe Wahlbeteiligung verantwortlich.

Um die 40 Mandate der Kammer hatten sich zwei große und zwei kleinere Parteien sowie 74 unabhängige Kandidaten beworben. Davon erreichten nach dem Auszählungsstand in der Nacht zum Mittwoch die Solidaritäts-Partei und die Nationale Volkspartei je neun Mandate.

Einheit des Ostblocks beschworen

DW. Banska Bystrica

Der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow und der tschechoslowakische Staats- und Parteichef Gustav Husak haben vor „zunehmender Aktivität revanchistischer Kräfte" in der Bundesrepublik Deutschland gewarnt. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete, beide seien sich darin einig, daß diese Kräfte versuchten, die territorialen und politischen Realitäten, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben hätten, in Frage zu stellen. Es sei notwendig, die Einheit und den Zusammenhalt des Warschauer Paktes zu stärken. Der Westen wolle die sozialistische Gemeinschaft schwächen und „einen Keil in die Zusammenarbeit zwischen den Ostblockstaaten schlagen".

In einer Rede zum 40. Jahrestag des slowakischen Volksaufstandes gegen die deutsche Besatzung in der slowakischen Stadt Banska Bystrica sagte Ustinov: „Revanchismus und Militarismus", die von Bonner Regierungskreisen geschürt würden, riefen „große Beunruhigung und Empörung" hervor. „Liebhaber von Kriegsabenteuern verlangen frech die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges", erklärte der Minister. Die Völker, die die „Brutalität des deutschen Militarismus" kennengelernt haben, könnten diesen nicht vergessen. Die Sowjetunion werde daher „allen revanchistischen Forderungen" den stärksten und entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Kein potentieller Angreifer dürfe hoffen, „daß er einem zermürbenden Gegenschlag entkommt".

Jerusalem: Verhandlungen um Regierungsbildung fortgesetzt

Israelischer Angriff auf Guerrilla-Stellungen in Libanon

DW. Tel Aviv

Das Tauziehen um die Bildung einer neuen Regierung in Jerusalem geht weiter. Nach einem Bericht des israelischen Fernsehens will die Tami-Partei des früheren Religionsministers Abuhazeira in der neuen Knesset die Likud-Fraktion von Ministerpräsident Shamir unterstützen. Die Tami verfügt aber lediglich über ein Mandat. Damit verschlechtern sich die Aussichten des von Staatspräsident Chaim Herzog mit der Regierungsbildung beauftragten Chefs der Arbeiterpartei, Shimon Peres, ein Kabinett zu bilden.

Peres ist nach Meinung von Beobachtern nicht einmal in der Lage, eine Minderheitsregierung zu bilden. Dazu bräuchte er die Unterstützung von zumindest einer der religiösen Parteien, von denen bislang lediglich die orthodoxe Aguda-Partei eine eventuelle Bereitschaft zu einem Seitenwechsel erkennen ließ. Shamir und Peres trafen gestern zu einem weiteren Gespräch über die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit zusammen.

Straßenschlachten zwischen der Polizei und Demonstranten haben gestern eine geplante Kundgebung des rechtsradikalen israelischen Parlamentsabgeordneten Meir Kahane in der arabischen Stadt Umm el-Fahm in Nordisrael verhindert. Die etwa 7000 arabischen und israelischen Demonstranten protestierten gegen Kahane, der die rund zwei Millionen Araber aus Israel und den besetzten Gebieten ausweisen lassen will. Aus Sicherheitsgründen wurde die Veranstaltung Kahanes von der Polizei verboten. Arabische Jugendliche hatten sechs Polizeibeamte verletzt.

Die israelische Luftwaffe hat nach Angaben eines Armeesprechers die Befehlszentrale der von Abu Mussa geleiteten palästinensischen Untergrundverbände in der Bekaa-Ebene angegriffen. Die Aktion erfolge im Rahmen der israelischen Politik, die palästinensischen Guerrilla-Verbände „zu jeder Zeit und an jedem Ort anzugreifen", um Aktionen gegen die israelische Armee und israelisches Territorium zu unterbinden, sagte er gegenüber der WELT.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kübel übers Kabel

Von Peter Gillies

Eine gute Sache schlecht zu verkaufen, ist die Spezialität des Bundespostministers. Um die Kabelverstrickung zu entwirren, schob er der bisher fahrlässig schief informierten Öffentlichkeit Informationen nach, die das „Sonderangebot" für den Breitbandkabelanschluß in einem anderen Licht erscheinen lassen. Kernaussage: Für die Post sind die Kosten des Anschlusses nur eine von mehreren betriebswirtschaftlichen Größen. Rechnet man die längerfristigen Gebührenwirkungen ein, kann sie im Laufe der Jahre die Rentabilitätsschwelle erreichen. Jedenfalls ist es kurzsichtig, die Verkabelung als Synonym für Verschleuderung und Verlust zu mißbrauchen.

Ob die Kritik an Schwarz-Schilling, die verbohrt und nicht selten haßerfüllt tätig wird, davon Kenntnis nimmt, ist offen. Es hat sie auch bisher nicht angefochten, eine (wirtschaftlich) erforderliche Erhöhung beim Münzfernsprecher um einen Groschen mit dem gleichen Hohn zu kommentieren wie eine (wirtschaftlich) gebotene Gebührensenkung beim Kabel. Dabei sollte es keiner Erläuterung bedürfen, daß der hundertste Kabelanschluß von einem Übergabepunkt geringere Kosten verursacht, als wenn man von ihm nur zwei Haushalte versorgte. Dieser Effekt wird an den Kunden weitergegeben.

Nun geht es den Kritikern, die sich nur beim Kabel und sonst nirgendwo um die Betriebswirtschaftsrechnung der Post sorgen, natürlich nicht um Soll und Haben. Sie hegen die verkrustete Medienlandschaft, weil sie das freie Fernsehen verhindern wollen. Jede neue Technologie ist mit Risiken verbunden, die Einführung der Gasbeleuchtung, des Telefons oder der Fernwärme nicht minder als die des Breitbandkabels. Verluste sind möglich, gewiß, aber das ängstliche Unterlassen wäre noch verlustreicher.

Hier ist viel aufzuarbeiten. Die Politik vermochte bisher nicht, den Verbraucher mit Phantasie über die neue Kommunikation aufzuladen. Ihm einen Kabelanschluß schmackhaft zu machen, ohne dessen riesige Möglichkeiten mitliefern zu können, ist so schwierig wie der Verkauf eines schicken Autos ohne Motor. Diese Perspektiven nachzuliefern, ist eine Bringschuld der Regierung. Ein Postminister ist damit überfordert.

Preisgegeben

Von Enno v. Loewenstern

In der Bundesrepublik Deutschland weiß jeder, was von politischen Erklärungen des Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau und stellvertretenden EKD-Ratsvorsitzenden Helmut Hild zu halten ist. Jeder, jedenfalls, der ihn je haßerfüllt über die Pershing II. und behutsam über die SS 20 reden hörte. Die Menschen in Polen müssen es nicht wissen.

Sie müssen sich also fragen, was die deutsche Kirche will, wenn sie ihnen à propos Glemp durch einen ihrer höchsten Funktionäre sagen läßt: Auf Dauer werde eine deutschsprachige Minderheit in Polen nicht bestehen können; da es ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in Polen nicht gebe, werde es „ganz zweifellos" zu einer Integration der jüngeren Generation in das polnische Volk kommen; dies sei um der dort lebenden Menschen willen „sicher auch der richtige Weg."

Sie kennen aber gewiß den Trick, jeden üblen Einfall mit dem Werbespot „um der Menschen willen" zu verkaufen. Wer das sagt, ist eben menschlich. Menschen haben allerdings ihre Nationalität mit und ohne geschlossenes Siedlungsgebiet viele Jahrhunderte bewahrt. Was übrigens kein Wert an sich sein muß; wer will, mag ja jederzeit Pole, Amerikaner oder was immer in welchem Lande immer werden.

Aber wer nicht will, der hat das Recht, zu bleiben, was er ist. Wenn nun Hild als Zeithistoriker spräche, so könnte man seine Aussage als mehr oder weniger kompetente Lageeinschätzung nehmen. Aber er tritt in der Rolle des Seelenhirten, des Verantwortlichen auf – viele Deutsche in Polen sind protestantisch. Er weiß, daß das Problem der Deutschen in Polen nicht die fehlende Siedlungsgeschlossenheit ist, sondern die grobe Polonisierungspolitik.

Das mag um des dort herrschenden Regimes willen „sicher auch der richtige Weg" sein – aus dessen Sicht –; wie allerdings ein Kirchensprecher in einem deutschen Rechtsstaat so etwas unterstützen kann, das kann nur der verstehen, der den inneren Zustand dieser Kirche kennt. Die Deutschen in Polen, die ihn nicht kennen, könnten sich fragen, ob das vielleicht an der Religion liegt, und so könnten sie einen wichtigen Halt verlieren. Andere in der hiesigen Kirche sollten sich der Frage stellen.

Keine Verwandten

Von Joachim Neander

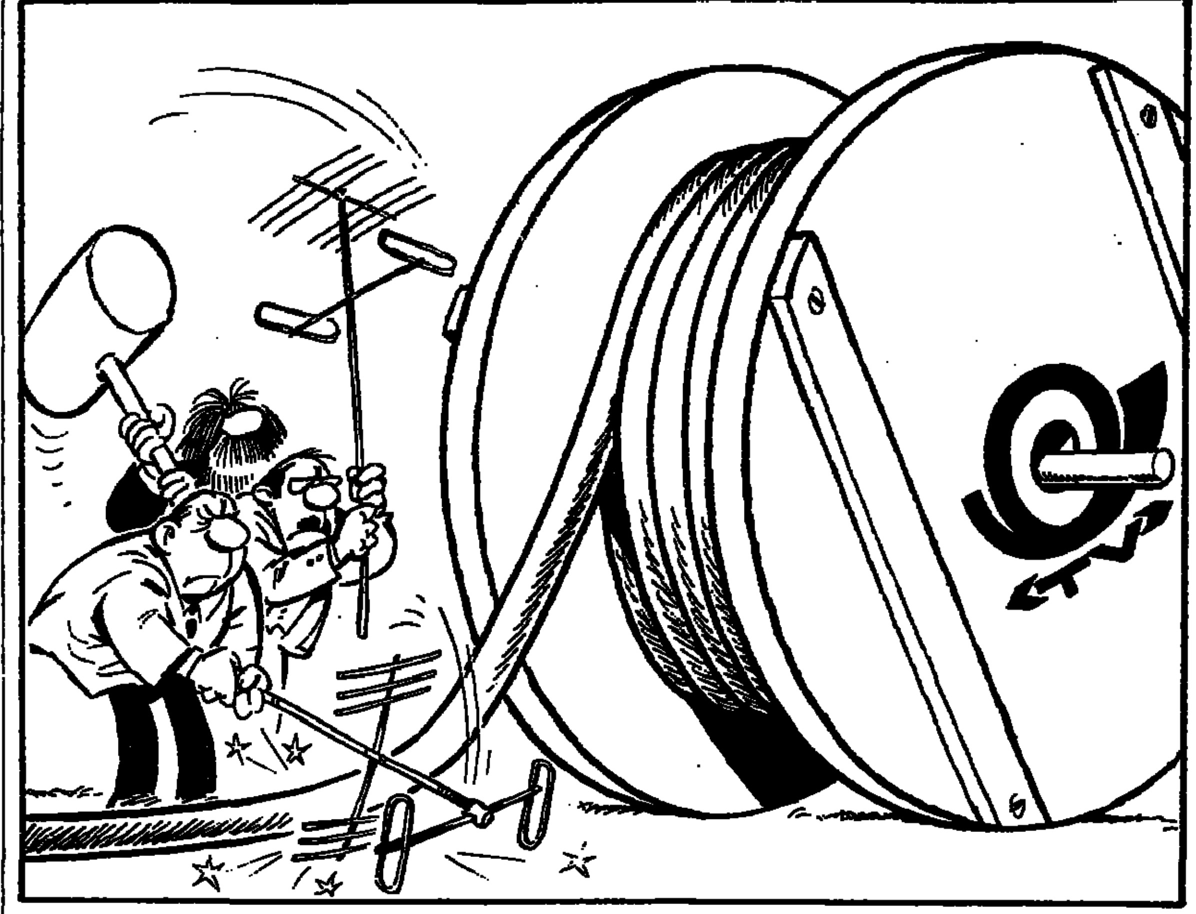
Die FDP legt Wert auf die Feststellung", so beginnt eine verblüffende Pressemitteilung der Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz. Man denkt an Politisches, aber nein, Wert legt sie auf die Feststellung, daß ihr neugewählter Fachausschußvorsitzender Gerhard P. mit dem gleichnamigen Steuerberater Herbert P. „weder verwandt noch verschwägert ist".

Herbert P., so viel zur Erläuterung, ist weder Kinderschänder noch Landesverräter, sondern lediglich das, was man so „im Gerede" nennt, im Zusammenhang mit einer in Verluste geratenen Firma. Aber dieser Erläuterung bedürfte es eigentlich gar nicht. Auch ohne sie reibt man sich die Augen und fragt zurück: Und wenn?

Wenn die beiden wirklich miteinander verwandt oder verschwägert wären – würde die FDP ihren Funktionär dann wieder abwählen? Oder müßte er sich öffentlich entschuldigen? Dem „Spiegel" und Panorama zwecks Verhinderung der Enthüllung einer so „verdächtigen Verbindung" eine eidesstattliche Versicherung darüber schicken, daß er mit seinem (selbstverständlich tief verfeindeten) Bruder, Cousin dritten Grades oder Schwippschwager in den letzten dreieinhalb Jahren kein Wort mehr gewechselt hat?

Die Mentalität, die aus dieser öffentlichen Selbstdemütigung einer Partei herausschaut, hat etwas Deprimierendes. Daß der Mensch ein eigenverantwortliches Individuum ist – ein uralter liberaler Grundsatz übrigens –, scheint vergessen. Selbst die peinliche Distanzierung vom Namensvetter nimmt die Partei ihrem Mitglied aus der Hand.

Dem einen oder anderen mag hier das Stichwort „Sippenhaft" in den Sinn kommen. Spuren solchen Denkens sind sicher vorhanden, wenn man ernsthaft fragt, ob jemand, falls er „solche Verwandtschaft" habe, für einen Ausschußvorsitz tragbar sei. Aber das hier ist doch wohl eher eine Mischung aus Ängstlichkeit und Philistertum. Es sind ja die Philister, die da glauben, die rein prozeßtechnisch gemeinte Formalfrage des Richters an den Zeugen, ob er mit dem Angeklagten verwandt oder verschwägert sei, diene der moralischen Abgrenzung.



Die Kabel-Stürmer KLAUS BÖHLE

Das unsichtbare Konto

Von Thomas Kielinger

Manchmal kommt es darauf an, Erfolge nach den Desastern zu messen, die nicht passiert sind." Der Satz aus dem Munde Präsident Reagans, gesprochen vor einem Kriegsveteranenverband in Chicago Ende letzter Woche, intoniert eine Melodie, die das Weiße Haus im kommenden Wahlkampf noch häufiger vortragen wird. Die Außenpolitik der Reagan-Administration steht im Brennpunkt des amerikanischen Wahlkampfes – vielmehr die Außenpolitik, die es nicht gab, denn Ronald Reagan sieht sich vornehmlich dem Vorwurf ausgesetzt, ein inaktiver Präsident im Außenpolitischen zu sein, ein Mann, der sich rar macht, vor allem gegenüber Moskau.

Engagiert er sich andererseits, vor allem im zentralamerikanischen Isthmus oder in Grenada, dann macht er, so heißt es, in „brinkmanship": also: er operiere am Abgrund. Demgegenüber beharrt der Präsident auf einem strategischen Faktum: Daß während seiner Wache – „on my watch" – der Kommunismus keinen Zollbreit Boden dazu erobert habe. Das meint er mit den Desastern, die nicht passiert sind. Reicht dies als Bilanz einer Amtszeit?

Einem oberflächlichen Eindruck zum Trotz gehört dieser Präsident nicht in die Kategorie des „gefährlichen Aktivisten". Seine Reden, die so klangen, waren immer nur eine Art „pep talk" fürs heimische Publikum, besonders den Kongreß, wo strategische Investitionen wie die große Ausgabensteigerung des Pentagon nur zu haben sind unter manchmal etwas martialischer Rhetorik. Im übrigen klingt selbst Ronald Reagans Sprache noch recht milde im Vergleich mit der „We-shall-fight-any-foe"-Rhetorik (Wir werden jeden Gegner bekämpfen) eines John F. Kennedy. Aber das war eine andere Zeit.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. In El Salvador ist seit dem Januar 1981 kein einziger US-Berater zu den vorhandenen 54 hinzugekommen. Der Untergrundkrieg in Nicaragua läuft auf Sparflamme. Nahost: Nichts als amerikanische Zurückhaltung. Reagans Friedensplan vom 1. September 1982 wurde nicht mit Nachdruck verfolgt, sobald der Präsident den regionalen Widerstand (zunächst Israels) zu spüren bekam. Später mußte er erkennen, daß die Umstände zu turbulent, zu unübersichtlich waren, als daß man weiter auf einer „Reagan-Doktrin" hätte beharren können. Also zurück mit dem Plan in die Mottenkiste.

Speziell Libanon: Der empfindlichste Rückzug der Reagan-Administration. Aber es gibt Situationen, wo es besser ist, die Verluste zu kappen. Einen Schauplatz weiter begegnen wir erneut amerikanischer Vorsicht: im Persischen Golf. Von der „Rapid Deployment Force", jener unter Präsident Carter inaugurierten schnellen Einsatzreserve, hört man unter Präsident Reagan so gut wie nichts mehr. Statt dessen vorsichtiges Taktieren im Vorfeld: So die Stärkung der saudischen Defensive durch Awacs-Flüge, Radaranlagen, Luftabwehrsysteme.

Kein Zweifel: wo Carter den diplomatischen Hochseilakt suchte, übt sich Reagan eher in Zurückhaltung. Grenada ist die Ausnahme: Eine spontane Wahrnehmung des „Kairos", des günstigen Augenblicks, der ihm bei schnellem Handeln Sieg versprach. Siegreiche Konstellationen für dramatisches amerikanisches Eingreifen hat es außer in Grenada aber nicht gegeben; das gehört auch nicht zum berechenbaren Muster der Zeitgeschichte. Übrigens sticht Reagan auch hier von Carter ab, der seinen Augenblick des militärischen Einsatzes bekam – die versuchte Geiselbefreiung in Iran – und ihn verspielte.



Den Augenblick wahrnehmen: Grenada-Putschist Coard wird nach der Festnahme abgeführt FOTO: AP

Die Behutsamkeit hat auch viel mit der Grundüberzeugung zu tun, mit der die Reagan-Equipe antrat: daß Amerikas Macht und Einfluß angeschlagen war und daß man von einer Position der Schwäche aus, die man von der Carter-Administration geerbt zu haben glaubte, keine großen Spiele wagen konnte. Dies mündete sogar in Zurückhaltung gegenüber dem gesamten Prozeß der INF-Verhandlungen. Diese Zurückhaltung wurde unter dem Druck der Allüerten bald aufgegeben, doch zu keinem Gewinn, da Moskau sich zum Ziel gesetzt hatte, den NATO-Doppelbeschluß von 1979 zu Fall zu bringen. Die traurige Bilanz der Abrüstungspolitik in den letzten vier Jahren kann ohne Berücksichtigung dieser Scheuklappen-Diplomatie Moskaus nicht analysiert werden.

Was bleibt, ist Reagans epochale Einzahlung auf das zunächst „unsichtbare" Konto der Außenpolitik: die Stärkung der amerikanischen machtpolitischen Moral. Das wichtigste Vehikel dafür war die Expansion des Pentagon-Etats. Präsident Carter verkündete zwar eine mutige Bis-hierher-und-nicht-weiter-Doktrin für den Persischen Golf, doch fehlte ihr unter jenem Präsidenten und in jenen Verhältnissen die Glaubwürdigkeit. Reagan dagegen hat bisher noch keine „Doktrin" verkündet; er hält sein Pulver sichtbar trocken. Doch zweifelt niemand daran, daß hinter seiner Zurückhaltung, die sich nicht gern in ungewinnbare Situationen verstricken läßt, ein neuer amerikanischer Wille und eine Fähigkeit verbergen, Interessen, auch militärische, wahrzunehmen, sollten die USA herausgefordert werden.

So kommt es zu der Bilanz dieses Präsidenten, daß während seiner Wache das östliche Gegenüber keinen Zollbreit Boden dazuerobert habe. Und über die Einzahlungen auf das unsichtbare Guthaben hat er den Frieden gestärkt und für eine mögliche weitere Amtszeit strategische Verhandlungsvorteile erwirtschaftet.

IM GESPRÄCH Ponce Enrile

Nachfolger für Marcos?

Von Christel Pilz

Eigentlich müßte Juan Ponce Enrile einer der gefürchtetsten Männer der Philippinen sein. Er ist Verteidigungsminister, und das schon seit vierzehn Jahren – was ihn weltweit zum Dienstältesten unter seinesgleichen macht –, neun Jahre davon unter Kriegsrechtsherrschaft. Dennoch hat er sich als Politiker profiliert, der für Demokratie und Parlamentarismus eintritt. Sollte Marcos ein zweites Mal das Kriegsrecht erklären, verspricht Enrile, ihm den Rücken zu kehren: Nicht noch einmal, so sagte er der WELT, wollte er Haftbefehle für Männer und Frauen ausschreiben, die seine Freunde seien. Während der Kriegsrechtszeit hat Enrile dafür gesorgt, daß Häftlinge von den besten Juristen verteidigt wurden. Viele haben ihm zu verdanken, daß sie ihre Freiheit zurückerlangten.

Enrile weiß, was Ungerechtigkeit und Armut heißt. Aus eigener Kraft hat er den Weg von seiner Heimatprovinz Cagayan (im Nordosten der Insel Luzon) zum Jurastudium an der „Universität der Philippinen" in Manila geschafft. Enrile war einer der prominentesten Firmenanwälte, als Präsident Marcos ihn 1965 berief, zunächst als Zollkommissar, dann als Justiz- und Finanzminister. 1970 zog Enrile in Camp Aguinaldo ein, dem Sitz des Ministeriums für Verteidigung. Im Verlauf seiner politischen Karriere verlor er die Staranwalts-Arroganz. Was blieb, ist seine Empfindlichkeit, die ihn sympathisch macht, seine Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft – ein Gentleman. Er lacht viel; sein Alter von sechzig Jahren sieht man ihm nicht an. Er gehört zu den ewig Jungenhaften.

Nach dem immer noch unaufgeklärten Mord an dem Oppositionsführer Benigno Aquino war Enrile der einzige aus dem Marcos-Regime, der der Witwe kondolierte. Enrile, den seine Freunde „Johnny" nennen, vertraut der versöhnenden Kraft der philippinischen Nationaleigenschaft, miteinander zu reden, einander zu vergeben, übereinander Witze zu machen und gemeinsam zu lachen.



Sucht den Dialog mit den Filipinos: Enrile FOTO: TUCCI/STUDIO X

Selbst jene Mitglieder der Opposition, die auf den Rücktritt von Marcos drängen, bezeugen Enrile ihren Respekt. Auch spricht für ihn, daß er als Mitarbeiter und Mitstreiter nur die besten der Besten wählt. So konnte Enrile in den Parlamentswahlen vom 14. Mai die meisten Stimmen aller Kandidaten der Regierungspartei „Neue Gesellschaft" (KBL) erringen.

Das hat ihn zu einem natürlichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in drei Jahren gemacht. Er ließ wissen, er werde zur Verfügung stehen, vorausgesetzt, daß dann weder Ferdinand noch Imelda Marcos sich um das höchste Staatsamt bemühen. Dazu dürfte es auch kaum kommen. Marcos ist krank, und niemand will Imelda haben. Astrologen prophezeien, daß schon Anfang nächsten Jahres ein Wechsel im Präsidentenamt notwendig wird.

Enrile sieht die Zeichen an der Wand, er spürt die Unruhe im Volk, sieht mit tiefer Sorge die sich verstärkende Polarisierung in links und rechts. Um einen Prozeß der Versöhnung einzuleiten, hat er mit Reisen durch die Inseln und Provinzen begonnen, wo er mit Feldkommandeuren die Lage bespricht und sich dem Volk zu schier endlos langen Dialogen stellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

EXPRESS

Das Kölner Boulevardblatt kommentiert den „Stern"-Prozeß:

Aus dem Betrugsprozeß wird immer mehr eine Nazi-Klamotte. Wenn Fälscher Kujau erzählt, werden die Nazi-Führer zu Comic-Figuren. Und vor der Tür präsentierte sich stolz ein Hitler-Doppelgänger den Fotografen. Im Gerichtssaal wird viel gelacht. Das Lachen bliebe besser im Halse stekken. Wenn es über die Grenze ins Ausland dringt, kann leicht ein Trauerspiel daraus werden für das Ansehen der Bundesrepublik.

Kölnische Rundschau

Zum Sinken der Inflationsrate heißt es hier:

Langsam scheint sich auszuzahlen, daß im laufenden Jahr von seiten des Staates gespart, vor allem aber auch eine kluge Tarifpolitik betrieben wurde. Die bis heute vereinbarte Erhöhung der Löhne und Gehälter liegt zwischen drei und vier Prozent. Zu Beginn der 70er Jahre war man da großzügiger, aber damals sind auch die Inflationsraten kräftig in die Höhe gegangen. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt bemerkt zum Honecker-Besuch:

Zu wenig hat man bedacht, daß Moskau dabei ein entscheidendes Wort mitzureden hat. Das Wort könnte geradezu „nein" lauten. Wenn das sowjetische Politbüro die Reise kategorisch ablehnt, kann Honecker sie nicht antreten.

TAGESANZEIGER

Das Züricher Blatt vermerkt rechte Töne in Deutschlands Umweltbewegung:

In einschlägigen Grundsatzartikeln des konservativen Teils in der Umweltschutzbewegung werden oft Vokabeln wie „Lebensraum" gebraucht, die einem in Kenntnis der Geschichte nicht so schnell über die Lippen kommen ... Man wird wohl in Zukunft vermehrt darauf achten müssen, daß in der Umweltbewegung mehr und mehr auch rechtes Gedankengut Eingang findet.

Die Presse

Zur Lage der baltischen Republiken in der UdSSR schreibt die Wiener Zeitung:

Nach den Schreckensjahren der Russifizierung in allen ihren Schattierungen hat Moskau längst eine Politik des langen Zügels für seine baltischen Sowjetbürger als die einzig mögliche erkannt. Doch hat man gleichzeitig auch die damit verbundenen Risiken nicht aus dem Auge verloren. Ließ man das katholische Litauen wenigstens so lange in relativer Ruhe, als es sich gegen den „Solidarnosc-Bazillus" resistent erwies, so mißfällt in jüngster Zeit vor allem die estnische protestantische Welle, die auch die junge Generation erfaßte. Hier ist es wieder der „Friedensbazillus", der immer lauter werdende Ruf nach einem kernwaffenfreien Baltikum, der das Moskauer Konzept gesamtstaatlich stört.

Der Brokdorf-Schläger und die kleinen Mädchen

Die deutsche Justiz gegenüber der Moral von heute / Von Georg Huntemann

Obgleich verdächtigt, zwei Mädchen zwischen neun und zehn Jahren in einem Bremer Freibad in ein Gebüsch gezerrt und sie sexuell mißbraucht zu haben, konnte der Täter alsbald, ohne Antrag der Staatsanwaltschaft auf Haftbefehl, aus dem Stadt- und Polizeiamt Bremens in die Freiheit entlassen werden. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft bestand keine Wiederholungsgefahr. Was da Ende August in Bremen geschah, passiert heutzutage vielerorts und wird vielleicht mit dumpfer Gleichgültigkeit hingenommen.

Sehr nachdenklich aber stimmt in diesem Fall, daß besagter Tatverdächtigter im Mai 1982 vom Landgericht Itzehoe in Schleswig-Holstein zu fünfeinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war, weil er Februar 1981 bei der Brokdorf-Demonstration brutal auf einen Polizisten, der in einem Wassergraben stand, eingeschlagen hatte. Das Bundesgericht hatte später das Urteil, aber nicht den Schuldspruch aufgehoben.

Zu diesem Beispiel noch ein anderes, um die Frage zu stellen, ob etwa in der Szenerie politischer Demonstration eine Moralrevolution aufbricht, die nicht nur das politische, sondern auch das ethische Gefüge unserer Gesellschaft zerstören will. Ein Mitte Juli dieses Jahres ebenfalls in Bremen festgenommener Einbrecher, der seine Opfer mit geladener Pistole bedrohte und 150 000 DM erbeutete, gab als Motiv seiner Tat „Umverteilung der Vermögen" an. Der „edle" Einbrecher, ein 35 Jahre alter ehemaliger Physikstudent, war aktives Mitglied der Grünen und nahm auf deren Landeswahlliste von 1983 den 14. Platz ein.

Parteiamtlich haben sich die Bremer Grünen sofort von dieser Art Umverteilung distanziert. Aber die Frage drängt sich doch auf, ob der radikale politische Protest nicht auch auf eine Kultur- und Moralrevolution tendiert, die nicht nur unsere freiheitliche Gesellschaft verneint, sondern auch die Wertmaßstäbe, nach denen wir bislang zwischen Gut und Böse unterschieden haben.

Akzeptiert die Bevölkerung unseres Staates überhaupt noch die herkömmliche Moral, oder sind wir ein gottloses und moralvergessenes Volk geworden, dem es nur recht geschieht, wenn ihm Brutalitäten aller Art um die Ohren geschlagen werden? Wie steht der Deutsche in unserem Staate etwa zu den zehn Geboten?

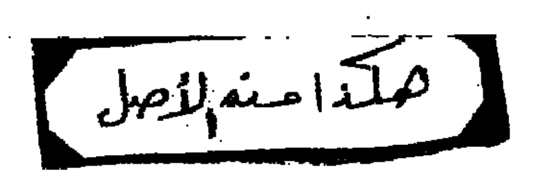
Eine Repräsentativumfrage des Bielefelder Meinungsforschungsinstitutes Emnid vom Herbst 1982 widerlegte alle düsteren Erwartungen von der verdorbenen Gesellschaft in der „kapitalistischen" Bundesrepublik. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes bekannte sich zum Ethos der in der Bibel offenbarten zehn Gebote. Neunzig Prozent und darüber waren für „Vater und Mutter ehren", „nicht töten", „nicht stehlen" und „kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten". Nur sieben Prozent der Befragten verneinten den Sinn des Gebotes „Du sollst Vater und Mutter ehren". Das mag manche Emanzipationsideologen zum Nachdenken anregen.

Ist es nur eine kleine Gruppe, die die „repressiven Gebote und Ordnungen" der herkömmlichen christlichen Moral zerstören will? Da stellt sich die Frage nach dem Verhalten der Kirchen und ob sie die Apartheid in Südafrika oder die „Befreiungs"-Kämpfe in Süd- und Mittelamerika angesichts dieser Herausforderungen unserer eigenen Gesellschaft zu wichtig nimmt. Und wenn man sich um die Probleme unserer Gesellschaft kümmert, müssen es dann jene Dogmen sein, wie sie der Berliner Theologe Helmut Gollwitzer aufstellt: „Die Kirche mit ihrem Evangelium trägt die Sprengkraft für die Klassengesellschaft in sich, sie gilt es freizumachen"? Und: „Die sozialistische Bewegung ist eine Spiegelung des Reiches Gottes"?

Zum Reiche Gottes hat Jesus jedenfalls nicht gesagt, daß die Gebote, die auch die Familie und das Eigentum schützen, dahingestellt seien. („Meint nicht, daß ich gekommen sei, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen; ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen", Matth. 5,17).

Christlicher Glaube bekennt sich, dem Christomarxismus und der Befreiungstheologie zum Trotz, zu einem Ordnungsethos. Die Menschen in diesem Lande haben sicherlich vor vielem Angst, nicht nur vor dem Krieg, sondern auch vor der Zerstörung von Gebot und Ordnung. Die Evangelische Kirche muß sich fragen lassen, warum an ihren theologischen Fakultäten eigentlich kaum oder gar nicht mehr Ordnungsethik gelehrt wird. Im Urteile der Bibel hat sich das Ethos nicht an der Gesellschaft nach einer jeweiligen Situation zu orientieren, sondern umgekehrt: Die Gesellschaft orientiert sich am Gebote Gottes.

Professor Dr. Dr. Georg Huntemann ist Pastor von St. Martini in Bremen



Lange Ferien – deshalb müssen Lehrer mehr als 40 Stunden arbeiten

Das Klagelied der Lehrer-Verbände und Gewerkschaften über die zu hohe Arbeitsbelastung der Pädagogen hat erhebliche Schalldämpfer erhalten: Die Verwaltungsgerichte weisen Klagen gegen die übermäßige Fron unisono ab.

Von PETER PHILIPPS

In der größten Lehrergewerkschaft ist man enttäuscht. Steffen Welzel, Sprecher der GEW, gibt dies unumwunden zu. Über Prozesse vor den Verwaltungsgerichten – von Lehrern zwar angestrengt, von der Gewerkschaft aber mit Rat und Tat begleitet – hatte man die Kultusminister bezwingen wollen. Die Lehrer wollten erreichen, was in den Tarifverhandlungen bisher gescheitert war: Arbeitszeitverkürzung. Doch die Richter urteilten anders als erwartet. Sie „haben sich angemaßt", rügt Welzel, „die Arbeitsbelastung eines anderen Berufsstandes zu beurteilen".

Das Verwaltungsgericht in Schleswig hat jetzt die lange Kette einschlägiger Prozesse abgeschlossen. 52 Lehrer hatten dort geklagt, ihre wöchentliche Arbeitszeit so zu reduzieren, daß auch sie in den Genuß der 40-Stunden-Woche des übrigen öffentlichen Dienstes kämen. Doch die Richter rechneten ihnen erst einmal vor, daß sie bei ihrer tatsächlichen – nach Abzug vor allem der Schulferien – 39 Wochen Jahresarbeitszeit schon mindestens 45,5 Vollstunden wöchentlich arbeiten müßten, um auf die Leistung des „normalen" Beamten mit 40-Stunden-Woche und 30 Urlaubstagen zu kommen. Mit der eher wolkigen Formulierung, daß der zeitliche Umfang der außerhalb des Unterrichts zu leistenden Arbeit des Lehrers kaum meßbar und vor allem nicht einheitlich sei, umschifften die Schleswiger Juristen elegant den Hauptstreitpunkt. Unter Aufjaulen der Betroffenen hatten Richter in Koblenz und Lüneburg in früheren Urteilen bereits die klagenden Lehrer ironisch aufgefordert, doch zu sehen, wie sie in der unterrichtsfreien Zeit zum Ausgleich kämen.

Dabei hatte einst alles so hoffnungsfroh für die Pauker-Verbände begonnen: Im Auftrag der Länder-Kultus- und Finanzminister legte die Schweizer Knight-Wegenstein-Gesellschaft 1973 eine Untersuchung über die Lehrer-Arbeitslosigkeit vor. Doch sie krankte an einem entscheidenden Punkt: Die Angaben über die Lehrer-Arbeit außerhalb der Schule – von Korrekturen der Klassenarbeiten über Unterrichts- Vor- und Nachbereitung bis zur sozialen Betreuung der Kinder – basierten alle nur auf den Eigenangaben der Pädagogen. Auf eine wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich 56 Stunden kamen die Knight-Wegenstein-Experten damals in ihren Berechnungen. Doch wegen des methodischen Mangels verschwand die Studie bei den Auftraggebern in den Archiven, während sich die GEW auch bei den jetzt ausgelaufenen Verwaltungsgerichts-Prozessen immer noch auf die Untersuchung stützt.

Nach Knight-Wegenstein unterrichtet der „durchschnittliche" Lehrer in den Unterrichtswochen täglich 24,4 Stunden à 45 Minuten. Da der Pädagoge als praktisch über die Hälfte seiner Arbeitszeit frei verfügen kann, kamen aber auch die Gutachter damals schon zu dem Schluß, daß er diesen Vorteil mit Mehrbelastung bezahlen müsse. Dies sei auch bei anderen Berufen im Vergleich zu Beschäftigungen mit fester Bürozeit üblich. Mit zehn Prozent wurde dieser Lebensqualitäts-Gewinn veranschlagt, so daß schon Knight-Wegenstein auf eine Mindest-Arbeitszeit für Lehrer von 44 Stunden kam.

Die Schleswiger Richter rechneten den klagenden Lehrern jetzt auf der von ihnen zugrunde gelegten 45,5 Wochenstunden-Basis vor, daß Grund- und Hauptschullehrer damit über 17,5 „ungebundene" Arbeitsstunden pro Woche verfügten, Gymnasiallehrer sogar über 21,5 Stunden. Dies sei „nicht offensichtlich unangemessen". Die Pflichtstundenzahlen liegen bei 28 Wochenstunden (Haupt- und Grundschulen), 27 (Real- und Sonderschulen) und 24 (Gymnasien). Knight-Wegenstein hatte – ebenfalls ergebnislos – gefordert, diese Regelstunden „zu eliminieren und ein neues Verfahren einzuführen, das eine gleichmäßige Arbeitszeit sicherstellt". Denn einen Grundschullehrer, sofern er sich nach einigen Jahren Routine überhaupt noch meßbar auf den nächsten Tag vorbereitet, kostet einschließlich der Korrekturarbeiten (die jedoch meistens in den Schulpausen oder Leerstunden gemacht werden) eine Deutschstunde 80 bis 103 Minuten Zeit. Beim Realschullehrer kam Knight-Wegenstein auf der Basis der Eigenangaben von Lehrern auf 101 bis 104 Minuten, bei den Gymnasiallehrern auf 99 bis 143 Minuten. Selbst beim Sportunterricht kamen die Lehrer in ihrer Zeitplänen noch auf Zuschläge für Vor- und Nachbereitung.

Für die Lehrer-Vertreter sind ohnehin schwere Zeiten inzwischen angebrochen. Denn die vergangenen Jahre mit ungeheuren Steigerungsraten im Bildungssektor, deren Ergebnisse immer lautere Klagen über – angebliche oder tatsächliche – Bildungsmängel bei den Schülern waren, sowie vielfältigen Politisierungsversuchen an den Schulen haben den Berufsstand im Ansehen, vor allem auch der entscheidenden Finanzminister, weit nach unten rutschen lassen. Angesichts von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen fällt es schwer, Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen zu erheben, während der größte Teil der Bevölkerung – als Eltern – kurze Unterrichtszeiten und lange Ferien sieht.

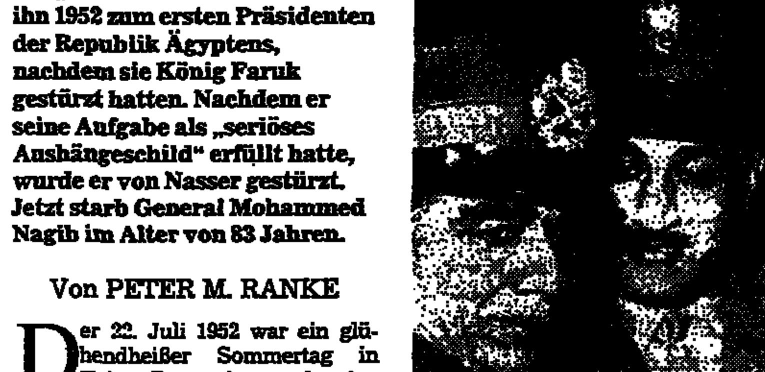
Am 6. Spetmber wird in Stuttgart die Große Tarifkommission von Verhandlungsführer ÖTV zusammenkommen, um die Marschroute für die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst für den Herbst festzulegen. Einen Tag später trifft sich der GEW-Hauptvorstand. Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche wird auch von dort propagiert werden. Doch bisher lautet die staatliche Handlungsmaxime noch „Nullrunde".

Dabei hat bereits vor 15 Jahren ein Länderfinanzminister einen erfolgversprechenden Weg gewiesen, wie man berechtigte Wünsche der Lehrer erfüllen könnte, ohne gleich Schleusen für alle jene mit zu öffnen, die heute schon kaum mehr als ihre wöchentliche Unterrichtszeit als Arbeit einbringen: „In der unterschiedlichen Arbeitszeit der Lehrer sollte die Reform ansetzen." Hier traf er sich mit Knight-Wegenstein. Die Österreicher, die uns ja auch historisch nicht allzu fern stehen, haben längst vorgemacht, wie so etwas aussehen kann. Denn dort wird nicht über einen Leisten geschlagen, was nicht vergleichbar ist: Eine Deutsch- oder Englischstunde am Gymnasium wird dort mit dem Faktor 1,17 angesetzt, eine Mathematikstunde mit 1,11, eine Musikstunde beispielsweise aber nur mit 0,91. Wer Korrekturfächer unterrichten muß, hat dadurch weniger Wochenstunden an der Schule zu absolvieren als etwa die Pauker in Sport und Handarbeiten.

Als Mohammed Nagib König Faruk ablöste

Die „freien Offiziere" machten ihn 1952 zum ersten Präsidenten der Republik Ägyptens, nachdem sie König Faruk gestürzt hatten. Nachdem er seine Aufgabe als „seriöses Aushängeschild" erfüllt hatte, wurde er von Nasser gestürzt. Jetzt starb General Mohammed Nagib im Alter von 83 Jahren.

Von PETER M. RANKE





Erst Verbündete, dann Feinde: Nagib (links) und Nasser
FOTO: KEYSTONE

Der 22. Juli 1952 war ein glühendheißer Sommertag in Kairo. Dennoch war der Anführer der „freien Offiziere", Oberstleutnant Gamal Abdel Nasser, fast den ganzen Tag unterwegs, um seine Offizierskameraden zu alarmieren. Der entscheidende Putsch gegen König Faruk sollte um Mitternacht beginnen. Die Parole der seit zehn Jahren im Geheimbund verschworenen „Freien Offiziere" hieß: Nasr (Sieg).

Am 21. Juli hatte König Faruk das fünfte Kabinett seit Januar gebildet. Seit jenem „roten Samstag" am 26. Januar, an dem Kairo brannte und die Polizei, Regierung und König Faruk des Aufruhrs nicht Herr werden konnten. „Es war ein Aufstand ohne Maß und Ziel, erwachsen aus Hunger und Verzweiflung", schrieb später Präsident Sadat über diesen Tag.

Die Kabinetts-Neubildung war das letzte Signal für die „Freien Offiziere" zum Losschlagen. Der Hof hatte abgewirtschaftet, Korruption war weit verbreitet, es herrschte soziales Chaos. Aber am Suezkanal standen noch immer britische Truppen, der Botschafter Seiner Majestät war in Kairo der tonangebende Mann. Würden die Briten auf Kairo marschieren, wenn die ägyptische Armee die Macht ergriff?

Das Führungskomitee der „Freien Offiziere" unter dem energischen und fuchsschlauen Abdel Nasser hatte in dem Bestreben, die Engländer aus der Militärrevolte herauszuhalten, schon lange nach einem gutbekannten, seriösen und sympathischen General gesucht. Er sollte als symbolischer Anführer der ägyptischen Bevölkerung, der Armee und dem Ausland sofort Vertrauen einflößen.

Die Offiziere fanden ihn in dem pfeiferauchenden und eher gemütlich wirkenden 1901 geborenen General Mohammed Nagib. Dieser integre Offizier war selbst nicht Mitglied der „Freien Offiziere", aber einer von ihnen, der spätere Marschall Hakim Amer, war sein Stabsoffizier. So wußte Mohammed Nagib um die Existenz der Verschwörer-Gruppe, zumal er mit ihren Stimmen zum Präsidenten des „Offiziersclubs" gewählt worden war. Aber bis zum 22. Juli war er nicht in den unmittelbar bevorstehenden Putsch eingeweiht.

Die Aktionen der Verschwörer liefen an jenem Tag um 23.00 Uhr an; die Regimenter in Kairo standen auf ihrer Seite. Als sich um Mitternacht die Kommandeure um Stabschef Farid im Hauptquartier sammelten, weil „irgend etwas im Busch" war, wurden sie alle auf einen Schlag gefangengenommen. Der Rundfunk wurde besetzt, die Hauptstraßen Kairos abgeriegelt. Es gab kaum Widerstand, kein Blutvergießen, die Stadt lag in tiefem Schlaf.

So übrigens auch König Faruk in seinem Sommerpalast in Alexandrien und der vorgesehene „Führer" des Umsturzes, General Nagib. Er war von den „freien Offizieren" noch nicht verständigt worden. Erst als um drei Uhr nachts das Telefon läutete und der Innenminister sich beschwerte (Ihre Kerle machen Krawall"), ahnte General Nagib, was los war. Er zog die Uniform an und fuhr mit zwei Offizieren ins Hauptquartier im Vorort Heliopolis.

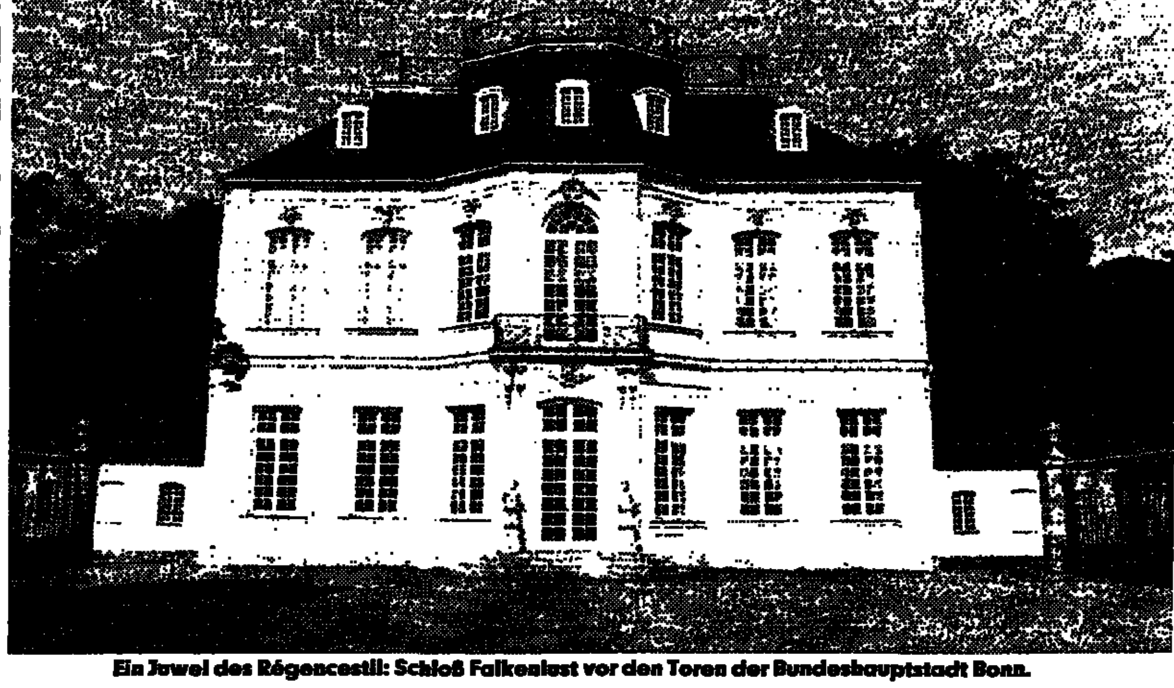
„Ich gratuliere euch, Kinder", sagte Nagib anerkennend zu Nasser, Amer und ihren Mitverschworenen. Die „Kinder" ernannten ihn auf der Stelle zum Oberbefehlshaber, und Nagib billigte den rasch zusammengeschriebenen Aufruf an die Nation. Doch als der morgens um sieben Uhr über den Rundfunk verlesen wurde, hatten sich schon alle Garnisonen der Revolte angeschlossen. Das monarchische Regime klappte in wenigen Stunden zusammen wie ein Kartenhaus.

General Nagib genoß den internationalen Ruf, der „Retter Ägyptens" zu sein. Abdel Nasser und Hakim Amer agierten zunächst weiter im Hintergrund. Internationale Verwicklungen blieben aus; England und die USA nahmen den Militärputsch am Nil hin. Die Briten marschierten nicht, sondern ließen sich sogar bis 1956 die völlige Räumung der Kanalzone durch Kairo abhandeln.

Der Höhepunkt für General Nagib kam, als er am 26. Juli König Faruk in Alexandrien das Ultimatum der Armee übersandte, sofort zugunsten des Kronprinzen Achmed Fuad abzudanken und das Land zu verlassen. Faruk gehorchte und verschwand noch am selben Tag mit 200 Koffern und in weißer Admiralsuniform auf seiner Yacht.

Im September 1952 wurde Nagib Chef und Kriegsminister der ersten zivilen Regierung. Als dann im Juni 1953 Ägypten zur Republik erklärt wurde, machte der „Revolutionsrat" ihn zum Staatspräsidenten und zum Regierungschef. Um diese Zeit wußten die Diplomaten in Kairo aber schon, daß Nagib eher die Schaufenster-Figur des „Revolutionsrats" war, der die wirkliche Macht ausübte. Und in diesem Gremium herrschte Oberst Gamal Abdel Nasser.

Der unvermeidliche Machtkampf brach im Februar 1954 aus, als Nagib zurücktreten mußte, weil er von Nasser nicht mehr gebraucht wurde. Nagib wurde noch einmal für wenige Monate als Präsident und Regierungschef zurückgeholt, weil er in der Bevölkerung zu hohes Ansehen genoß und die Revolutionäre falsch kalkuliert hatten. Im November 1954 aber schlug Nasser endgültig zu und stellte Nagib unter Hausarrest. Erst Präsident Sadat hob den Arrest auf, aber General Mohammed Nagib zog sich ganz aus der Öffentlichkeit zurück.



Ein Juwel des Régencestil: Schloß Falkenlust vor den Toren der Bundeshauptstadt Bonn.

Schloß Falkenlust – eine Lust des Bonner Protokolls

Von EBERHARD NITSCHKE

Eine Eintragung im Gästebuch auf der letzten Seite: „Es hat uns sehr gut gefallen – das Schloß ist ja noch schöner als Augustusburg!" Was da Touristen niederschreiben, ist jetzt auch Meinung des offiziellen Bonn. Plötzlich spricht man von „Falkenlust", jenem kleinem Schlößchen nahe dem Schloß in Brühl, das den Namen des Kurfürsten Clemens August trägt und von Fall zu Fall von der Bundesregierung zur großen Repräsentation verwendet wird.

Jetzt hat Bonn den Charme der kleinen Fasson entdeckt – und die Gäste Bonns – so Erich Honecker, falls er kommt – sollen zukünftig davon profitieren.

Eine rumpelige schmale Kopfsteinstraße führt durch die Felder. In der Ferne das Siebengebirge, auf der anderen Seite der Brühler Schloßpark, durch eine lange Allee mit „Falkenlust" verbunden, das der aus dem bayerischen Hause Wittelsbach stammende Kurfürst nach 1730 errichten ließ. Sein Baumeister war der Münchner Hofarchitekt François de Cuvilliés, gekostet hat das Schlößchen einmal die damals phantastische Summe von 55 000 Reichstalern. Ein Klacks angesichts der immensen Schulden, die der jagdbesessene geistliche Herrscher bei seinem Tode 1761 hinterließ.

Daß „Falkenlust", ausschließlich dem Zweck geweiht, möglichst schnell zur Falkenjagd auf die Felder zu kommen, so spät in den Gesichtskreis des Bonner Protokolls geriet, hat zwei gewichtige Gründe. Einmal wurden die Kriegsschäden an diesem Gebäude, das Privatbesitz war und erst nach 1960 für zwei Millionen Mark in den Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen überging, erst sehr spät beseitigt. Seit dem Ende des Kurstaates beim Einmarsch der Franzosen 1794 hatte es verschiedene Besitzer gefunden. Von 1832 bis 1960 immerhin gehörte es ein- und derselben Familie, die aber nach Eintritt der Schäden während des Zweiten Weltkrieges im Ausland lebte und sich nicht um den Zustand dieser architektonischen Kostbarkeit kümmern konnte.

Zum zweiten hat „Falkenlust" die sanitären Installationen seiner Zeit, also keine. Wasser wurde den hohen Herren von damals zur Wäsche in den bekannten winzigen Portionen, mit denen man auskam, verabfolgt. Der Rest war Parfüm. Und die heute noch als Nischen in der Mauer zu erkennenden „Retiraden", der Entsorgung gewidmet, wurden durch Handbetrieb der reichlich vorhandenen Kammerdiener und Lakaien entleert.

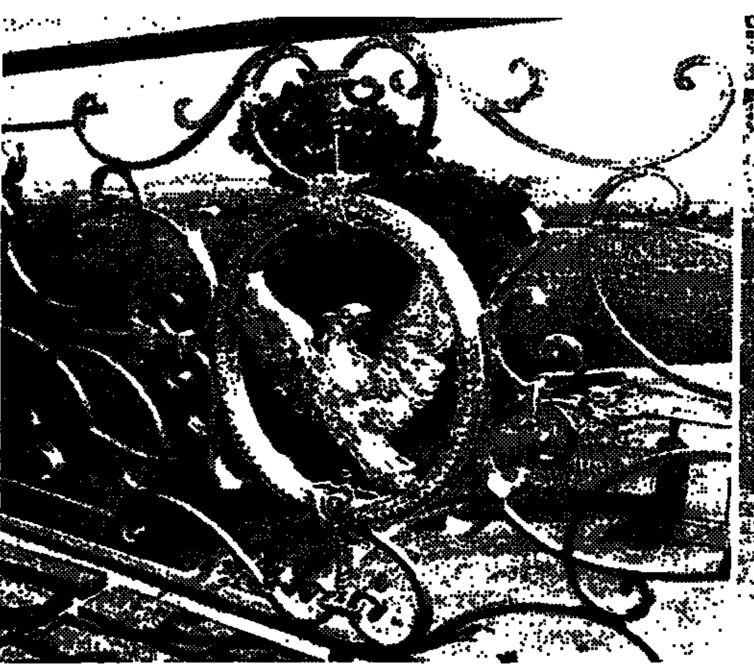
Aus Respekt vor der Vergangenheit sind also diese sanitären Neuerungen in die früher für die Jagdhilfen reservierten Nebenflügel verlegt worden. Staatsgäste haben zum Händewaschen in „Falkenlust" zur Zeit noch die gleichen Akkomoditäten, wie die Besucher, die für 1,50 Mark Eintritt die ganze Pracht besichtigen können, die erst bis 1974 unter Leitung des Staatshochbauamtes Köln wieder hergestellt und ergänzt wurde. Das kurfürstliche Jagdschlößchen muß also für Staatsgäste ein „Tagesaufenthalt" sein, und so war es ja auch in den letzten Wochen für einige angesagte Ereignisse vorgesehen gewesen.

Da durch einen glücklichen Umstand alle Baurechnungen aus der zwölfjährigen Bauzeit von „Falkenlust" erhalten sind, ergänzt durch ein Schloßinventar aus dem Todesjahr von Clemens August, das über Dekorationen und weitere Ausstattungen Auskunft gibt, präsentiert sich das im Regencestil erbaute zweigeschossige Gebäude heute so, wie der Fürst es gesehen hat.

Das Schloß mit seinem vielen bayerischen Weiß-Blau, seinem in allen Ausstattungselementen wiederkehrenden Falken-Dekor, ist ein einziges Entzücken. Bundeskanzler Helmut Schmidt wußte, was er tat, als er seinen Freund, den französischen Staatschef Giscard d'Estaing anläßlich eines Bonn-Besuchs hierher zum Frühstück einlud. Schließlich hat auch Clemens August in „Falkenlust" schon Politik gemacht, als er, damals ziemlich konspirativ, mit den Franzosen „kungelte", wie man das im Rheinland nennt.

Kann man sich von Staatsgästen, die hierher kommen und, höchstes Ziel des Protokolls aller Länder, der Atmosphäre erliegen, im allgemeinen nur Beifall für „Falkenlust" erwarten, so könnte ein bestimmter Gast auch noch etwas anderes spenden.

Das Rheinische Amt für Denkmalspflege hat sich bei der Wiederherstellung der Gärten von Schloß Augustusburg und „Falkenlust" nicht auf die Pläne stützen können, nach denen der Generaldirektor der königlich preußischen Gärten, Peter Joseph Lenné, ein geborener Bonner, im 19. Jahrhundert den Park umgestaltete. Diese Akten lagern in Potsdam und sind bisher von den Herren im anderen Deutschland nicht herausgerückt worden. Die Denkmalspfleger sind so phantasievoll, sich von einem bestimmten Herren aus diesen Kreisen Entgegenkommen zu versprechen – wenn er kommt.





Innen wie außen: Verschwenderischer Prunk und viel Liebe zum Detail FOTOS: PÄTOW/FRIESE

Waldsterben wird mit der „DDR" erörtert

DW. Berlin

In dem besonders von der Luftverseuchung betroffenen Kurort Bischofsgrün in Franken beraten jetzt zum erstenmal Fachleute aus der Forstbranche der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" über die Chancen, den deutschen Wald zu retten. Dieses Thema hatte Bundeskanzler Helmut Kohl kürzlich in verschiedenen Interviews als einen der Hauptpunkte seiner geplanten Unterredung mit Generalsekretär Erich Honecker bezeichnet. Die Experten werden drei Tage lang die geschädigten Wälder um Bischofsgrün begehen und darüber beraten, ob und wie durch spezielle Bodendünger oder Baumbehandlungen der schädliche Einfluß verschmutzter Luft verringert werden kann.

Wird Perschau 1985 Spitzenkandidat?

D.G. Hamburg

Die für das nächste Frühjahr geplante offizielle Benennung des Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzenden Hartmut Perschau zum Spitzenkandidaten seiner Partei für die Bürgerschaftswahl in zwei Jahren muß voraussichtlich verschoben werden. Dies wurde gestern in Parteikreisen bestätigt. Der Grund: Seit 1978 ermittelt die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen Perschau wegen einer Parteispendenaffäre und möglicher Steuerhinterziehung. Wann die Ermittlungen abgeschlossen sein werden, ist ebenso unklar wie die Frage, ob die Staatsanwaltschaft gegen den prominenten CDU-Politiker und Herausforderer von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi Anklage erheben wird.

Ein Sprecher der Hamburger CDU kritisierte, daß die Ermittlungen bereits seit sechs Jahren andauerten. Er äußerte starkes Interesse der Partei an ihrem schnellstmöglichen Abschluß. Bisher sei Perschau in der Bürgerschaft nicht angehört worden, und es gebe auch keinen Schriftwechsel.

Der Verdacht der Steuerhinterziehung und der Fehlleitung von Parteispenden steht im Zusammenhang mit der CDU-eigenen Gesellschaft „Hansa" für Öffentlichkeitsarbeit. Dieses Unternehmen soll für nicht existente Gutachten und andere Dienstleistungen beträchtliche Beträge kassiert haben. Perschau war während seiner Tätigkeit als CDU-Landesgeschäftsführer von 1975 bis 1980 auch für die „Hansa"-Gesellschaft zuständig. In dieser Spendenaffäre sind bereits zahlreiche Strafbefehle und Bußgeldbescheide ergangen.

Höffner: Dialog mit Wirtschaft fördern

KNA, Köln

„Der Mensch muß stets Ziel, er darf nicht Objekt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels sein." Mit diesen Worten hat der Erzbischof von Köln und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, anläßlich eines Besuches beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln die gemeinsame Verantwortung von Kirche und Wirtschaft umrissen, die beide zur Bewältigung des Strukturwandels in der deutschen Wirtschaft trügen. Der Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft müsse gefördert werden, ohne die Eigenständigkeit der Wirtschaft in Frage zu stellen.

Streit um Katalysatoren-Auto: Kaufhilfe oder Steuernachlaß?

Zimmermann und Stoltenberg noch uneinig / Mineralölsteuererhöhung gilt als sicher

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Spitzengespräch zwischen den Bundesministern Stoltenberg und Zimmermann über Anreize für den Kauf von Katalysatoren-Autos hat keine Einigung erbracht. Es sei bei den „diametralen Positionen" geblieben, hieß es gestern in Regierungskreisen in Bonn. Damit geht dieses Thema streitig ins Bundeskabinett, das nach der bisherigen Planung am 19. September eine Entscheidung herbeiführen will, obwohl inzwischen bereits von einem Termin im Oktober die Rede ist.

Zimmermann, so war zu hören, bleibt bei seiner Forderung, ab 1. Januar 1986 die Anschaffung des umweltfreundlichen Katalysatoren-Autos durch Kaufhilfen von zunächst 1500 Mark zu erleichtern. Der finanzielle Aufwand dafür soll durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer um drei Pfennig je Liter – in neuesten Berechnungen ist von fünf Pfennig die Rede – gedeckt werden. Der Minister befürchtet, daß ohne die Kaufhilfe der erhoffte Durchbruch ausbleiben wird. Er erinnert in diesem Zusammenhang an eine Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl, wonach sich umweltfreundliches Verhalten „lohnen" müsse.

Stoltenberg, das zeichnete sich bei dem vertraulichen Gespräch im Bundesinnenministerium ab, ist zumindest bislang zu keinen weiteren Konzessionen bereit. Er verweist auf die Beschlüsse des Bundeskabinetts vor der Sommerpause, wonach der Kauf solcher Autos durch Erleichterungen bei der Kraftfahrzeugsteuer angeregt werden soll. Stoltenbergs Position sei „*damit festgeschrieben*". Der Bundesfinanzminister fühlt sich durch die breite Diskussion im CDU-Präsidium und durch Einlassungen auch von CDU-Ministerpräsidenten in seinem Konzept bestärkt, obwohl es in dem Gremium keine Abstimmung gegeben hat.

Allerdings, so wurde berichtet, sei Stoltenberg aus dem Gespräch mit Zimmermann mit der Versicherung gegangen, er werde den gesamten Sachverhalt nochmals überdenken. Im Bundesinnenministerium wird der Standpunkt vertreten, über den „Charakter der Kaufhilfe" könne durchaus diskutiert werden. Hierbei sei man für „neue Überlegungen" offen, zum Beispiel, ob es eine Rückvergütung bei der Kraftfahrzeugsteuer oder Nachlässe bei der Mehrwertsteuer geben sollte. Einig seien sich Stoltenberg und Zimmermann darin, daß das bleifreie Benzin nicht teurer sein dürfe als der herkömmliche Treibstoff. Deshalb gilt die Erhöhung der Mineralölsteuer für bisheriges Benzin als sicher.

Zimmermann vertritt den Standpunkt, die Kaufprämie von 1 500 Mark mit degressivem Charakter bis 800 Mark im Jahre 1989 solle an den Autohersteller mit der Auflage gezahlt werden, sie an den Käufer weiterzugeben. Die Preisauszeichnung müsse dann in den Austellungsräumen entsprechend erfolgen. „Es kaufen wenige ein Katalysatoren-Auto, wenn sie dafür vorab mehr bezahlen müssen", hieß es im Bundesinnenministerium.

Hinweise auf spätere Vergütungen in der Kraftfahrzeugsteuer seien hier wenig attraktiv, weil sich die Bürger „mit einer Politik mit dem Rechenschieber nicht anfreunden können". Stoltenberg ist gegen solche direkten Subventionen. Der Hinweis des Ministers auf das deutliche Entgegenkommen bei der Kraftfahrzeugsteuer wird im Innenministerium damit zu entkräften gesucht, daß diese Steuernachlässe dafür da seien, um „laufende Mehrkosten" für ein Katalysatoren-Auto zu bestreiten. Der Katalysator habe nach vorliegenden Berechnungen eine Lebensdauer von höchstens 80 000 Kilometer.

Dem *Argument* Stoltenbergs, das Verfahren mit direkten Kaufprämien würde erhebliche bürokratische Aufwendungen auslösen, wird im Bundesinnenministerium entgegengehalten, es liege an Stoltenberg, ein einfacheres Verfahren vorzuschlagen, zum Beispiel im Steuerrecht. Einwände der Automobilindustrie werden im Bundesinnenministerium als nicht stichhaltig erachtet. Die deutschen Hersteller würden schon jetzt abgasarme Autos für den Export nach Japan und in die USA von ihren Bändern rollen lassen. Die Entscheidung liegt nun beim Bundeskanzler und beim Bundeskabinett. Der Bundesrat wird sich am 14. September mit dieser Materie befassen.

Industrie-Spion aus der „DDR" zerstörte Karriere des Schwagers

Prozeß in Düsseldorf legte neue Einschleusungs-Methoden und Geheimverstecke offen

WERNER KAHL, Düsseldorf

Ein Dozent für Schiffsbau in der mecklenburgischen Hafenstadt Rostock hat als Industriespion die Karriere seines Schwagers in einem weltbekannten Ruhr-Konzern zerstört. Unter Vorspiegelung fachlicher Interessen informierte sich der Agent bei seinem Verwandten in Köln über neue Verfahren im Bereich Erdöl/Chemie des Unternehmens, in dem der Schwager als Betriebsleiter tätig war.

Die mehrwöchige Verhandlung gegen die beiden Männer vor dem Staatsschutzsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts legte nicht bekannte Schleusungsmethoden und neue Geheimverstecke des Ostberliner Staatssicherheitsdienstes offen. So wurde der Rostocker Ingenieurdozent Jürgen Wellner bei seinen Agentenreisen nicht mit dem Auto, Flugzeug oder per Eisenbahn in die Bundesrepublik geschickt. Wellner benutzte den vom Geheimdienst für sicherer gehaltenen Autobus-Linienverkehr zwischen West-Berlin und Westdeutschland. Der „Rentner-Bus", so genannt, weil vor allem Rentner die niedrigen Fahrpreise ausnutzen, wird in Helmstedt gewöhnlich nur flüchtig kontrolliert.

Die Spionageabwehr enttarnte den promovierten Schiffsbauingenieur als vermutlich langjährigen „operativen Reisekader" des Ministeriums für Staatssicherheit. Mit jeweils zwei gefälschten Reisepässen der Bundesrepublik, auf tatsächlich existierende *westdeutsche* Bürger *ausgestellt*, fuhr er zu Bootsmessen, Technik-Ausstellungen und Kongressen.

Bei seiner Verhaftung im September vergangenen Jahres in Köln entdeckten die Beamten erst nach erneuter Prüfung eines Handtäschchens das raffiniert verarbeitete Paßversteck. Der Container kann weder beim Abtasten noch beim Durchleuchten auf Flughäfen festgestellt werden. „Wir haben es hier mit einer neuen Container-Generation zu tun", sagte der Sachverständige des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Geheimfächer mit Metallitzen, die mit einem Nagel an einem Punkt geöffnet werden können, sind passé.

Wissenschafts- und Technik-Spionage wird in Ost-Berlin von der Abteilung XIII des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) organisiert. Er habe sich „seinem" Staat „dankbar" erweisen wollen, sagte der Agent bei der Vernehmung. Laut Staatsanwalt gehört der Angeklagte drüben „zur gehobenen Mittelklasse". Neben dem Auto besitzt er ein Kajütboot. Die Ehefrau ist Apothekerin. Bei seinen Reisen blieben die Frau und seine drei Kinder als Faustpfand zurück.

„Verwandte und Freunde können sich untereinander nicht mißtrauen", verteidigte der Bonner Rechtsanwalt Hans Dahs den mitangeklagten Schwager aus Köln. Es handele sich um einen „besonders üblen Versuch" des Geheimdienstes, durch einen Verwandten einen Wissenschaftler „mit kollegialen Fachgesprächen" ins Netz zu ziehen. Mit der Verurteilung des „DDR"-Spions zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und einer neunmonatigen Strafe zur Bewährung für den Schwager im Westen zog das Gericht gestern den Schlußstrich unter die deutsch-deutsche Familienaffäre.

Die alten Germanen, jugendliche Raucher und der Fremdwörter-Boom

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Bei ihrem behutsam-tastenden Gang zurück in die Geschichte – gleichsam zu den Quellen der „DDR" – preisen die Verantwortlichen in Ost-Berlin jetzt sogar „Schwertgeklirr und Wogenprall". Denn die alten Germanen, bisher kein Gegenstand von Staatslob, wurden im FDJ-Blatt **„Junge Welt"** mit einer zutreffenden Würdigung bedacht.

Im „Herbst 9 unserer Zeitrechnung" vermeldete die Geschichtsdaten-Seite der Zeitung, für die Honecker-Nachfolger Egon Krenz jahrelang verantwortlich zeichnete, hätten bei der Schlacht im Teutoburger Wald die Germanen um ihre Unabhängigkeit von den Römern gekämpft. Im Stil einer Siegesmeldung bemerkt das flott gemachte FDJ-Blatt: „Vereinigte germanische Stämme unter Führung des Cheruskers Arminius zerschlugen die drei Legionen im Kampf Mann gegen Mann." Nun kann es nicht mehr lange dauern, und die FDJ läßt ausgewählte Jung-Funktionäre das Hermannsschlacht Denkmal nahe der Weser erklimmen. Bedenkt man, daß in den fünfziger Jahren noch ältere Lehrer ausgesprochenen Ärger bekamen, ließen sie die Jung-Pioniere in ihrer Klasse mehr aus Jux die altdeutsche Weise „Als die Römer frech geworden ..." anstimmen, fällt der Wandel in den Ostberliner Agitprop-Stuben besondes auf.

Mit welchen Problemen sich die „DDR"-Germanen der Gegenwart plagen müssen, lehrte ein ausgiebiges Gespräch über das mangelhafte Gesundheitsbewußtsein der eigenen Bürger. Im SED-Blatt **„Berliner Zeitung"**, herausgegeben von Honeckers gelegentlichem Kritiker Konrad („Conny") Naumann, schrieb der Präsident des „Nationalen Komitees für Gesundheitserziehung", Professor *Ernest Strauzenberg*:

„Es kann uns beispielsweise nicht gleichgültig sein, daß es viele Übergewichtige gibt, Jugendliche rauchen und daß immer noch eine oft wenig anspruchsvolle Freizeitgestaltung bevorzugt wird sowie ein Mangel an sportlicher Aktivität vorherrscht." Die um sich greifende Genußsucht in der „DDR" – in Edel-Alkoholika und superben Eßgelagen in Spitzenhotels zutage tretend – rügt der oberste Gesundheitserzieher Ost-Berlins: „Genießen? Ja! Aber nicht vorzugsweise durch Quantität. Das Leben wird durch bewußtes Kultivieren aller Möglichkeiten schöner und reicher."

In der **„Neuen Deutschen Presse"**, dem Organ des Journalistenverbandes, wird Klage über eine typische deutsch-deutsche Erscheinung geführt – der Vermischung des Deutschen mit Anglizismen aus dem westlichen Sprachraum. Ansteigenden Femdwortgebrauch „in nahezu allen Lebensbereichen" bemerkt das Fachorgan. Selbst der eigene Duden enthalte unterdessen Wörter wie „Babysitter, Bluejeans, clever, Comeback, Feature, Playboy, Publicity oder Service". Derlei Vokabeln gehorchen „nicht dem Zeigefinger der Deutschen", klagte der Autor.

Aus der Presse von drüben

Weshalb mitteldeutsche Leser die Lektüre ihrer eigenen Gazetten durchgängig so ermüdend und zum Gähnen finden, versucht das Fachorgan kritisch zu benennen: Wer in Artikeln nicht geläufige Fremdwörter benutze, laufe Gefahr, daß solche Beiträge „nicht gelesen, sondern beiseite gelegt" würden.

Während sich der Senat von Berlin bemüht, nunmehr Ordnung in seine chaotischen Vorbereitungen auf die *750-Jahr-Feier der Stadt 1987* zu bekommen, reifen in Ost-Berlin Schritt für Schritt eine Reihe touristenwirksamer Projekte heran. In der **„Berliner Zeitung"** berichtet der Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin – Konkurrent der Museen des Preußischen Kulturbesitzes im Westen –, Dr. Günter Schade: „Wir freuen uns, daß wir die umfassend restaurierte und renovierte ständige Ausstellung der Gemäldegalerie alter Meister in 25 Räumen für das Publikum wieder öffnen konnten." Das Ostberliner Museum für Ur- und Frühgeschichte Europas zeigt anläßlich eines Kongresses in Rotterdam die Schau „Troja und Thrakien". Also auch Heinrich Schliemann, der altpreußische Archäologe von Troja, wird in Ost-Berlin gewürdigt.

Über die unsägliche Selbstbeweihräucherung, das Pathos der Feiern und auch über die Technik, in der „DDR" ohne viel Aufwand materiell unbesorgt zu leben, liest man in der August-Ausgabe von **„Sinn und Form"** etwas. Erich-Günther Sasse beschreibt eine solche Stunde:

„Der Direktor holte tief Luft. Er machte sich von der Frau frei und sprach langsam weiter von der hohen Verantwortung, die ihnen allen übertragen sei und die sie so glänzend gemeistert hätten ... Als der Parteisekretär auch im Namen der Betriebsparteiorganisation gratulierte und weiterhin alles Gute wünschte, auch im persönlichen Leben ... schob sich der Dichter an den Reporter der großen Zeitung heran. Der Dichter war gut fünfzig, sah aber viel jünger aus. Er trug Nietenhosen und eine schwarze Jacke aus dünnem, weichen Leder.

Er war ehrenhalber Mitglied des Forschungskollektivs. Er forschte nicht mit, aber einmal im Jahr las er aus seinem neuesten Werk und stellte sich der Diskussion, die meist nicht zustande kam. ... Von den Prämien bekam der Dichter einen Anteil. Zu allen Feiern ließ er sich regelmäßig sehen." Das „Gewußt-wie" ist eben auch im Sozialismus manchmal das ganze Geheimnis.

Bischofskonferenz sieht Brief von Glemp positiv

Höffner wird antworten / Keine Details über Kommission

GEORG BAUER, Bonn

Auf Beschluß des Ständigen Rates der Bischofskonferenz wird Joseph Kardinal Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, den Brief von Kardinal Glemp, Primas der katholischen Kirche in Polen, beantworten. Nähere Details über die Bildung einer gemeinsamen Kommission aus Vertretern der beiden Kirchen, wie sie von Kardinal Glemp im Zusammenhang mit der Frage der seelsorgerischen Betreuung deutscher Minderheiten in Polen vorgeschlagen worden waren, wurden vom Ständigen Rat jedoch nicht besprochen. Wie die Pressestelle der Bischofskonferenz in Bonn, die keinen Termin für die Beantwortung der Botschaft Glemps nennen konnte, mitteilte, sei der Brief Glemps bei der Tagung des Rates in Würzburg nur „zur Kenntnis" genommen worden.

Der Kardinal, der Mitte August die Existenz deutscher Minderheiten in Polen bestritten hatte, rückte in dem Brief mit seinem Vorschlag an Höffner von diesem Standpunkt ab. Den Vorgang kommentierte der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, mit den Worten, in der Angelegenheit sei dank des Briefes von Glemp ein beachtlicher Fortschritt erzielt worden. Bereits kurz nach der Predigt hatte Schätzler, gerade von einer Reise nach Polen zurückgekehrt, die Äußerungen Glemps kritisiert.

Wohl mit Blick auf die polnischen Behörden, fuhr Schätzler damals fort: „Aber ich möchte auch die Schuld darin sehen, daß man ihn mit dieser juristisch-politischen Terminologie bedrängt hat." Tatsächlich verfolgt Warschau gegenüber ethnischen Minderheiten trotz völkerrechtlich verbindlicher Abmachungen eine Politik der Intoleranz. Die Behauptung Glemps, polnische Bürger, die sich nicht als Angehörige des polnischen Volkes fühlten, stempelten sich damit selbst zu Ausländern, entspricht der Praxis der polnischen Nationalitätenpolitik.

Die größte ethnische Minderheit bilden die Deutschen. Nach mehreren Vertreibungswellen bis 1948/49 verblieben von den einst zwölf Millionen Deutschen östlich der Oder-Neiße-Grenze 1,8 Millionen im polnischen Herrschaftsbereich. 1,35 Millionen davon lebten in Ostdeutschland (Pommern, Schlesien, Ostpreußen) 430 000 Volksdeutsche im eigentlichen Polen und mehr als 30 000 in der vormals freien Stadt Danzig.

Besonders betroffen waren die Ostdeutschen, die aufgrund wirtschaftlicher Aspekte an einer Ausreise gehindert wurden. Polen brauchte damals wertvolle Arbeitskräfte und vor allem Fachleute, um die annektierten Ostgebiete wirtschaftlich nutzen zu können.

Die Deutschen mußten unter Androhung des Verlustes der Wohnung, des Arbeitsplatzes, der Lebensmittelkarten und anderer sozialer Unterstützungen ihre Loyalität zum polnischen Staat durch Sonder-Kommissare „verifizieren" lassen. Sie mußten sich – je nach ihrem Status und ihrer Bedeutung für den polnischen Staat – von der Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe lossagen und sich als Polen „rehabilitieren". Deutsche, die weder Anträge auf „Verifizierung" noch „Rehabilitierung" gestellt hatten, wurde die polnische Staatsangehörigkeit durch das Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahre 1951 aufgezwungen. Die Deutschen waren damit gezwungen sich als polnische Staatsangehörige und sogar als polnische Volkszugehörige zu bezeichenen.

Die Entnationalisierungspolitik wurde begleitet durch Verbote, eigene Verbände zu bilden, Schulen zu unterhalten und Unterricht in Deutsch zu geben. In der polnischen Provinz Oberschlesien ist sogar der Deutschunterricht an Gymnasien verboten.

Obwohl Warschau die Deutschen als Minderheit überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, bekennen sich heute rund 1,1 Millionen Deutsche zu ihrer Nationalität.

Nach Schätzungen leben davon 800 000 in Ostdeutschland, und 300 000 sind sogenannte Volksdeutsche.

Nach einer Mitteilung des Abgeordneten Herbert Hupka gehören sie zu 80 Prozent dem katholischen Glauben an. Gleichzeitig ließ der Christdemokrat wissen, daß heute noch in Breslau, wo rund 10 000 Deutsche leben, in zwei Kirchen, der Christophori- und der Adalbert-Kirche, Messen in deutscher Sprache gelesen würden. Dies geschehe allerdings nur in diesen beiden Gotteshäusern.

Daß in Polen der Wunsch nach seelsorgerischer Betreuung für Deutsche durchaus existent ist, wird auch durch die Worte des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz unterstrichen. So müßten polnische Priesteranwärter in den Diözesen, in denen noch deutschstämmige Gläubige wohnen, als Pflichtfach Deutsch lernen. Geklärt ist jedoch nicht – dies ist wohl eine der Hauptaufgaben der Kommission – ob die Kirche aufgrund der ausreichenden Zahl von Deutschen in Polen verpflichtet ist, für eine deutsche Liturgie im Gottesdienst zu sorgen.

Vor Gericht sortierte Kujau seine Tagebücher

Heidemann soll Anweisungen über den Inhalt gegeben haben

UWE BAHNSEN, Hamburg

In dem Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher vor der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts lagen gestern, am dritten Verhandlungstag, zum erstenmal die Materialien auf dem Tisch, die der eigentliche Gegenstand des Verfahrens sind: Konrad Kujau, der nach der Verlesung der Anklageschrift als erster der drei Beschuldigten zur Person vernommen wurde, sortierte die 25 Tagebuch-Kladden, die er nach eigenem Eingeständnis 1981 gefälscht hat, in der Reihenfolge, in der er sie geschrieben hatte.

Anschließend setzte er seine am Vortag begonnene Darstellung des gesamten Falles fort. Die immer wieder im Publikum ausbrechende Heiterkeit hatte den Gerichtsvorsitzenden Hans-Ulrich Schroeder bereits zu der Mahnung veranlaßt: „Dies ist kein Theaterstück, sondern eine Gerichtsverhandlung." Für die Tagebücher, so gab Kujau an, habe er von Heidemann unterschiedliche Beträge erhalten: mal 40 000, 60 000 oder auch 70 000 Mark. Auf entsprechende Fragen des Vorsitzenden fügte er hinzu, die Höhe dieser Beträge sei von dem Umfang, dem Inhalt der Kladden, aber auch von der Laune Heidemanns abhängig gewesen. Er habe die Tagebücher „auf die Person Bormanns zugeschnitten", nur habe das bisher noch kein Historiker bemerkt. Skeptisch sei er erst geworden, als Heidemann ihm am Telefon erklärt habe, der einstige Reichsleiter sei sterbenskrank, und die Sache müsse nun „schnell über die Bühne gehen". Eines Tages habe Heidemann ihn gebeten, auf einem Zettel eine Notiz in Bormanns Schrift anzufertigen. Da hätten sich seine Zweifel verstärkt. Am 25. März 1982 habe Heidemann ihm dann gesagt, vielleicht werde der „Stern" in diese Sache „einsteigen".

Zuvor hatte Kujau, Sohn einer Schuhmacherfamilie im sächsischen Löbau, über seine Kindheits- und Jugendjahre in der „DDR" berichtet. Schon als Kind habe er dort Malunterricht genommen, und damals auch „den Kurt, einen Neffen Hitlers" kennengelernt. Kurt eröffnete ihm zum erstenmal den Zugang zu „persönlichen *Hinterlassenschaften*" Hitlers. Auf dem Dachboden eines Schlosses, so berichtete Kujau dem mit Mühe ernst dreinblickenden Gericht weiter, habe er die alte deutsche Schrift „und *andere Hieroglyphen*" *studiert*. Nach seiner Flucht 1957 aus der „DDR" habe er in Baden-Württemberg als Kellner gearbeitet, nebenbei kleine Schlachtenszenen gemalt, die er gut habe verkaufen können, und sei leider in dieser Zeit auch mit kleineren Eigentumsdelikten straffällig geworden. 1963 habe er seine Lebensgefährtin, die jetzt wegen Hehlerei mitangeklagte Edith Lieblang, kennengelernt und gemeinsam mit ihr eine Gebäudereinigungsfirma betrieben.

1964 will Kujau von dem ihm seit langem bekannten „Kurt" einen „Koffer mit 46 Aquarellen, 140 handgeschriebenen und 240 maschinengeschriebenen Notizen Hitlers" gekauft haben – für 20 000 Mark. Ein Kaufmann habe ihn dann drei Jahre später mit einem älteren Herrn zusammengebracht, der an bestimmten Gegenständen aus „Kurts Koffer" sehr interessiert gewesen sei. Er habe hinter diesem Herrn sehr bald zu Recht, so Kujau, den Gründer und langjährigen Chef des Bundesnachrichtendienstes BND, Ex-General Reinhard Gehlen, vermutet. „Herr G." habe sehr schnell seine, Kujaus, Fähigkeiten als Fälscher erkannt und habe ihm auch kleinere Aufträge erteilt.

Mit Heidemann will Kujau durch den Militaria-Sammler Fritz Stiefel bekannt geworden sein. Der „Typ vom Stern" habe sich nach mehrfachen Kontakten äußerst interessiert an den Tagebüchern gezeigt und den Eindruck erweckt, er benötige sie für Hitlers einstigen Reichsleiter Martin Bormann, der nun in Südamerika lebe und sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzen wolle, er sei ein sowjetischer Super-Spion im Führerhauptquartier gewesen. Schon im Mai 1981 habe der „Stern"-Reporter durch entsprechende Reaktionen erkennen lassen, daß er sich über die Fälschung der Tagebücher durch Kujau im klaren gewesen sei. Das Angebot, die Tagebücher wieder zurückzugeben und dafür das bis dahin gezahlte Geld erstattet zu bekommen, habe Heidemann aber abgelehnt, und so habe man „einfach weitergemacht". Heidemann habe ihm dann aber, so behauptete Kujau weiter, auch detaillierte Anweisungen gegeben, was er in die Tagebücher hineinschreiben solle, und ihn zu größerer Eile bei der Produktion der Kladden ermahnt.

Umweg zu Lizenz für Hörfunk?

DW. Hamburg

Die Verhandlungen zur Rettung der früheren SPD-Zeitung „Hamburger Morgenpost", die von den Schweizer Verlegern Greif – *unterstützt durch die Hamburger SPD* – mit dem Gruner + Jahr-Verlag („Stern", „Kapital") geführt wurden, sollen in letzter Minute gescheitert sein. Das will der Dienst „Vertrauliche Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft" (Ausgabe vom 28. August) aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben.

Der Vorstand von Gruner + Jahr, so berichtet der zitierte Dienst, habe bereits auf seiner Sitzung am 12. Juni 1984 beschlossen, sich nicht an der „Morgenpost"-Gesellschaft zu beteiligen. Stattdessen, so heißt es wörtlich, „soll der absehbare Konkurs der Zeitung abgewartet werden, um danach lediglich das Titelrecht zu übernehmen". Seinerseits zitiert der Dienst zur Erläuterung: „d. h., nicht in die bestehenden Verbindlichkeiten" gegenüber Mitarbeitern und Gläubigern einzutreten. Weiter berichten die „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft": „Das Interesse an der Übernahme des Titelrechts wird laut Vorstandsbeschluß ‚nur in Verbindung mit dem Erhalt einer Hörfunklizenz für G + J' gesehen."

Wie der Dienst schreibt, hatten die Schweizer Verleger Greif die Zeitung im Februar 1980 von der SPD übernommen und sie damit zunächst „vor der bereits beschlossenen Liquidation" bewahrt. Die in den Folgejahren versuchte Sanierung sei ebenso ohne Erfolg geblieben, wie zahlreiche Versuche, andere Verlage an dem Objekt zu beteiligen. Das Zahlenbild der „Hamburger Morgenpost", das sich dem Gruner + Jahr-Verlag geboten habe, sei wenig attraktiv. Weiter heißt es wörtlich in dem Dienst: „So stellt sich der Bilanzverlust auf rund sieben Millionen Mark p.a. und aus der Gegenüberstellung von Gesellschafterkapital (15,3 Millionen Mark) und ‚aktiven Verlusten' (25,8 Millionen Mark) soll sich rechnerisch eine Überschuldung von 10,5 Millionen Mark ergeben."

Die „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft" schreiben: „Erst im aktuellen Gerangel um die zu erwartende Vergabe privater Rundfunklizenzen durch den Hamburger Senat konnte die SPD den zum Bertelsmann-Konzern gehörenden G +J-Verlag für die ‚Hamburger Morgenpost' interessieren. Geht das Kalkül des G + J-Vorstands auf, so würde dem Medienriesen Bertelsmann der Einstieg in den privaten Rundfunk in Norddeutschland ermöglicht. Dagegen allerdings stünden über 100 Arbeitslose aus dem Zusammenbruch der ‚Hamburger Morgenpost'."

Gegen Pläne zur Verkabelung

AP, Berlin

Der Gesamtverband der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen will den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Betriebsversuch mit verbilligter Verkabelung nicht unterstützen. Die Wohnungswirtschaft sei „nicht bereit, die Deutsche Bundespost zu finanzieren", sagte Verbandsvorsitzender Helmut Tepper gestern in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin (SFB). Die in Köln ansässige Organisation vertritt die Interessen für einen Bestand von 3,4 Millionen Wohnungen.

Die vorgesehene Gebührenstaffelung beziehe sich insbesondere auf große Wohnanlagen, die ohnehin mit Dachantennen versorgt seien. Nach der Mietenrechtsverordnung sei die Zustimmung jedes einzelnen Mieters zur Umrüstung auf Kabelfernsehen erforderlich. Da die Post aber die monatlichen Gebühren für den Kabelanschluß allein nach der Zahl der Wohnungen in einem Mietshaus berechne, müssen die Vermieter nach den Worten Teppers die Kosten tragen, unabhängig davon, ob der Mieter den Anschluß dulde oder nicht.

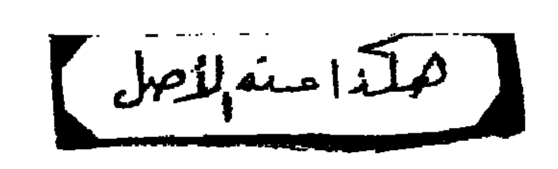
Klinikum Aachen: Streit im Ausschuß

dpa/DW. Düsseldorf

Zu einem heftigen Streit zwischen SPD und CDU-Opposition kam es gestern bei den Beratungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Düsseldorfer Landtag über das Aachener Klinikum.

In nichtöffentlicher Sitzung verlangten die SPD-Mitglieder vom christdemokratischen Ausschußvorsitzenden Rolf Klein eine Distanzierung vom Vorgehen seiner Fraktion. Die CDU hatte in der vergangenen Woche behauptet, die SPD wolle ihre Mehrheitsposition dazu nutzen, um im Ausschuß eine öffentliche Zeugenvernehmung der Geschäftsführer der Neuen Heimat – Baubetreuer beim Aachener Klinikum – zu verhindern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Arafat sucht Mehrheit für PLO-Kongress

PETER M. RANKE, Beirut

Trotz optimistischer Bekundungen des PLO-Chefs Yassir Arafat ist noch immer ungewiß, ob der für Ende September in Algier geplante Nationalkongreß (384 PLO-Mitglieder) stattfinden kann. Denn die Spaltung in der PLO ist keineswegs überwunden, und der syrische Präsident Hafez Assad bleibt der mächtigste und unversöhnlichste Gegenspieler Arafats.

Trotz der Begegnung Anfang Juli zwischen Assad und dem Fatah-Führer und Arafat-Anhänger Faruk Kaddumi in Damaskus, hat die syrische Unterstützung der Arafat-Gegner um Abu Mussa nicht nachgelassen. Abu Mussa fordert weiter die Absetzung Arafats und setzt mit syrischer Hilfe den Guerrilla-Krieg gegen israelische Truppen in der Bekaa-Ebene fort.

Abu Mussa zählt wie die Saika-Organisation, das „Generalkommando" von Achmed Dschebril und die „Volksbewegung" zur neuformierten „Nationalistischen Allianz", die die Fatah-Gruppe von Arafat gespalten hat und von Damaskus beherrscht wird. Während die Fatah-Organisation Arafats weiter eigenständig operiert, haben sich die „Volksfront" von Habasch, die „Volksdemokratische Front" von Hawatmeh, die Kommunisten und die „Befreiungsfront" zur „Demokratischen Allianz" zusammengeschlossen.

Arafat steht mit seiner Fatah also zwischen zwei Allianzen. Doch tritt die „Demokratische Allianz" mit Habasch und Hawatmeh für die Abhaltung des Nationalkongresses ein. Sie will nicht außerhalb des Kongresses operieren, sondern mit dem Kongreß zusammen Arafat entmachten und für eine kollektive Führung sorgen. Die „Nationalistische Allianz" unter syrischen Schwingen will dagegen den Kongreß umgehen.

Ohne Syrien und Libanon verfügt Arafat, der in Tunis lebt, über keine Operationsbasis gegen Israel, auch wenn nach West-Beirut inzwischen rund 2500 Palästinenser aller Gruppierungen zurückgekehrt sind. Die Masse der Guerrillas ist weiterhin über Jordanien, Sudan, Nordjemen und Algerien verstreut. Jordanien erlaubt weiterhin keine Terror-Anschläge von seinem Boden aus.

(SAD)

Wie Moskau versucht, den Westen auszuspielen

Abrüstung: Die Verhandlungstaktik der Sowjets

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Tiefer Pessimismus herrscht in den NATO-Staaten vor, wenn es um die Frage geht, ob mit der Sowjetunion überhaupt noch ein wirksames Rüstungskontrollabkommen getroffen werden kann. Als jüngstes Beispiel wird der von den Vereinigten Staaten in Genf vorgelegte Entwurf für das vollständige Verbot und die totale Vernichtung der chemischen Waffen in aller Welt angeführt. Nach außen, bedacht auf die Propagandawirkung in der Öffentlichkeit, unterstütze Moskau den Gedanken der Vernichtung der chemischen Kampfmittel, hinter den Türen des Verhandlungsraums, wo die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei, nehme sie alles wieder zurück. In der NATO ist man davon überzeugt, daß die Sowjetunion ein Verbotsabkommen für die chemischen Waffen anstrebt, dessen Vertragstext es zur Bedeutungslosigkeit verurteilen würde. Mehr noch: die Gesellschaftsstruktur der westlichen Staaten binde diese an einen solchen Vertrag, die Sowjetunion hingegen würde praktisch frei, ihre Nervengasproduktion zu steigern.

Das Vorgehen der Sowjetunion auf der Genfer UNO-Abrüstungskonferenz ist nach Brüsseler Beobachtungen deckungsgleich mit dem Verhalten Moskaus auf der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) und den Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen (MBFR). In Stockholm verweigere die Sowjetunion jeden Fortschritt und bestehe auf Vereinbarungen, die aus Worthülsen bestünden. In Wien habe Moskau eine Taktik eingeschlagen wie in Genf: sie äußere sich positiv zum Prinzip, das sie in der Praxis aber ablehne.

Wie ein roter Faden ziehe sich durch die sowjetische Verhandlungsführung die Vorstellung, die westlichen Staaten mit Hilfe ihrer Gesellschaftsordnungen, die eine freie Diskussion und freie Information als Voraussetzung ihrer staatlichen Ordnung benötigten, militärisch und politisch zu schwächen und zugleich der Sowjetunion die Möglichkeit zu geben, eine die Welt dominierende Militärmacht zu werden. Die sowjetische Verhandlungstaktik an den drei Orten und das tatsächliche sowjetische Rüstungsprogramm offenbarten in ihrem Zusammenhang, den man in Brüssel sehr wohl erkenne, „einen Geist der Besessenheit". So habe die Sowjetunion in Genf den Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Kontrolle der Produktions- und Lagerstätten chemischer Waffen im Prinzip bejaht. Ihre Vorschläge zur Verwirklichung der Kontrolle liefen jedoch darauf hinaus, daß sie schon einen Antrag zur Kontrolle durch ihr Veto zum Scheitern bringen könne. Sie wolle wirkungsvolle Gegenmaßnahmen schon an der Stelle einsetzen, wo die Weltöffentlichkeit von ihrem Vorgehen nichts erfahre.

Brüsseler Informanten gehen so weit zu sagen, die Sowjetunion schlage bei Licht gesehen allen Ernstes vor, alle Staaten der Welt sollten sich zur Vernichtung ihrer Vorräte an chemischen Waffen verpflichten. Die Kontrolle darüber, ob dies auch eingehalten würde, sollten sie aber selbst ausüben. Auf diese Weise könnte die Sowjetunion ihre Produktion an chemischen Kampfmitteln unbemerkt steigern, während der Westen wegen der Pflicht der Offenlegung seiner Haushalte, ganz zu schweigen von seiner ethischen Überzeugung, den Vertrag einhalten würde.

Wie in Stockholm und in Wien habe die Sowjetunion auch in Genf den „absurden" Vorwurf eingebracht, westliche Vorschläge zur Kontrolle eines Abkommens stellten in Wirklichkeit den Versuch der Militärspionage dar. Dabei habe die Sowjetunion die Logik außer Acht gelassen. Denn wenn das stimme, sei der Westen bereit, seine Installationen der sowjetischen Militärspionage zu öffnen. So habe Moskau in Genf den amerikanischen Vorschlag verworfen, alle Standorte anzugeben, an denen chemische Kampfstoffe gelagert seien. Der sowjetische Vertreter habe empört reagiert, damit würde die Sowjetunion ja gezwungen werden, die Standorte von Truppeneinheiten preiszugeben.

In Brüsseler Militärkreisen wird offen erklärt, solange die Sowjetunion sich hinter Begriffen wie Militärspionage verstecke, wenn es um die Kontrolle von Rüstungsvereinbarungen gehe, sei jede Hoffnung auf ein Abkommen vergeblich. Das, was Moskau als „Militärspionage" bezeichne, sei unumgänglich, wenn Vertrauen gebildet und die Kriegsgefahr gebannt werden solle. (SAD)

Mondale sichert sich Jacksons und Andersons Wahlkampf-Hilfe

Genugtuung bei den Schwarzen über Einbeziehung in die „Demokratische Koalition"

TH. KIELINGER, Washington

Walter F. Mondale, Spitzenkandidat der amerikanischen Demokratischen Partei im Wahlkampf gegen Ronald Reagan, hat zwei weitere Verbündete auf seine Fahnen verpflichten können.

Zunächst meldete sich John B. Anderson, der im Wahljahr 1980 eine vergebliche Kampagne als „Dritte Kraft" – als Unabhängiger – versucht hatte. Später konferierte Mondale dann mit Spitzenvertretern der farbigen Minderheit, mit dem Ergebnis, daß Jesse Jackson – im Vorwahlkampf selber ein Präsidentschaftskandidat – endgültig seine Zurückhaltung aufgab und sich vorbehaltlos für Mondale und seinen Wahlkampf einzusetzen versprach.

Unter den beiden hinzugewonnenen Hilfeangeboten ist das aus Jacksons Mund für Mondale am wertvollsten.

In den Wochen seit dem Parteitag der Demokraten hatte sich im Lager der Schwarzen Frustration breitgemacht, die drohte, zu einer offenen Rebellion gegen Mondale zu werden. Die Farbigen, die sich aufgrund des profilierten Wahlkampfes ihres Idols Jesse Jackson eine stärkere Berücksichtigung im Kreise der Mondale-Berater erhofft hatten, sahen sich in dieser Erwartung vielfach enttäuscht.

Die Fehler und Schnitzer der Mondaleschen Wahlkampfleitung deprimierten obendrein viele der herausragenden Farbigenführer, darunter so einen respektierten Mann wie Andrew Young, den früheren UNO-Botschafter und heutigen Bürgermeister von Atlanta. In einer bitteren Rede vor Pressevertretern machte Young vor zwei Wochen aus seiner Mißbilligung der Mondaleschen Wahlkampfführung keinen Hehl.

Im Lager des Präsidentschaftskandidaten nahm man diese Entwicklungen sehr ernst. So war man für das Treffen mit Jesse Jackson und anderen Farbigenführern am Dienstag zu Friedensangeboten und größerem Entgegenkommen bereit. Für die Schwarzen zahlte sich das aus. Für ihre Unterstützung Mondales bekamen sie, was sie gesucht hatten: Stärkere Einbettung in das Zentrum der Gesamtplanung der Demokraten zum Sturz Ronald Reagans im November.

Im Einzelnen wurde Maynard Jackson, ein früherer Bürgermeister von Atlanta, als leitender Berater („senior adviser") dem engeren Mondale-Stab zugeordnet, während Coleman Young, Bürgermeister von Detroit, die Hauptaufsicht über die Kampagne zur Registrierung neuer Wähler unter den Schwarzen erhielt. In dieser Funktion wird er eine führende Rolle unter den Wahlstrategen Mondales spielen. Denn von der Registrierkampagne hängt unter anderem die Frage ab, ob die Demokraten im Süden des Landes mit neugewonnenen Wählerscharen den knappen Vorsprung Reagans aus dem Jahr 1980 diesmal einholen, wenn nicht überholen können.

Jesse Jackson gab nach dem Kompromiß seine Genugtuung zu erkennen, daß jetzt die Elemente der „Demokratischen Koalition" allmählich ihren Platz fänden, so vor allem die Frauen und die Schwarzen. Er sagte voraus, daß die zuletzt entstandene Entfremdung zwischen den Farbigen und der Mondale-Spitze rasch verfliegen werde.

Dies wird jedoch nach dem Urteil vieler Beobachter bezweifelt, da die Animositäten zwischen beiden Lagern – auch Mondale hatte Grund, sich darüber zu beklagen, daß Jackson sich lange Zeit so rar für ihn machte, ohne genau zu sagen, was er wolle – zu tief liegen, um nach nur einem Versöhnungstreffen zu verschwinden. Unter den Farbigen herrscht noch weitgehend Zweifel, ob ihrem Interesse durch die Unterstützung eines weißen Demokraten wirklich gedient ist, oder ob das neugewonnene Bewußtsein der Schwarzen, ihr größeres politisches Profil in Städte- und Gemeindeverwaltungen, sich nicht besser durch einen eigenen Kandidaten in politischen Druck hätte verwandeln lassen.

John B. Andersons Erklärung für Mondale überrascht nicht. Überraschender ist vielmehr, daß es Anderson „noch gibt". Um den mit immerhin sechs Millionen Stimmen durchs Ziel des Wahlkampfes 1980 Gegangenen war es zuletzt sehr still geworden. Man wußte, daß er für die Zukunft mehr für seine Parteigründung, die „National Independent Party", tun wollte, ohne genau beschreiben zu können was. Und man wußte auch, daß Anderson, ein ehemaliger republikanischer Kongreßabgeordneter, seine moderat-liberalen Überzeugungen nicht aufgegeben hatte und daher ein natürlicher Bundesgenosse für Walter Mondale sein würde. Auf vielen Vortragsreisen im Laufe der letzten Jahre hatte Anderson seine politische Philosophie vor einem nicht allzu aufmerksamen Publikum ausgestreut.

Der frühere Präsidentschaftsanwärter will zwar weiterhin „außerhalb der beiden Hauptparteien" bleiben, fühlt sich aber „unausweichlich und unwiderrufbar" mit der Politik Präsident Reagans entzweit. Daher halte er es „für die dringendste, größte Priorität, weitere vier Jahre einer Reagan-Administration zu verhindern".

Jesse Jackson (links) bringt Stimmen der Schwarzen. John Anderson ist für Mondale ein „natürlicher Bundesgenosse" FOTOS: CAMERA PRESS

Giscard kandidiert bei Nachwahlen

SAD, Paris

Der ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing (58) ist seit Dienstag offizieller Kandidat für ein Mandat bei den Nachwahlen des Wahlkreises Puy-de-Dôme in Zentralfrankreich, die am 23. September stattfinden. Giscard d'Estaing war in Puy-de-Dôme zum erstenmal am 2. Januar 1956 als Abgeordneter gewählt worden.

Nach seiner Niederlage gegen den Sozialisten François Mitterrand bei den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1981 hatte Giscard bei der kurz darauf folgenden Neuwahl der Nationalversammlung, die den Sozialisten und Kommunisten einen „Erdrutschsieg" bescherte, nicht kandidiert.

Er stellte sich lediglich bei den Kantonalratswahlen im März 1982, bei denen er gewählt wurde. Seither ist er Generalrat seines Wahlkreises Puy-de-Dôme. Der ehemalige Präsident will, wie er erklärte, für die Nachwahl zur Nationalversammlung einen „diskreten und rein regionalen" Wahlkampf führen. Bis zur Wahl werde er keine „Ansprache von größerer politischer Bedeutung" halten. Politische Beobachter glauben, daß Giscard gewählt werden wird.

Für Frieden und atomare Abrüstung

rtr, Wien

Die Volksrepublik China und Rumänien wollen nach einer Meldung der amtlichen rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres enger zusammenarbeiten, um den Weltfrieden zu fördern und die nukleare Abrüstung zu sichern. Darauf hätten sich der chinesische Staatspräsident Li Xiannian und sein rumänischer Amtskollege Nicolae Ceausescu bei ihren Gesprächen verständigt. Li beendete gestern seinen Staatsbesuch in Rumänien und reiste nach Jugoslawien weiter.

Bei dem Treffen der beiden Staatschefs wurde dem Bericht von Agerpres über die ernste Lage in Europa seit der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen gesprochen. Die beiden Politiker hielten eine Wiederaufnahme des Dialogs der Supermächte und einen Stopp der Stationierung neuer Raketen für notwendig.

KGL. HOFLIEFERANT.

Das unmögliche Möbelhaus.

IKEA ist Königlicher Hoflieferant in Schweden geworden!

Königin Silvia und König Carl-Gustav haben bei uns Möbel eingekauft.

Sie finden unsere Möbel so gut, daß sie uns zum Hoflieferanten ernannt haben.

In Schweden ist das eine sehr schöne Auszeichnung.

Hier in Deutschland träumen wir davon, Lieferant für Alle zu sein.

Um das zu erreichen, haben wir alles getan, um ein noch besseres Einrichtungshaus zu werden.

Jetzt sind wir nicht nur das unmögliche Möbelhaus. Jetzt sind wir auch das Einrichtungshaus der vielen Möglichkeiten.

Herzlich Willkommen bei IKEA.



Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhr b. Bremen, Berlin, Großburgwedel b. Hannover, Löhne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Walldorf b. Heidelberg, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München. IKEA Versand: 05732/8980.

Als Nation nicht gescheitert

Andreas Hillgruber veröffentlicht fünf Aufsätze über Deutschland und die Deutschen

Nach einem bekannten Ausspruch seines Parteifreundes Egon Bahr müßte der sozialdemokratische Spitzenkandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus, Hans Apel, „entweder falsch oder dumm" sein, weil er erklärt hat, die „deutsche Frage" sei nicht mehr „offen". Apel teilt damit nicht nur vordergründig die Auffassung der SED-Führung – wie diese sie noch zu der Zeit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl energisch äußerte – er befindet sich damit auch in zahlreicher Gesellschaft. Denn trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 „wurde doch der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 vom westlichen wie vom östlichen Ausland weitestgehend eben so gedeutet: daß es sich faktisch um die vertragliche Anerkennung der Teilung Deutschlands handle, wie immer dies aus Gründen der innenpolitischen Opportunität und aus Gründen des innerdeutschen Verfassungsrechts auch cachiert werden mochte".

Andreas Hillgruber:
Die Last der Nation
Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen. Droste Verlag, Düsseldorf. 119 S., 24 Mark.

Dieser Satz stammt aus dem neuen Buch des international hochangesehenen Kölner Historikers Andreas Hillgruber; er trifft darin die durch seine ebenso weitgreifenden wie gründlichen Argumentationen untermauerte Feststellung, daß die „deutsche Frage" keinesfalls als erledigt angesehen werden könne. „... die Aufgabe, vor der wir in der Bundesrepublik Deutschland heute und in voraussehbarer Zukunft im Blick auf die ‚deutsche Frage' stehen" ist es, „... eine Reduktion des Nationalbewußtseins der Westdeutschen auf die Bundesrepublik und ein Überlassen der ‚deutschen Frage' an die DDR im Sinne ihrer langfristigen Lösung des Problems und somit ein Scheitern der ‚liberal-demokratischen' Lösung der ‚deutschen Frage' im Rahmen einer auf dem Selbstbestimmungsrecht aller Nationen Europas beruhenden Ordnung zu verhindern".

Deutschland ist für Hillgruber zwar eine „gescheiterte Großmacht", keinesfalls aber schon eine „gescheiterte Nation". Die Aufgabe steht also für ihn fest. Sie erfordert „ein Höchstmaß an ... Anstrengungen ... an unendlich scheinender Geduld" und „engagiertes Begleiten durch die Öffentlichkeit". Wesentlich ist es, sich darüber klar zu sein, welche „Last" die Nation auf diesem neuen Wege zu sich selbst mitzuschleppen hat.

„Last der Nation" bedeutet hier die historischen, außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen und Vorgaben, die die Nation auf dem Wege zu jenem Ziel stets zu bedenken hat. Sie ergeben sich aus dem Scheitern der Großmachtpolitik des Zweiten und Dritten Reiches sowie auch aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Dies letztere rechnet Hillgruber, in dem vielleicht wichtigsten Abschnitt des Buches „Die politischen Kräfte der Mitte und die Auflösung der Weimarer Republik", der „Blindheit und Torheit" der bürgerlichen Parteien, vor allem aber in nüchterner, realistischer Sichtweise dem schon früh erkennbaren Fehlverhalten der SPD zu.

Das Ziel, das Ergebnis des Versailler Friedens zu revidieren, wird als im Grunde von fast allen Deutschen geteilte Grundlage aller Außenpolitik der Weimarer Republik aufgezeigt; die entschlossene Übernahme und auch anfänglich erfolgreiche Verwirklichung dieser Ziele trug wesentlich zum Erfolg der Nationalsozialisten bei, deren rassistische Weltmachtpolitik dann Deutschland als Großmacht endgültig scheitern ließ.


Andreas Hillgruber FOTO: DIE WELT

Zur „Last der Nation" gehört es nach Hillgruber aber auch, daß – wie er in dem letzten Beitrag seines Buches ausführt – als einer der „Kristallisationskerne" der „einander ablösenden ‚Bewegungen' in der Bundesrepublik ..." „... die evangelisch-christlich begründete, gesamtdeutsche Fundamentalopposition Heinemanns gegen die Westbindung der Bundesrepublik" wiederzufinden sei. Diese Tradition könne nicht mehr, wie zur Zeit der Auseinandersetzung Adenauer–Heinemann zu Beginn der fünfziger Jahre, verdrängt werden.

Von Hillgrubers Sicht aus müßten auch die Ergebnisse der „Neuen Ostpolitik" der sozialliberalen Koalition als weitere „Last" für die Zukunft der Nation angesehen werden. – Problematisch erscheint es, wenn der Verfasser, dessen große Stärke sonst die plausible Gliederung und Einteilung komplexer Verhältnisse ist, unter den vier nationalen Strömungen, die bei uns im Sinne seines Festhaltens an der „noch nicht gescheiterten Nation" konkurrieren, zwar zwei linke (die der DKP und die des neueren Nationalismus von links, der etwa die Friedensbewegung stark beeinflußt) und eine quasi mittlere (die eines „geläuterten national-liberalen Deutschland-Konzepts") feststellt, „rechts" davon aber nur „rechtsradikale Vorstellungen" sieht. Wenn die deutsche Nation jenen von Hillgruber vorgezeichneten Weg finden soll, braucht sie viele Stimmen – jedenfalls wenn dieser Weg nicht von vornherein durch parteilich-politische Bestimmungen zusätzlich verengt, also „belastet" werden soll.

Freilich ist diese Weise, seine Position dadurch zu bestimmen, daß man das, was man „rechts" von sich wahrnimmt, gleich als „rechtsradikal" bezeichnet, auch eine weitere Last, an der die Nation zu schleppen hat.

Ärgerlich ist die überzogene Werbung des Verlages. Unter der Überschrift: „Aus dem Inhalt" werden etwa alle fünf Beiträge des Buches – drei bereits publizierte Aufsätze und zwei Erstveröffentlichungen – aufgezählt. So etwas hat Hillgrubers hervorragendes Buch nicht nötig.

BERNARD WILLMS

Aus der Heimat vertrieben: Schlesier unterwegs FOTO: ALFRED SCHIRMEL

Was im Osten geschah

Eine erschütternde Dokumentation wird wiederaufgelegt

In den Jahren 1954 bis 1961 erschienen die acht Bände einer Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Die Edition war in fünf Kapitel gegliedert: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße; Das Schicksal der Deutschen in Ungarn; Das Schicksal der Deutschen in Rumänien; Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei; Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Jetzt liegt diese Dokumentation beim Münchner dtv als Reprint vor.

Es gehört zu den viel zu wenig gerühmten Taten der ersten Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer, bedeutende Professoren der Geschichte und des Völkerrechts (Diestelkamp, Laun, Rassow, Rothfels und Schieder) beauftragt zu haben, Tausende von Dokumenten und Erlebnisberichten zu sichten und zu veröffentlichen, gleichzeitig aber diese Veröffentlichung mit einer genauen Beschreibung der damaligen Situation 1944/45 zu begleiten und sie durch Gesetzestexte und Verordnungen der für die Vertreibung der Deutschen Verantwortlichen zu ergänzen. Im Bundesministerium für Vertriebene unter der Verantwortung des aus Schlesien stammenden Ministers Lukaschek und des aus Ostpreußen stammenden Staatssekretärs Schreiber wurde bereits 1951 mit den Vorarbeiten begonnen.

Nachdem die acht Bände, bereichert noch um drei Beihefte (darunter Graf Lehndorffs berühmtes „Ostpreußisches Tagebuch"), seit langem nicht mehr greifbar waren, ist es dem Verlag als großes Verdienst anzurechnen, daß er diese umfassendste Dokumentation über das Verbrechen der Vertreibung nunmehr im Taschenbuchformat zu einem relativ niedrigen Preis anbietet. Man spürt in den Dokumenten die Nähe und Dramatik des gerade Erlittenen. In vielfacher Form begegnen dem Leser die Grausamkeiten, denen Deutsche zum Opfer fielen, nur weil sie Deutsche waren; Rache war damals das Gebot der Stunde. Die einen mögen sich erinnern, daß es genau so war, wie es hier festgehalten ist, die anderen werden zum ersten Mal den abgrundtiefen Inhalt der Tatsache „Vertreibung" in ihrem vollen Ausmaß begreifen.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa
Deutscher Taschenbuch-Verlag, München. 5304 S., 98 Mark.

Die Bände sind auch einzeln entsprechend den fünf Kapiteln erhältlich. Dieser Lektüre sollte sich niemand entziehen, der die jüngste Vergangenheit studieren will.

HERBERT HUPKA

Wer weiß denn, was dem Volke frommt?

Nützlich für eine Diagnose der Friedensbewegung: „Atomkrieg" von Horst Afheldt

Am Anfang des Buches stehen die beiden ersten Wörter „Das Unbehagen ...". Den Text beschließt auf Seite 253 die Wendung „... zu verweigern". Ein bißchen schon. Passagenweise gerät dem Autor das Buch doch arg in die Nähe eines Pamphlets. Horst Afheldt, ein enger Mitarbeiter des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker am – inzwischen umbenannten – Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften hat mit „Atomkrieg" ein politisches Ziel. Er verwirft in seiner Arbeit die bisher von der westlichen Verteidigungsallianz verfolgte Außen- und Sicherheitspolitik. An ihre Stelle will er eine andere setzen. Grob definiert entspricht sie grün-alternativen Zielsetzungen.

Umgekehrt indes ist die Beschreibung von Ursache und Wirkung angemessener: Afheldt gehört zu den wenigen wirklich intelligenten, ja auch geistreichen Köpfen im Lager der „Alternativen und Friedensbewegten", dessen Anstöße, geformt aus analytischer Kraft, letztendlich der „Bewegung" Parolen und Stoßkraft vermitteln.

So betrachtet, gerät die Lektüre seines jüngsten Buches über weite Strecken zum intellektuellen Vergnügen. Denn Afheldt ist kein verbohrter Ideologe. Er kennt natürlich auch die Standpunkte der „anderen Seite", derer, die sich regierungsamtlich und aufgrund gewonnener Überzeugung für die Stationierung der neuen nuklearen Mittelstreckenwaffen der NATO in Westeuropa aussprachen. Mit deren Argumenten setzt er sich in dem Buch auseinander.

Trotzdem will für den Leser solches geistiges Messen von vornherein nicht offen erscheinen. Das Kämpferische der Schrift blitzt dann durch. Afheldt will schließlich die neuen Waffensysteme wieder vom Kontinent verschwinden sehen. Er will – und dafür engagiert er sich fast ohne Unterlaß – eine Bundeswehr mit „defensiven konventionellen Strukturen" und letztlich eine vom Volk bestimmte, also eine von der „Basis" her formulierte Verteidigungspolitik.

Horst Afheldt
Atomkrieg – Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln
Carl Hanser Verlag 330 S., 29,80 Mark.

Ein Zitat (Seite 253) kennzeichnet sein Denken: „Politiker und sicherheitspolitische Experten, die dennoch meinen, sie wüßten besser, was dem Volke frommt, als dieses Volk, das sich in seiner Mehrheit weigert, Selbstmord als Verteidigungsform zu akzeptieren, Politiker und Experten, die die bisherige atomare Risiko- und Aufrüstungspolitik fortsetzen wollen, sollten sich deshalb (mit Brecht gesprochen) ein anderes Volk suchen – bevor die Grundlagen für eine Friedenspolitik in Freiheit zerstört sind, weil immer mehr Menschen keinen anderen Weg sehen, dem drohenden nuklearen Unheil zu widerstehen, als den der letzten Verzweiflung: sich unserem Staat, dem bisher freiesten und gerechtesten Staat der deutschen Geschichte, zu verweigern."

Ein Verzweifelter also spricht aus dem Buch, einer, der seine Phantasmagorien über den angeblich unvermeidlichen Atomkrieg hinter der angeblich zwingenden zeitgeschichtlichen Analyse versteckt. Zur Diagnose der „Friedensbewegung" ist dies ein aufschlußreiches Buch; für ihre Therapie gibt es wenig her, selbst nicht zum Finden eines dritten Weges, der das Volk in seinem Selbstbehauptungswillen wieder einen könnte.

RÜDIGER MONIAC

Stärke bringt Sicherheit

Ein Philosoph erörtert Probleme der Abrüstung

Der Frankfurter Philosoph Werner Becker gehört nicht zu den Theoretikern des Friedens, die Glied einer Argumentationskette pro oder contra sind, sondern er legt sich die Dinge gründlich selbst zurecht; sein Mißtrauen vor dem Moralisieren des Themas wird kontrastiert von Rationalität und Optimismus.

Garant des Friedens ist ihm zur Zeit die Zweitschlagskapazität beider Großmächte, denn wenn ein bereits angegriffener Staat noch vernichtend zurückschlagen kann, entfällt das Motiv der Überrumpelung: Keine Seite kann gewinnen. Wenn aber beide Seiten nur verlieren können, so folgt daraus, daß sie ein gemeinsames Interesse am Überleben haben – und zwar schon *vor* jeder kriegerischen Auseinandersetzung und nicht erst als eine Folge daraus. Andererseits verzichtet keine Großmacht auf Vorteile, die ihr bei einer günstigen Konstellation von selber in den Schoß fallen.

Vorteile entstehen den Kontrahenten durch einseitige Vorleistungen, und deshalb stößt man auf die Paradoxie der Vorleistungsmoral: ein einseitiges moralisches Verhalten trägt in der Regel zur Vergrößerung der Unmoral der Gegenseite bei. Moralische Freiwilligkeiten sind daher in der Friedensfrage weder zu wünschen noch zu erwarten, denn wenn jede Seite einen Vorteil ausnützen wird, den die andere bietet, so werden Friedensinitiativen kriegsfördernd, weil durch die einseitige Entwaffnung die Stabilität des gesamten Verhältnisses ins Wanken gerät.

So sind – so paradox es wiederum scheint – die westlichen Friedensaktivitäten dem Osten ein Dorn im Auge, falls er den Frieden wirklich will; denn sie wirken auch auf ihn destabilisierend. Im andern Falle hat er diese Leistungen gratis und wird erst recht keine Gegenleistung anbieten.

Die Wirksamkeit der Abschreckung indes hängt von der Zweitschlagskapazität ab, sie ist die einzige Sicherheit, die sich die Gegner wechselseitig vermitteln können. Eine Bestätigung seiner Ansicht sieht Becker darin, daß es trotz der Blockade Berlins (1948) und der Kuba-Krise (1962) – in beiden Fällen waren die Westmächte reaktiv! – nicht zum Krieg gekommen ist und es dazu, wie er vermutet, in absehbarer Zeit auch nicht kommen kann, weil es inzwischen unmöglich geworden ist, einen Krieg zu führen, aus dem der Angreifer erfolgreich hervorgehen könnte.

Ein Krieg indes wäre heute möglich, wenn sich eine Seite freiwillig entwaffnet und sich dabei doch nicht unterwirft, sondern moralisch sich zu behaupten sucht. (Praktische Ansätze dazu gab es in der Ära Carter von seiten der USA, rein theoretische in den Helsinki-Beschlüssen von seiten der UdSSR.) Im Falle mangelnder Zweitschlagsfähigkeit auf nuklearer und konventioneller Verteidigungsbasis käme es dann mit Sicherheit zum Krieg. Also sind Friedensvorleistungen gefährlich.

Becker nimmt nicht an, daß sich der Manichäismus in der Einstellung der Großmächte untereinander aufweichen läßt, und er glaubt, daß die Ideale der USA und der UdSSR, gerade, weil sie eine gemeinsame Wurzel in der erfolgreichsten missionarischen Weltreligion des Christentums haben, als säkularisierte Formen dieser Religion die gemeinsamen Tendenzen zu manichäistischen Denkweisen beibehalten werden. Er zitiert G. A. Craig: „Hand in Hand mit dieser Einstellung ging die Neigung der Amerikaner, die Außenpolitik in ideologischen Kategorien zu sehen, in krassen Dichotomien wie Gut und Böse, Freund und Feind, Krieg und Frieden zu denken."

Werner Becker:
Der Streit um den Frieden
Gegnerschaft oder Feindschaft, die politische Schicksalsfrage. Piper Verlag, München. 126 S., 9,80 Mark.

Dieser Situation Rechnung tragend, ist das Ziel der Argumentation knapp: Jeder möge so gerüstet sein, daß er den Erstschlag abwarten kann, bevor er mit Zweitschlagswaffen antwortet. Aus dieser Tatsache resultiert, wie Becker vorrechnet, daß die Gefahr für einen Europäer, in einem konventionellen Krieg zu sterben, zwei Mal so groß wäre wie der Tod in einem Atomkrieg. Ein mögliches Versagen der Abschreckung ist kriegsfördernd, aber es ist zur Zeit nicht zu erwarten.

Die Hoffnung, so endet das Buch optimistisch, daß unsere Angst vor der möglichen Katastrophe den Frieden erhält, ist weit begründeter als der pessimistische Glaube an das Versagen der Abschreckung. Frieden ist weder das Ergebnis von Friedensbewegungen noch das von militärstrategischer Überlegung: Friede ist vielmehr die logische Folge eines bestimmten außenpolitischen Verhältnisses, das auf Gegnerschaft beruht. Nach Beckers Auffassung reduziert sich der ganze Streit um den Frieden auf die Realitätseinschätzung der Großmächte jetzt und in absehbarer Zukunft.

FRIEDRICH WILHELM KORFF

Immer ächzend unter der Rüstungslast

Boris Meissner untersucht jüngste Kurskorrekturen der sowjetischen Politik

Die Konturen der sowjetischen Außen- und Innenpolitik waren selten so unscharf wie während der vergangenen fünf Jahre. Es ist die Zeit, in der Breschnew zwar noch nominell die Nr. 1 im Kreml war, in der praktizierten Politik aber bereits andere die Zügel ergriffen hatten; dann folgte das kurze Interregnum Andropows mit einigen guten Absichten, aber nur wenigen Erfolgen des kranken ehemaligen KGB-Chefs; und schließlich gab es mit der Wahl des ebenfalls nicht gesunden Tschernenko einen weiteren fragwürdigen Kompromiß, bei dem die Versprechungen und ersten Taten des neuen Generalsekretärs genau so auseinanderklaffen wie die politischen Pläne der hinter ihm stehenden oder ihn tragenden übrigen Gerontokraten und wenigen Jungtürken der sowjetischen KP-Führung.

Boris Meissner:
Sowjetische Kurskorrekturen
Edition Interfrom, Zürich. 143 S., 14,80 Mark.

Boris Meissner, der Nestor der deutschen Sowjetologen, versucht in seinem neuen Buch das dem Westen von Moskau bescherte rätselvolle Hin und Her unter dem Rubrum „Kurskorrekturen" zu subsumieren – Kurskorrekturen, das sei vorweggenommen, die nach Ansicht des Autors zwangsläufig zu einer Scheideweg-Situation führen, in der die östliche Supermacht sich endlich schlüssig werden muß, was sie will und wie sie sich die Koexistenz mit der nichtkommunistischen Welt bis zum Jahre 2000 vorstellt.

Meissners Buch ist zweierlei: zum einen ein gutes Nachschlagewerk für die Breschnew-Ära und die auf sie folgenden anderthalb Jahre. Hier zeigt sich ein weiteres Mal die fachkundige Akribie des Autors, von der über 30 Jahre lang eine ganze Generation von deutschen SU-Experten profitiert hat, Wissenschaftler ebenso wie Politiker und Journalisten. Und zum anderen ist es eine detaillierte Bewertung dieser Zeit unter dem Aspekt möglicher oder gar wahrscheinlicher Alternativen der sowjetischen Politik.

Um einige Kernpunkte herauszugreifen: Als noch nicht voll entwickeltes Industrieland leidet die heutige Sowjetunion schwer unter ihrem außenpolitischen Überengagement und den damit verbundenen Rüstungslasten. Ihrer äußeren Machtentfaltung sind damit durch innere Faktoren Schranken gesetzt. Sie ist nur militärisch eine Supermacht, ihr offensichtlicher Ideologieverfall kann nicht länger kaschiert werden.

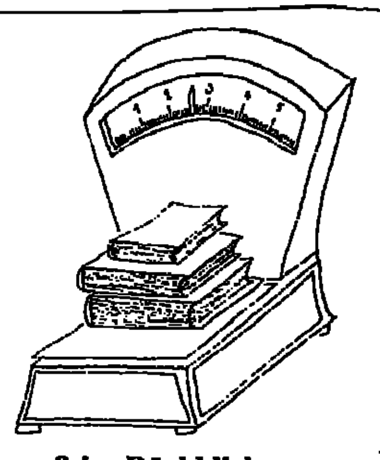

Boris Meissner FOTO: FPA

Allen Reformen, mit denen die wirtschaftliche Stagnation und mangelhafte Produktivität überwunden werden können, steht jedoch der ideologisch-organisatorische Totalitätsanspruch der Partei entgegen, die als Folge solcher Reformen eine gleichzeitige Auflockerung des gesamten diktatorisch-zentralistischen Systems befürchten muß. Innenpolitische Entwicklungen, entweder in Richtung auf einen Reformkommunismus à la Prag 1968 oder einen russischen Nationalkommunismus mit ausgeprägt militaristischen Zügen, können nicht ausgeschlossen werden, sind aber wohl eine Frage der ferneren Zukunft.

Möglichkeiten einer effektiveren Verständigung zwischen Ost und West sieht Meissner am ehesten noch auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung. Entsprechende Absichten attestiert er nicht nur Andropow, sondern auch Tschernenko – und das vor allem unter dem Aspekt zwingender wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Aber auch dies sei wiederum in Frage gestellt, da es dem amtierenden Generalsekretär noch schwerer fallen dürfte als seinem Vorgänger, den Militärs und Außenminister Gromyko entsprechende Zugeständnisse zu entlocken.

Alles in allem ist Meissner mit Prognosen eher zurückhaltend. Eine klare Festlegung erfolgt allerdings im strategischen Bereich: Hier erwartet er einen eindeutigen Vorrang der auf das Sowjetimperium und sein Vorfeld gerichteten kontinentalen Strategie gegenüber der bislang stärker berücksichtigten globalen Strategie.

BERND NIELSEN-STOKKEBY



Prozeß im Rückblick

Kaum eine neuere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist in der Öffentlichkeit so sehr diskutiert worden wie das Urteil seines Zweiten Senats vom 16. Februar 1983 über die Verfassungsmäßigkeit der Auflösung des 9. Bundestages. Der von Wolfgang Heyde und Gottfried Wöhrmann herausgegebene Band **„Auflösung und Neuwahl des Bundestages 1983 vor dem Bundesverfassungsgericht"** (C. F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg, 333 S., 88 Mark) dokumentiert das seinerzeitige Organstreitverfahren von vier Bundestagsabgeordneten gegen die Auflösungsanordnungen des Bundespräsidenten. Fast die Hälfte des Bandes machen die durchweg äußerst beeindruckenden Schriftsätze der Prozeßbevollmächtigten der vier Kläger aus. Außer dem Urteil des Zweiten Senats mit den abweichenden Meinungen der Richter Rinck und Rottmann ist das Tonband-Wortprotokoll der mündlichen Verhandlung am 25. Januar 1983 vollständig abgedruckt. M. F.

„Heiterkeit und Härte"

Walter Scheel war schon immer ein Mann des steten Wandels. In der von Hans-Dietrich Genscher anläßlich von Scheels 65. Geburtstag herausgegebenen Festschrift: **„Heiterkeit und Härte"** (Walter Scheel in seinen Reden und im Urteil von Zeitgenossen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 391 S., 38 Mark) kann man es nachlesen: 1950 schloß er noch als Mann des Bürgerblocks ein Bündnis mit der CDU, doch 1956 zählte er zu den „Jungtürken", die in Düsseldorf den Koalitionswechsel von der CDU zur SPD zustandebrachten. 1953 galt er im Bundestag als entschiedener Gegner Adenauers, doch 1957 befürwortete er als einer der wenigen Freidemokraten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Und 1961 wurde er unter Adenauer der erste Entwicklungshilfeminister. Dabei blieb er auf allen politischen Ebenen dieselbe unverwechselbare Persönlichkeit. Seine Reden aus allen Phasen der politischen Entwicklung bezeugen es ebenso wie prominente Zeitgenossen. G. S.

Legendärer Preuße

Selten ist ein Lebensweg so stark von Legenden überwuchert wie derjenige des Geheimrats Friedrich von Holstein, der „Grauen Eminenz" des Auswärtigen Amtes in der ersten Hälfte der Wilhelminischen Ära. Selten ist aber auch dies Leben in so knapper und klarer Form entschleiert worden wie in Karl Noldens Skizze in der Reihe **„Preußische Köpfe – Holstein"** (Stapp Verlag, Berlin. 164 S., 19,50 Mark). Bekannt ist zumeist nur der verschrobene, im Hintergrund wirkende Mentor deutscher Außenpolitik nach Bismarcks Sturz 1890. Hier kommt auch die Entwickung des jungen Diplomaten zur Geltung, der sich durchaus als Weltmann mit weitreichender Auslandskenntnis, mit „Affären", ja sogar mit einer Passion für die Jagd entpuppt. Nur, daß Holstein dann, als seine wenig glückliche Beratertätigkeit einsetzte, der Welt von einst Valet gesagt hatte und ein Einsiedlerdasein bevorzugte. Daß er dann nach seiner Entfernung aus dem Dienst Rachepläne gegen den von ihm verabscheuten, zu Unrecht als Hauptschuldigen verdächtigten Fürsten Philipp Eulenburg schmiedete, gehört zum Bild des verbitterten „Alten". Aber die „Preussischen Köpfe" wollen ja keineswegs eine Helden-Galerie sein. W. G.

Hindenburgs Dilemma

„Haltet den Dieb". Mit dieser Parole sind nach der Zerschlagung des Reiches 1945 zahlreiche Weimaraner Ex-Politiker über den Reichspräsidenten von Hindenburg hergefallen, zumeist Leute, wie der Ex-Kanzler Brüning, die unter vorgeblichen Seelenqualen am 23. März 1933 wacker für das von Hitler gewünschte Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, noch unter Hindenburgs zweiter Präsidentschaft. Just zum 50. Todestag Hindenburgs im August dieses Jahres ist eine neue Biographie des Generalfeldmarschalls und Reichsoberhauptes erschienen: **„Hindenburg, Heerführer und Ersatzkaiser"** (Bastei Lübbe Verlag, Bergischgladbach. 335 S., 12,80 Mark). Wie war das nun wirklich mit dem alten, angeblich vertrottelten Herrn, der Hitler zum Kanzler ernannt hat? Der Verfasser, Wolf J. Bütow, bewandert in Kriegsgeschichte, ist kein Apologet Hindenburgs. Er schildert Hindenburgs Sieg in der Umfassungsschlacht von Tannenberg 1914, oder die Situation im Jahre 1933, in der der Reichspräsident praktisch von allen allein gelassen, Hitler zum Reichskanzler berief, obwohl er eine andere Lösung gewollt hatte. Endlich einmal ein vernünftiges, sachliches Buch über den Mann, der eine Symbolgestalt unseres Volkes gewesen ist. G.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Demokratieverständnis

Die Macht-, Herrschafts- oder Regierungsausübung in einem Staat vollzieht sich im wesentlichen in diktatorischen oder demokratischen Formen. Wie in einer Diktatur Entscheidungen zustandekommen, erlebten die älteren Mitbürger in den Jahren von 1933–1945 in Deutschland. Daher bedarf dies keiner weiteren Erläuterung.

Vor allen Dingen in den sozialistischen Ländern vollziehen sich die Entscheidungsprozesse ebenfalls in diktatorischen Formen, d. h. ganz oben bestimmt ein „Vorsitzender" oder ein „Generalsekretär" bzw. ein „Politbüro" den Ablauf des gesamten Geschehens im Staate. Die Bürger, das Volk – oder wie man heute zu sagen pflegt – die Basis ist an diesen Entscheidungsprozessen weder beteiligt noch kann sie sich in die Entscheidungsfindung durch Diskussion und Meinungsäußerung einschalten. Die persönliche Freiheit, die Freiheit insgesamt bleibt auf der Strecke.

Nun werfen die Rot-Grünen und ihre zahlreichen Gesinnungsgenossen in den Medien dem Bundeskanzler Helmut Kohl vor, daß er nicht „die Führung ergreift", nicht „die Richtung angibt", die „Dinge treiben läßt", daß er „Führungsschwäche" zeigen würde. Vor allen Dingen der Oppositionsführer, Herr Dr. Vogel, überbietet sich hier geradezu in der Erfindung immer neuer Begriffe, die er dann dem staunenden, ungläubig zuschauenden Publikum serviert.

Der Bürger muß sich fragen, was für ein Demokratieverständnis der rot-grünen Genossen hinter dieser Auffassung steckt.

Wenn der Bundeskanzler die zu lösenden Fragen und Probleme einer breiten Diskussion unterwirft, dann entspricht dieses Führungsverhalten genau den von den meisten Bürgern gewollten demokratischen Verhaltensweisen einer Regierung, weil *sie dadurch von dem kommenden* Geschehen nicht einfach überrollt werden.

In der Regierungszeit von Helmut Kohl kann nicht eine einzige Frage, nicht ein einziges Problem genannt werden, das von ihm nicht einer Entscheidung zugeführt wurde, auch wenn die Rot-Grünen und ihre medienpolitischen Helfer Gegenteiliges behaupten. Erinnern wir uns:

– Kandidatur für die Wahl des Bundespräsidenten,

– Entscheidung in der Sache Kießling/Wörner,

– Steuerreform.

Nach einer oft kürzeren, manchmal auch längeren Phase der Diskussion erfolgte dann die Entscheidung. Daß diese Entscheidung nicht allen Interessen gerecht werden konnte, ist selbstverständlich. Jede Entscheidung in einer freien Gesellschaft muß in einer Kompromißlösung enden.

Die Zeit der sozialistischen Machthaber, die alles für machbar hielten und am Ende ihrer 13jährigen Regierungszeit nur ungelöste Probleme und 2,5 Millionen Arbeitslose hinterließen, ist hoffentlich für dieses Jahrhundert vorbei. Demokratie als ein Prozeß der Mitbeteiligung der Einzelnen und der Gruppen in einem Volke ist das dieser Zeit gerecht werdende Prinzip der Regierungsausübung. Sozialisten mit ihrem Gleichheitsideal sehen dies ganz anders. Helmut Kohl beherrscht dieses Prinzip vorbildlich. Man kann nur wünschen: So weitermachen, Herr Bundeskanzler, lassen Sie sich von den Rot-Grünen und ihren Helfern in den Medien nicht irre machen.

E. Hertlein,
Bad Wörishofen

Pierre Pflimlin

„Leserbrief: P. Pflimlin"; WELT vom 11. August

Sie haben vor einigen Tagen eine den Präsidenten des Europäischen Parlaments Pierre Pflimlin diffamierende Zuschrift des stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags und SPD-Abgeordneten L. W. Wördehoff veröffentlicht, die nicht unwidersprochen bleiben soll. Wenn *das Elsaß heute seine natürliche* Funktion als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland in so hervorragender Weise erfüllen kann, hat der große Europäer Pflimlin an dieser glückhaften Entwicklung seinen erheblichen Anteil. Daß Straßburg mehr und mehr in die Rolle einer europäischen Kapitale hineinwächst, ist unbestreitbar auch sein Verdienst. Aus allen Wahlresultaten läßt sich mühelos ablesen, daß seine wenigen „autonomistischen" Gegner im Elsaß und der von ihrem Leser anmaßend als „Deutsch-Lothringen" bezeichneten Nachbarregion in der deutschsprachigen Bevölkerung auf entschiedene Ablehnung treffen. An ihrer Loyalität gegenüber dem französischen Staat gibt es keinen Zweifel.

Wie jeder sehen kann, sind Elsässer und Lothringer mit der ihnen eigenen Beharrlichkeit sehr wohl imstande, ihre sprachlich-kulturellen Probleme selbst zu lösen. Was sie am wenigsten brauchen, sind deutsche Einmischungen und Belehrungen und so maßlose Übertreibungen wie die behauptete Menschenrechtsverletzung. Nichts wäre verhängnisvoller als eine von außen entfachte emotionale Diskussion, die sich Elsäßer und Lothringer auch angesichts der unvergessenen brutalen Germanisierungsversuche vergangener Zeiten zu Recht verbitten.

Mit freundlichen Grüßen
Gert Boysen,
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU)

Baltische Frage auch offen

„Unsere Stärke ist der Lebenswille"; WELT vom 4. August und „Freiheitsschiff auf der Ostsee"; WELT vom 8. August

Für die interessante Artikelserie über das lettische Festival in Münster möchte ich Ihnen danken. Ich meine, daß die Deutschen über die Strömungen und Probleme ihrer Nachbarvölker genauer informiert werden sollten. Ihre Artikelserie war ein Beitrag dazu. Die ausführliche Berichterstattung der deutschen Presse, darunter insbesondere Ihrer Zeitung, deutet auf das oft angezweifelte Bedürfnis der deutschen Öffentlichkeit, als eine mitteleuropäische Nation sich ein möglichst genaues Bild von den Problemen aller seiner Nachbarn zu verschaffen – der östlichen eingeschlossen.

Dabei haben die deutsche Presse, die Öffentlichkeit und Bevölkerung der Stadt Münster einmütig positiv auf dieses lettische Festival reagiert, das ein Bekenntnis zu ihrer nationalen Identität, zu ihrer uralten Sprache und Kultur war. Zugleich bedeutete es aber auch eine friedliche politische Demonstration für die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung und für die Einführung der Demokratie in ihrem seit dem Zweiten Weltkrieg aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes völkerrechtswidrig besetzten Heimatland. Im Namen der Bundesregierung sprach auch Bundesminister Windelen seine Solidarität mit dem lettischen Volk aus.

Die lettische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland, die lettischen Gemeinschaften in anderen westlichen Ländern und schließlich die Bevölkerung in Lettland erwarten jedoch, daß diese Solidarität sich nicht in verbalen Bekundungen erschöpft. Zu den möglichen Maßnahmen der Bundesrepublik zur Unterstützung der baltischen Völker der Esten, Letten und Litauer könnte z. B. eine Initiative zur Weiterleitung der baltischen Frage an die UNO, an die Europäische Politische Zusammenarbeit oder an die KSZE-Folgekonferenzen gehören, womit die Bundesregierung nur die Aufforderung des Europäischen Parlaments v. 13.1.83 befolgen würde. Es gibt sichere Anzeichen, daß die anderen westlichen Staaten eine solche Initiative unterstützen würden.

Aber auch kleinere, jedoch ganz konkrete praktische Maßnahmen wie die für die Bevölkerung in den baltischen Staaten sehr wichtige Einführung von Rundfunksendungen in den baltischen Sprachen durch die „Deutsche Welle", die Unterstützung bei der Errichtung des Lettischen Kulturzentrums und der Erhaltung des lettischen Gymnasiums in Münster usw. würden die solidarische Haltung der Deutschen mit ihren baltischen Nachbarvölkern zum Ausdruck bringen. Sofern man ein langfristiges politisches Konzept zur europäischen Einigung verfolgt, ist eine solche demokratische Haltung die einzig mögliche. Man darf nicht vergessen, daß die baltische Frage, genauso wie die deutsche Frage, weiterhin offen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Egil Levits,
Kiel 17

Widerspruch

„Die Flieger der Lufthansa wollen noch höher steigen"; WELT vom 17. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Artikel über den Tarifstreit bei der Deutschen Lufthansa AG ist eine Beleidigung dem fliegenden Personal gegenüber und so tendenziös, daß man wirklich nicht mehr von einer unabhängigen Presse reden kann.

1. Arbeitstage pro Jahr:

Laut Tarifvertrag stehen dem fliegenden Personal 33 freie Tage im Quartal zu. Dies entspricht 233 Arbeitstagen im Jahr, abzüglich Urlaub, da es weder Sonn- noch Feiertage für uns gibt. Ein „normaler" Angestellter erhält bei einer 5-Tage-Woche (56 x 2) 112 + ca. 10 Feiertage = 122 freie Tage im Jahr, dies entspricht 243 Arbeitstagen abzüglich Urlaub. Diese Differenz von 10 Tagen dient zum Ausgleich von Zeitunterschieden, Klimazonen und Nachtarbeit.

2. Arbeitszeit:

Es stimmt, daß ca. 550 Flugstunden geflogen werden, aber die Flugdienstzeit (Bodenzeit, in der der nächste Flug vorbereitet wird, Vor- und Nacharbeiten), die mit einer normalen Arbeitszeit zu vergleichen ist, weit das Doppelte der Flugstunden beträgt. Weiter fliegt das Kabinenpersonal im Schnitt 7 Überstunden (Flugstunden) im Monat.

3. Gehalt:

Im 6. Dienstjahr beträgt mein Jahresgehalt als Copilot ca. 95 000 DM, während in Ihrem Artikel die Pilotengehälter bei 130 000 DM anfangen.

Ihre Bemerkung über den psychischen Zustand der Piloten halte ich für ein *solches Hirngespinst, daß ich* dazu erst gar keine Stellung nehme.

Anhand dieser Beispiele sehen Sie, wie genau dieser Artikel recherchiert ist.

Mit freundlichen Grüßen
R. Kuhn,
Copilot Deutsche Lufthansa AG
Merzhausen

Haßquell

„Kardinal Glemp kritisiert Polen-Deutsche"; WELT vom 16. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der polnische Klerus war und ist immer ein Hort des zum Teil blutrünstigen polnischen Chauvinismus gewesen. Paart nun Glemp jenen Chauvinismus mit den Gelüsten der roten polnischen Verbrecherregierung? Wenn ja, verspricht er sich davon Gnade vor der roten Militärdiktatur? Sieht er denn nicht, daß er nicht aus dem Brunnen der christlichen Liebe, sondern aus dem Haßquell der kommunistischen Propaganda trinkt?

Mit freundlichen Grüßen
A. Behrens,
Ahrensburg

Zu wenig

„Kampagne für Deutschland in den USA"; WELT vom 13. August

Die Körber-Stiftung, Hamburg, will mit einer Informations-Kampagne in den USA das „sehr lückenhafte und teilweise ungünstige Deutschland-Bild der Amerikaner" erhellen. Fürwahr, ein löbliches Unterfangen. Nur ist es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum kläglichen Scheitern verurteilt. Hier die Gründe: Einmal die geographischen Wissenslücken breiter Bevölkerungskreise in den USA, ferner das Vorhandensein erheblicher Deutschland-Vorurteile im amerikanischen Establishment, die bis weit vor den Ersten Weltkrieg zurückreichen. Der amerikanische Bildungsbürger John *Ney beschrieb sie in seinem 1971* erschienenen Buch mit schonungsloser Offenheit. Daran ändern keine DM 200 000 der Körber-Stiftung etwas. Wann verlassen gewisse Kreise in der Bundesrepublik Deutschland ihr Wolkenkuckucksheim? Henry Ford schreibt man folgenden Ausspruch zu: „Am schwersten auf der Welt sterben Vorurteile." Dieser Mann war Realist. Wie betrüblich wirkt dagegen die bundesrepublikanische Wirklichkeitsfremde.

Dr. H. Kollai,
Nürnberg 1

Wort des Tages

„Wieviel Muße gewinnt der, der nicht auf seines Nächsten Reden, Tun oder Denken sieht, sondern sich nur darum kümmert, ob seine eigenen Handlungen gerecht, fromm und gut sind."

Marc Aurel; röm. Kaiser und Philosoph (121–180)

Ab Januar wieder neunzig Minuten: Alfred Bioleks neue Fernseh-Show

Den Fans kam's viel zu hektisch vor

Es läßt sich nicht länger verheimlichen: Der gute Alfred Biolek, gerade fünfzig geworden, führt etwas im Schilde. Mit Beginn des neuen Jahres wird er wieder, wie zu „Bio's Bahnhof"-Zeiten, neunzig Minuten lang live auf Sendung sein und nicht mehr wie momentan „Bei Bio" nur eine knappe Stunde. Der Termin für die Premiere steht auch bereits fest: 10. Januar, 21.00 Uhr. Wie die neue und größere Show heißen soll, darüber zerbrechen sich der Herr Doktor

Bei Bio – ARD, 21.00 Uhr

und seine Mitstreiter zur Zeit noch die Köpfe.

Schuld daran, daß der Kölner Showmaster nach der neunzehnten Folge „Bei Bio" schon wieder – und zwar bereits zum dritten Mal – etwas Neues anfangen wird, sind seine Fans. In Briefen an den WDR äußern Zuschauer immer wieder ihren Eindruck, daß Biolek in seiner jetzigen *Show ständig unter Zeitdruck* stehe und darum die Sendung viel zu hektisch und nervös präsentiere. Das Publikum will seinen Bio locker und gelöst, aber nicht so aufgedreht wie Dieter Thomas Heck.

Beim WDR bestreitet man, daß Biolek hudeln müsse, um sein Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit über die Runden bringen zu können. „Dr. Biolek", heißt es, „hat nun mal den Ehrgeiz, in jeder Show eine Menge interessanter Leute vorzustellen und möglichst viel Aktion in sein Programm hineinzupacken." So etwas, gibt man zu bedenken, erwecke bei einer 60-Minuten-Sendung natürlich leicht den Eindruck, daß Biolek seine liebe Not mit der Zeit habe. Bei neunzig Minuten, wie er sie früher im „Bahnhof" zur Verfügung hatte, habe



Bastelt an einer neuen Show: Alfred Biolek FOTO: DPA

das Publikum nie über Hektik im Spiel geklagt. Das sei der Grund, warum der Showmaster sich entschlossen habe, sein Publikum ab 1985 wieder anderthalb Stunden lang zu unterhalten.

Die Uhrzeiger auf „Bahnhof"-Zeit zurückzustellen ist aber auch durchaus im Sinne von Alfred Biolek. Er hat nämlich inzwischen eingesehen, daß ihm neunzig Minuten Show-Time doch besser liegen, weil er dann seiner Lust am Extemporieren eher die Zügel schießen lassen kann. Ein Mann wie Bio macht nun auch mal gern ein bißchen Show in eigener Sache.

Für das neue Programm wird Alfred Biolek mit Sicherheit die grundsätzlichen Elemente seines jetzigen Show-Konzeptes beibehalten. Aber man darf getrost darauf wetten, daß er sich irgendwo auch eine Sofaecke für die Talk-Show reservieren wird. „Denn mit Menschen zu reden", meint der gelernte Jurist im Schaugeschäft, *„das ist doch gerade meine* Stärke."

Angemeldet für das Jahr 1985 sind sieben Abende mit Alfred Biolek in neuer Form und unter neuem Titel. Was sich nicht ändern wird, ist der Sendetag. Es bleibt dabei: Bio kommt donnerstags.

EGON WOLFF

KRITIK

Die Suche nach dem Attentäter

Vorsicht, hinter Ihnen geht einer, hinter Ihnen steht einer, dreh'n Sie sich nicht um! Der alte Schlager aus den zwanziger Jahren hätte als Einleitung zu der Spitzel-Präsentation von **Report** (ARD) wieder hervorgeholt werden können.

Das Fernsehmagazin hat den elektronischen Finger auf eine wunde Stelle der Sicherheitsbehörden gelegt. Reißerisch aufgemacht – mit einem Hinweis auf das V-Mann-Umfeld beim Papst-Attentat –, fallen die Fragen zur deutschen Szene wie Hammerschläge: Wer sind die V-Leute der Polizei? Sind es Aufklärer? Oder etwa Verdunkler? Oder gar selber Verbrecher?

Nachlässigkeiten der Behörden bei Werbung, Führung und Kontrolle ihrer Horchposten in der Unterwelt, wie auch hier und da Anstiftung zu strafbaren Handlungen, um „große Fische" der organisierten Kriminalität zu ködern, bieten den Medien immer neue Angriffsflächen. Eingeweihte wundern sich daher nicht, daß der Antrag für eine Interpol-Fahndung nach dem ominösen Türken Celenk aus München monatelang in der Pariser Interpol-Zentrale schmorte, bis Celenk als Kontaktmann des Papst-Attentäters gesucht wurde. Geht es hier etwa nach dem Motto, wonach eine Hand die andere wäscht?

Report stöberte den Türken in Bulgarien auf. Eine Entlastung für die gemutmaßte bulgarisch-sowjetische Connection bei dem Anschlag auf den Heiligen Vater konnte der frühere V-Mann Celenk allerdings nicht liefern. Jetzt erfährt der Zuschauer sinngemäß, eigentlich komme alles Böse von den V-Männern der Polizei. Da bliebe als Resümee der Sendung wohl nur der beamtete under cover agent.

WERNER KAHL

Gefangenschaft von innen

Bildschirm frei für Filme, die im Kino keiner sehen mag – gottlob verhindert die nahende private Fernsehkonkurrenz, daß diese Philosophie das Hauptabendprogramm beherrscht. So servierte uns das ZDF den Bordellfilm **Utopia** zur tiefen Nachtstunde – pardon, nicht zu einer Nachtstunde, sondern zu dreien. So lang nämlich dehnte sich der Blick in ein Berliner Etablissment dahin, in dem sich käufliche Damen, ausbeutend augebeutet, von einem Zuhälter terrorisieren lassen.

Sohrab Shahid Saless hat gewiß keinen Film gedreht, der Voyeure oder Sozialideologen heiß macht; er will, man spürt's, mehr: Die Gefangenschaft kommt von innen, die Mädchen haben sich selbst eingesperrt. Die Mädchen – das sind wir alle, oder besser: sollten wir sein. Was aber verlangt hätte, daß die gedemütigten Damen aus sich selbst heraus plausibel werden – mit ihrer Wahl, so zu leben, und ihrem Zwang, nicht anders zu können. Ausgewalzte Tapetenfotografien bringen's nicht, auch nicht die unappetitlichen Schlußminuten aus der Kiste der Gewaltvideos: Eine Liebesdame schlitzt dem verhaßten Zuhälter mit einer Schere den Bauch auf. Eine merkwürdige Entschädigung für drei Stunden Geduld.

MARIUS PERMANN

STUDIO

Mit dem Bischof von Aachen, Klaus Hemmerle, beginnt der Westdeutsche Rundfunk am Sonntag, den 2. September, um 17.00 Uhr seine neue Sendereihe **Kinder fragen Prominente**. Sie entstand aus einer Idee, auf ganz unkonventionelle Art Gespräche mit Persönlichkeiten aus dem kirchlichen Bereich zu führen. „Keine Fachkonversation, keine routinierten Interviews sollten dabei entstehen, sondern unbefangene, spontane Fragen, wie sie eigentlich nur Kinder stellen können", heißt es bei der ARD. In jeder Sendung werden vier Kinder im Alter von zehn bis zwölf Jahren von einem Prominenten zum Plaudern eingeladen. Gastgeber der nächsten Sendung am 30. September ist der Hamburger Bischof Peter Krusche.

KNA

*

Die Summe, die der WDR und seine Tochterfirma Westdeutsches Werbefernsehen (WWF) im vergangenen Jahr für **Auftragsarbeiten an freie Film- und Fernsehproduzenten** vergeben hat, ist im Vergleich zu 1982 noch gestiegen, und zwar um 27 Millionen auf 132,63 Millionen Mark, wobei sich der WWF-Anteil auf 37,48 Millionen Mark belief. Auch die Zahl der vom WDR-Fernsehen beschäftigten freien Produzenten wuchs um 30 auf 234. Insgesamt hat der WDR im vergangenen Jahr rund eine Milliarde Mark für laufende Kosten, Investitionskosten, Produktionskosten, Personalkosten und für Filmankäufe ausgegeben.

dpa

Personalien

FILM

Die Gesellschaft Kontinent e. V. präsentiert am 5. September (Mittwoch) in Bonn die deutsche Uraufführung des amerikanischen Spielfilms „Sacharow" im Bonn-Center am Bundeskanzlerplatz. Der prominente ehemalige sowjetische Bürgerrechtler und Schriftsteller **Eduard Kusnezow**, der heute in München lebt und selbst 17 Jahre in der Sowjetunion in Haft war, wird neben **Cornelia Gerstenmaier**, der Vorsitzenden der Gesellschaft Kontinent und Chefredakteurin der Zeitschrift „Kontinent", die Einführung zu dem Film geben.

GEBURTSTAGE

Der evangelische Theologe Professor **Eberhard Bethge** feierte seinen 75. Geburtstag. Er ist vor allem als Biograph des von den Nationalsozialisten hingerichteten Theologen **Dietrich Bonhoeffer** bekannt. Bethge, Pfarrerssohn aus Warschau bei Magdeburg, studierte in Königsberg, Berlin, Wien, Tübingen und Halle Theologie. Er schloß sich 1934 der Bekennenden Kirche an und wurde ein Jahr später Mitarbeiter Bonhoeffers im „illegalen" Predigerseminar Finkenwalde. Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde der mit Bonhoeffer eng befreundete Theologe verhaftet. Nach dem Kriege arbeitete er unter anderem als Assistent des Berliner Bischofs **Otto Dibelius**, als Auslandspfarrer in London und Leiter des Pastoralkollegs im Rheinland sowie von 1969 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1975 als Honorarprofessor an der theologischen Fakultät der Universität Bonn.

*

Helen Rosmarie Gless, die wohl älteste Ansagerin in der Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, feiert am 1. September ihren 85. Geburtstag. Die Witwe des Kammersängers **Julius Gless** meldete sich Ende 1976, als das Werbefernsehen des Westdeutschen Rundfunks eine Ansagerin im Alter „bis zu 65 Jahren" suchte. Obgleich sie damals bereits die 77 überschritten hatte, schoß sie doch bei einem Test gegenüber jüngeren Mitbewerberinnen den Vogel ab. Rund drei Jahre lang sagte sie – im Schnitt einmal pro Monat – das „Intermezzo" im Regionalprogramm an.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Republik Philippinen in der Bundesrepublik Deutschland ist **Ramón V. del Rosario** (66). Von 1977 bis 1978 war er Sonderberater der philippinischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und von 1978 bis 1981 Mitglied der philippinischen Delegation bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Gleichzeitig war er von 1978 bis zu diesem Jahr außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in Ottawa in Kanada.

*

Neuer Botschafter der Republik Irak in der Bundesrepublik Deutschland ist Dr. **Abdul Razzak Kassim Al-Haschimi** (45). Von 1970 bis 1975 übte er das Amt eines Direktors für Geologische Vermessung und Mineralienforschung aus. Im November 1975 wurde er zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Atomenergie berufen und wurde im August 1981 zum Minister für Hochschulwesen und wissenschaftliche Forschung ernannt. Von Februar 1984 an war er Rat im Büro für Angelegenheit der Organisation und Botschafter beim Außenministerium in Irak.

AUSZEICHNUNGEN

Der Kulturpreis 1984 der Bürgerstiftungen Solingen 600 geht an den 24jährigen Pianisten und Komponisten **Wolfgang Manz** und den Orchesterverein Solingen 1910 e. V. Die Preisverleihung findet am 16. September im Theater von Solingen statt. Den Festvortrag hält Professor Dr. **Franz Müller-Heuser**, Direktor der staatlichen Musikhochschule Köln und Präsident des Landesmusikrates Nordrhein-Westfalen.

*

Die Wilhelm-Vershofen-Gesellschaft e. V. in Fellbach hat auf Vorschlag von Professor Dr. **Herbert Wilhelm** von der Universität Braunschweig den Gedächtnispreis der Wilhelm-Vershofen-Gesellschaft an den Diplomkaufmann Dr. **Bernd Meier** aus Braunschweig verliehen. Meier erhält diese Ehrung für seine wissenschaftliche Arbeit über „Verbraucherpolitik in der Bundesrepublik Deutschland". Der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. **Wilhelm Vershofen**, nach dem der Preis benannt ist, ist neben dem früheren Bundeskanzler **Ludwig Erhard** und Professor Dr. **Erich Schäfer** der Mitbegründer der seit 1934 bestehenden Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Die GfK hat sich in den letzten 50 Jahren zur bedeutendsten europäischen Marktforschungs-Gesellschaft entwickelt.

Mit dem letzten Ehrenbürger der Stadt Münster, Oberstadtdirektor a. D. **Heinrich Austermann**, verstarb im Alter von 75 Jahren eine der führenden Persönlichkeiten deutscher Städte während der Wiederaufbauzeit nach dem Kriege und der Phase der großen Stadterweiterungen der 60er und Anfang der 70er Jahre. Das längjährige Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages war von 1952 bis 1973 Verwaltungschef in Münster und trug an entscheidender Stelle dazu bei, daß Münster beim Wiederaufbau seinen unverwechselbaren Charakter als Stadt mit reicher Geschichte hat wahren können. Zugleich gilt er als „Architekt des größeren Münster", denn er bereitete noch in seiner Amtszeit die kommunale Neugliederung von 1975 vor. 1973 war Austermann die höchste Auszeichnung der Stadt, der Ehrenbürgerbrief, verliehen worden. Die vorherigen Träger dieses in Münster selten vergebenen Titels waren Kardinal **von Galen**, Bischof von Münster, sowie der frühere Reichskanzler **Heinrich Brüning**.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Internationales Leichtathletik-Sportfest
Aufzeichnung aus Koblenz
Fußball-Bundesliga
11.15 Brennpunkt
12.10 Kennzeichen D
Moderation: Joachim Jauer
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Die Hirtentochter Anait
Puppenspiel der Kleinen Bühne
Nach einem armenischen Märchen
15.30 Das feuerrote Spielmobil
„Wer hat hier 'ne Katze?"
16.00 Tagesschau
16.10 Madrid, Madrid, Madrid
Unterhaltsames von der iberischen Halbinsel
Von Rolf Hanke
Das Magazin enthält Beiträge über die Männer-Kochclubs in San Sebastian, über die Western-Filmdörfer bei Almeria und über den *spanischen Kronprinzen Felipe.*
16.55 Denkste!?
Ich wette, es wird ein Junge ...
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Bernina-Expreß
Ins Paradies um fünf vor zwölf
Film von Roman Brodmann
Ist *diese Fahrt ein Stück Abschied* von der schönen Welt? Die Antwort ist eine Sache der individuellen Einschätzung.
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und den Gästen Eartha Kitt, Murray Head, Erhard Freitag (Buchautor), Mimentheater Magma, Elga Andersen (Schatzsucherin) sowie Gerard Schmidt und sein „Hänneschen Theater"
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Untergang gefällig? – Die Katastrophe der „Titanic" in der Alten Oper Frankfurt / Das nachgebaute Wunder – Die berühmte Höhle von Lascaux wurde geschlossen, weil *die Besucher die Zeichnungen aus* der Eiszeit gefährdeten. Für Touristen gibt es jetzt eine Nachbildung.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Fräulein
Fernsehfilm von Leopold Ahlsen nach dem Roman von Ivo Andric
Mit Heidelinde Weis, Elfriede Kuzmany, Rade Serbedzija
Regie: Vojtech Jasny
0.50 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Der Vampir im Hochhaus
Tschechoslowakischer Kinderfilm
16.00 Ferienkalender
16.20 Die Schlümpfe
16.55 Peanuts
Die Mannschaft braucht Dich!
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Zwei schwarze Schafe
Der ehrgeizige Bürgermeister von Kalmüsel möchte zum Leidwesen vieler Dorfbewohner ein Spielcasino im Ort errichten.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Lustige Musikanten
Ein volkstümliches Konzert, präsentiert von Carolin Reiber und Elmar Gunsch.
21.00 Kinder Kinder
Sieger brauchen keine Argumente
Für Kinder haben gute Leistungen im Sport einen höheren Stellenwert als für Erwachsene. Die heutige Sendung zeigt anhand mehrerer Beispiele, wie junge Hochleistungssportler mit ihren Niederlagen umgehen und welche unausgesprochenen Erwartungen viele Eltern an ihre sporttreibenden Kinder haben.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Gebt Arbeit ab, andere brauchen sie ...
Kürzung der Gehälter und Verringerung der Wochenarbeitszeit für alle Lehrer Nordrhein-Westfalens – dieser Vorschlag von Kultusminister Hans Schwier hat eine heftige Diskussion in der Öffentlichkeit ausgelöst. Der Düsseldorfer Minister will so neue Arbeitsstellen für *junge Lehrer schaffen*, will zugleich aber mehr: einen „Lastenausgleich" bei der Verteilung von Arbeit erreichen – nicht nur bei den Beamten, sondern in der gesamten Gesellschaft. Unter der Gesprächsleitung von Klaus Bresser und Alexander Niemetz diskutieren unter anderem Hans Schwier, *Ralf Dahrendorf, Christa* Thoben und Joseph Huber.
Anschl. heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Harry Langdon
19.00 Höhlenabenteuer
Letzte Folge: Im Reich der Dunkelheit
19.45 Fahr doch selbst mal hin
Eine Insel schwört auf Sonne
Das Solarkraftwerk Pellworm

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Ins Leben entlassen
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Regie: Crane Wilbur
21.30 Reise ins Dunkel
Jean Rhys – Wiederentdeckung einer Vergessenen
22.30 Das Welttheater des Karlheinz Stockhausen
Über die Uraufführung der Oper „Samstag aus LICHT" statt.
23.30 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Stolz und Vorurteil
Letzte Folge
20.25 Cesare Pavese (1908–1950)
Turin – Santo Stefano Belbo
21.25 Gold und Rost
Die wechselvolle Geschichte eines herrschaftlichen Hauses
22.10 Sechs Tage Rennen – sechs Nächte Rummel
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Blechschaden
20.50 „Mein Vermögen erbt einmal die Kirche"
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Beruf: Reporter
Italienischer Spielfilm (1975)
23.55 Rundschau

Wer oft fliegt, stellt hohe Ansprüche: Lufthansa Business Class.

Es ist schon ein Unterschied, ob man einmal im Jahr in den Urlaub fliegt oder ständig geschäftlich unterwegs ist. Was für den Touristen ein Erlebnis ist, ist für den Geschäftsreisenden Arbeit. Der Vielflieger muß sich auf Gespräche oder Verhandlungen vorbereiten können und möchte sich so gut wie möglich entspannen. Denn je ausgeruhter er ankommt, desto besser fürs Geschäft.
Auf allen Lufthansa Langstrecken-Flügen gibt es deshalb die Business Class.
Mit separatem Check-in an vielen Flughäfen. Mit breiten bequemen Sesseln und genügend Beinfreiheit, mit Musik- und Filmprogrammen. Mit reichhaltigem Getränkeangebot und Menüauswahl. Und z. B. auch mit Zahnbürste und heißem Saunatuch zur Erfrischung.
Das sind nur einige unserer Beiträge zur Entspannung.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Berliner Bundesausschuß besucht „DDR“

hrk. Berlin

Zum erstenmal in der Geschichte des Berliner Abgeordnetenhauses reist der parlamentarische „Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen“ aus Anlaß der Leipziger Messe vom 3. bis 4. September in die „DDR“. An der Visite nimmt auch Bundessenator Professor Rupert Scholz (CDU) teil. Die östliche Seite ist offenbar bereit, für diese Informationsfahrt auch dem Ausschußmitglied der „Alternativen Liste“ die Einreise zu erlauben. Die „DDR“ hatte dies in den vergangenen Wochen gegenüber Grünen und Alternativen stets abgelehnt.

Der 18köpfige Ausschuß wird von dem früheren Berliner Bundestagsabgeordneten und deutschlandpolitischen Experten Jürgen Wohlrabe geleitet. Auf dem Programm stehen eine Unterredung mit Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, der Besuch von Messeständen sowie der Versuch, auch mit leitenden Mitarbeitern des Ostberliner Außenhandelsministeriums ins Gespräch zu kommen.

Dem Gremium gehören die beiden Berliner Ex-Senatoren Gerd Löffler und Harry Ristock (zugleich Mitglied des SPD-Parteivorstands) sowie der stellvertretende Berliner SPD-Landesvorsitzende Norbert Meisner an.

Wilms: Fast jeder erhält Lehrstelle

AP, München

Nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms ist die Lage auf dem Lehrstellenmarkt in diesem Jahr nicht so schlecht, wie es in der Öffentlichkeit den Anschein habe. Die Anstrengungen der Wirtschaft und die Bemühungen des Bundes und der Länder müßten dazu führen, daß bis zum Jahresende „fast jeder Lehrstellensuchende“ eine Ausbildungsmöglichkeit erhalte, sagte Dorothee Wilms in einem Interview der Illustrierten „Quick“. Der Lehrstellenmarkt sei gegenwärtig noch im Fluß, da sich viele Abiturienten sowohl für ein Studium als auch für eine betriebliche Ausbildung interessierten. Die Ministerin führte außerdem an, daß jene Lehrstellenbewerber, die sich nach Abschluß eines Ausbildungsvertrages nicht abgemeldet hätten, noch in den Karteien des Arbeitsamtes geführt würden.

Passagierverkehr nach England nicht behindert

Transportarbeiter-Gewerkschaft gerät verstärkt unter Druck

WILHELM FURLER, London

Der Aufruf zum Total-Streik der britischen Hafenarbeiter wird gegenwärtig von rund 10 000 Dockern befolgt. Dagegen haben sich knapp 6000 Hafenarbeiter in fast 40 Häfen bislang geweigert, dem Streikaufruf der militanten Gewerkschaftsführung zu folgen. In diesem Hafen läuft der Umschlag normal weiter – ungeachtet einiger Versuche, mit Streikposten arbeitswillige Hafenarbeiter von ihren Arbeitsplätzen fernzuhalten. Der Pkw- und Passagierverkehr vom und zum Festland war bislang in keiner Weise behindert.

In den Häfen, in denen gegenwärtig die Arbeit ruht, werden gewöhnlich nur etwa 45 Prozent des gesamten Frachtaufkommens des Landes mit Ausnahme von Öl und Ölprodukten umgeschlagen. Im vergangenen Jahr lag der Gesamtumschlag in den britischen Seehäfen ausgenommen Öl bei 150 Millionen Tonnen. An Öl und Ölprodukten wurden 1982 rund 270 Millionen Tonnen umgeschlagen.

Dort, wo weiterhin normal gearbeitet wird, ist die Umschlagsleistung je Hafenarbeiter deutlich höher als in den streikenden Häfen, die ausschließlich dem Nationalen Hafenarbeiter-System angehören. Dieses System garantiert Arbeitsplätze auf Lebzeiten. Der Wert der umgeschlagenen Güter in den Häfen, die weiterhin arbeiten, liegt wesentlich über denen in den bestreikten Häfen.

Dies liegt vor allem daran, daß mit Felixstowe, Dover und Harwich die bedeutendsten britischen Häfen für den Umschlag von Containern und Lkw-Fracht geöffnet sind. Sowohl in Felixstowe als auch in Dover stehen die Abstimmungen über eine Teilnahme am Ausstand in diesen Tagen an. Doch wird davon ausgegangen, daß die Mehrheit der Docker in beiden Häfen den Streikaufruf zurückweisen wird.

Schon beim letzten Streik der britischen Hafenarbeiter vor gerade sechs Wochen durchbrach Dover als erster Hafen die Streikfront. Damals hatten aufgebrachte Lkw-Fahrer, denen tagelang das Befahren der Kanalfähren verweigert wurde, mit der Anwendung von Gewalt gedroht. Auch in dem modernen Container- und Fährhafen Felixstowe nahm die Streik-Bereitschaft damals rapide ab.

In Tilbury, inzwischen der Haupthafen Londons, ist die Lage gegenwärtig schwer zu durchblicken: Zunächst erklärten die Gewerkschaftsfunktionäre in Tilbury den Hafen für bestreikt. Doch am Dienstag stimmten 600 der 2000 Hafenarbeiter dafür, normal weiterzuarbeiten. Am gestrigen Mittwoch erschienen allerdings nur 30 Docker an ihren Arbeitsplätzen. Die Mehrheit der Arbeitswilligen in Tilbury dürfte die offizielle Abstimmung heute abwarten.

Bestreikt werden von den – gemessen am Umschlag – wichtigsten zehn Häfen neben Tilbury gegenwärtig Liverpool, Southampton, Hull und Swansea. Mit großer Erleichterung wurde dagegen von der Regierung Thatcher die Nachricht aufgenommen, daß gestern in Teesside und Hartlepool, die ebenfalls zu den wichtigsten Häfen gehören, die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde.

Dem Verband der britischen Industrie- und Handelskammern zufolge können die meisten britischen Unternehmen das bisherige Ausmaß des Arbeitskampfes leidlich verkraften. Betroffen seien gegenwärtig hauptsächlich die Ein- und Ausfuhren von Schwergütern, Getreide, Massen-Chemikalien und Papier, abhängig allerdings weitgehend davon, wie rasch und einfach diese Gütern auf offene Häfen umgeleitet werden könnten.

Dagegen arbeiten gegenwärtig praktisch alle sogenannten „roll-on, roll-off“-Anlagen für den Verkehr mit dem Festland ungehindert. Damit ist die Ein- und Ausfuhr von Produkten aus dem Bereich der verarbeitenden Industrie weitestgehend sichergestellt. Bereits Ende der vergangenen Wochen haben die Reedereien begonnen, ihre Schiffe in die offenen Häfen des Landes umzudirigieren. Auch die exportierenden britischen Unternehmen haben Transportpläne unter Berücksichtigung von Ausweichhäfen entwickelt.

Obwohl Premierministerin Thatcher ihren Urlaub einen Tag früher als geplant abgebrochen hat, um mit ihrem Kabinett die Lage an der Streikfront zu erörtern, sind von der Regierung keinerlei Schritte zur etwaigen Schlichtung des Arbeitskampfes zu erwarten. Minister Ridley: „Wir können gar nicht intervenieren, weil wir gar nicht wissen, worum es überhaupt geht.“

Rau: Private Sender sollen in NRW zugelassen werden

Gleichzeitig will die Regierung Stellung des WDR stärken / „Bürgerbank“ vorgeschlagen

DW./dpa, Düsseldorf

Nach der Landtagswahl im nächsten Jahr sollen auch in Nordrhein-Westfalen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehprogramme geschaffen werden. Gleichzeitig will aber die Landesregierung in Düsseldorf die Position des öffentlich-rechtlich organisierten Westdeutschen Rundfunks (WDR) stärken und die Einflußmöglichkeiten von Staat und Parteien *auf die Kölner ARD-Anstalt* eingeschränkt sehen. Der Westdeutsche Rundfunk als größte Sendeanstalt innerhalb der ARD soll darüber hinaus künftig die Möglichkeit erhalten, über Satelliten neue Fernsehprogramme auch außerhalb Nordrhein-Westfalens auszustrahlen. Das sind wesentliche Aussagen der Thesen für ein Landesmediengesetz und der Eckwerte eines neuen WDR-Gesetzes, die Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) nach den Beratungen seines Kabinetts am Mittwoch in Düsseldorf erläuterte.

Noch in dieser Legislaturperiode will die Landesregierung ihren Entwurf für ein Landesmediengesetz fertigstellen, das jedoch – wie es heißt – aus Zeitgründen erst nach der Wahl vom Landtag beraten werden kann. Es soll, wie Rau betonte, privaten Veranstaltern neue Chancen eröffnen, wobei allerdings auch ihre Programmangebote sachlich, inhaltlich ausgewogen sein und Minderheiten-Interessen berücksichtigen müßten. Der Vielfalt von Meinungen, weltanschaulichen, politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen müsse Ausdruck gegeben werden. Auch Privatfunk und -fernsehen dürften nicht bloßem Gewinnstreben dienen.

Der Ministerpräsident stellte klar, daß wegen technisch bedingter Beschränkungen von Übertragungskapazitäten und hohen Kosten auf absehbare Zeit nur folgende Entwicklungen oder Alternativen für Nordrhein-Westfalen realistisch seien:

Ein oder höchstens zwei neue landesweite Fernsehvollprogramme, die über Satellit ausgestrahlt werden und bundesweit zu empfangen sind; ein landesweites neues UKW-Hörfunkprogramm; oder der Aufbau einer flächendeckenden Kette von Lokalprogrammen mit schwachen Sendern; über Satellit ausgestrahlte Zielgruppen- oder Spartenprogramme im Fernsehen; lokale Fernsehprogramme allenfalls in großen Ballungsgebieten. Die neuen landesweiten Fernsehprogramme sollen als Vollprogramme mit täglich mindestens sechs Stunden Sendezeit angelegt werden.

Über alle landesweiten privaten Rundfunkprogramme soll ein „öffentlich-rechtliches Dach“ gespannt werden, eine „rechtsfähige Landesanstalt“. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem: Erteilung und Widerruf der Erlaubnis für private Veranstalter; Überwachung des Programms darauf, ob die Programmgrundsätze und inhaltlichen Forderungen eingehalten werden. Oberstes Organ dieser Landesanstalt soll eine pluralistisch zusammengesetzte „Anstaltsversammlung“ werden.

Auch Bürger, die nicht organisiert sind, sollen eine Chance zur Mitgestaltung im höchsten WDR-Gremium erhalten. Vorgesehen ist für den Rundfunkrat eine sogenannte „Bürgerbank“ mit je zwei Vertretern aus dem Kreis der älteren Menschen, der Behinderten und der ausländischen Arbeitnehmer mit Sitz und Stimme.

Riesenhuber: „Die Technik erziehen“

PETER JENTSCH, Bonn

Als erfolgreich hat gestern Bundesforschungsminister *Heinz* Riesenhuber das Programm der Bundesregierung zur Humanisierung des Arbeitslebens gewertet. Es sei in vielen Fällen gelungen, gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden den in diesem Jahr mit 100 Millionen Mark geförderten Maßnahmen mehr Praxisnähe zu verleihen und damit ihre Anwendung zu fördern.

Seit zehn Jahren fördert die Bundesregierung Foschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Humanisierung des Arbeitslebens. Im vergangenen Jahr legte der Forschungsminister einen Bericht zur Weiterentwicklung des Programms vor, in dem er bereits auf die Kritik an den bis dahin erfolgten Maßnahmen, vor allem mangelnder Praxisnähe und unzureichender Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit, reagierte. Inzwischen sei es gelungen, sagte Riesenhuber gestern, in der Wirtschaft eine hohe Akzeptanz für die angebotenen Lö*sungen zu erreichen.*

Mit dem Programm sollen die Bedingungen an Arbeitsplätzen mit hoher gesundheitlicher Belastung verbessert werden. So sind unter anderem Schutzdaten, Richtwerte und Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten erarbeitet worden, es ist gelungen, die Ursachen der Lärmschwerhörigkeit in der metallverarbeitenden Industrie zu bekämpfen oder die extreme Belastung durch Hitze, Staub und Lärm im Steinkohlenbergbau zu reduzieren.

Probleme dieser Art seien in der Wirtschaft nach wie vor existent, betonte Riesenhuber. Dennoch habe er bei der inhaltlichen Gestaltung des Programms dem neuen Schwerpunkt „menschengerechte Anwendung neuer Technologien“ besondere Bedeutung zugemessen. Der technische Fortschritt ermögliche einen ständigen Innovationsprozeß, der „den Arbeitnehmern nicht nur dadurch hilft, *daß er unsere internationale* Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze sichert, sondern auch Möglichkeiten eröffnet, die Arbeitsbedingungen zu verbessern“.

In diesem Sinne finde die „menschengerechte Anwendung neuer Technologien“ besondere Beachtung. Riesenhuber: „Bei junger, im Wachstum begriffener Technik haben wir die Chance, die Technik zu erziehen.“ Neue Technologien sollen dem Menschen angepaßt werden und nicht umgekehrt.

Riesenhuber zeigte sich zuversichtlich, daß die Konzentrierung des Programms auf Schwerpunkte, die Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit bei einzelnen Lösungen sowie die enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern Lösungen entstehen läßt, „die bis ins Handwerk hinein angenommen werden“.

„Die Bundeswehr fördert keine Feindbilder“

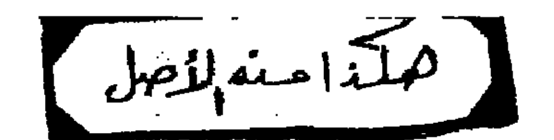
epd, Iserlohn

Die Bundeswehr fördert und verstärkt nach Ansicht des Kommandierenden Generals des 1. Korps, Gerhard Wachter, keine Feindbilder. In einem Gespräch zwischen hohen Offizieren und führenden Vertretern der Evangelischen Landeskirche von Westfalen in Iserlohn kritisierte der Generalleutnant die Erklärung der westfälischen Landessynode zur Friedensverantwortung der Kirche, die im November 1982 verabschiedet worden war. Darin waren die Offiziere der Bundeswehr aufgefordert worden, „alles zu unterlassen, was den Aufbau von Feindbildern fördert oder verstärkt“. Wachter bedauerte, daß der Dienst des Soldaten für den Frieden in der Erklärung nicht deutlich genug herausgestellt worden sei. Bei dem ersten Gespräch, das auf dieser Ebene zwischen Bundeswehroffizieren und Vertretern der westfälischen Landeskirche stattgefunden hat, wiederholte der Präses dieser Kirche, Heinrich Reiß, seine Forderung, durch kalkulierte Vorleistungen vertrauensbildende Schritte zur Verminderung der Rüstung in Ost und West anzustreben.

Wilhelm wird nicht Minister in Mainz

JOACHIM NEANDER, Mainz

Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion, *Hans-Otto Wilhelm, wird* entgegen den seit Monaten laufenden Spekulationen nicht ins Kabinett eintreten. In einem Gespräch mit Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) sind beide, wie Vogel in einer Pressekonferenz sibyllinisch formulierte, „gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, daß es besser ist, wenn Wilhelm seine Arbeit in der Fraktion bis zum Ende der Legislaturperiode fortsetzt“. Weitere Angaben über die im Frühjahr geplante Kabinettsumbildung machte Vogel nicht. Lediglich bei den Staatssekretären gibt es schon jetzt einen Wechsel: an Stelle des neuen Landesrechnungshofpräsidenten Wolfgang Brix wird der bisherige Kultus-Staatssekretär Christoph Stollenwerk neuer Amtschef im Wirtschaftsministerium. Stollenwerks Nachfolge im Kultusressort tritt die CDU-Landtagsabgeordnete Elsbeth Rickal an.



Der Fall Japan

Mk. – In der Handelspolitik ist der Fall Japan noch lange nicht ausgestanden. Dieses zeigt allein schon die Zahl der Anti-Dumping-Verfahren in der EG. Aus dem Umstand, daß zum Beispiel die Zahl der Bagger, die Firmen des fernöstlichen Inselreiches in der Gemeinschaft absetzen konnten, zwischen 1980 und 1983 von 204 auf 906 Stück gestiegen ist, läßt noch nicht den Schluß auf unerlaubte Praktiken zu. Dazu gehört zumindest der Nachweis, daß die Bagger in der EG billiger verkauft werden als in Japan. Noch haben beide Seiten einige Tage Zeit, um ihre Argumente vorzutragen, bevor die EG-Kommission entscheidet.

Generell gilt jedoch, daß die gezielten Exportkampagnen der Japaner, die sich auf überdimensionierte Kapazitäten stützen, immer wieder für Unruhe sorgen, nicht immer für heilsame. Die Bundesregierung sieht darin ein Beispiel für die laufende Verfeinerung protektionistischer Methoden.

Das Problem ist bekannt, die Klagen sind Legende. Nur konnten sich die Beteiligten weder im Gatt noch in der OECD auf akzeptable Strategien verständigen. Letztlich reagierten die Betroffenen mit importhemmenden Maßnahmen. Zufriedenstellen kann dies niemanden, zumal dann nicht, wenn in konjunkturschwachen Zeiten noch übers Ziel hinausgeschossen wird. Ein Verdacht, der sich zwar schwer beweisen läßt, der sich aber bei vielen aufdrängt. Im Interesse des Welthandels sollte rasch Abhilfe geschaffen werden.

Schwachsinn

Wb. – Die Bundesrepublik könne sich bei der Weiterentwicklung der Elektronik Zeit lassen und brauche die japanische oder amerikanische Konkurrenz nicht zu fürchten. So lautet – jedenfalls nach einer Meldung des dpa-Landesdienstes Hessen – das Ergebnis eines Gutachtens, das die hessische Landesregierung zur Vorbereitung einer Tagung unter dem Thema „Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat?" in Auftrag gegeben hatte. Begründung des Kasseler Professors Jürgen Reese für seine These: Langsamerer technischer Fortschritt bedeutet keinen Nachteil, sondern könne – vor allem im Hinblick auf die sozialen Folgekosten – wirtschaftlich lohnender sein als hastiges Vorgehen. Ein phantastischer Vorschlag. Die Bundesrepublik, mit Exportquoten in wichtigen Branchen von 50 Prozent und mehr, klinkt sich aus der technologischen Entwicklung aus und verlegt sich auf den Export von Handgeschnitztem aus Oberammergau. Wer so etwas abfaßt, sollte sich auch im klaren darüber sein, daß nur ein Land mit Überschüssen sich 80 000 Mark für solchen Schwachsinn leisten kann.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS / Stoltenberg sieht einige Lichtblicke

Bonn ist grundsätzlich bereit, die Schuldnerländer zu unterstützen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Trotz einiger Lichtblicke sind die Probleme der Verschuldung der Entwicklungsländer keineswegs gelöst. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hält ein dauerhaftes und inflationsfreies Wachstum der Weltwirtschft für die wichtigste Voraussetzung, um der Schwierigkeiten langfristig Herr zu werden. Akute Sorgen für private Banken bestünden nicht.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wies in Bonn darauf hin, daß auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die vom 21. bis 27. September in Washington stattfindet, die Verschuldungslage in der Dritten Welt ein wichtiges Thema sein werde. Durch die Stützungsaktionen hätten viele überschuldete Länder eine Atempause erhalten, die sie zu ersten Anpassungsschritten genutzt haben. So hätten die Leistungsbilanzdefizite der Nicht-Öl-Entwicklungsländer zwischen 1981 und 1983 von 109 auf 56 Milliarden US-Dollar halbiert werden können. Für 1984 werde eine weitere Verbesserung erwartet. Bei Mexiko, Venezuela und Jugoslawien zeichneten sich seit 1983 wieder Leistungsbilanzüberschüsse ab.

Allerdings: Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer, die sich heute auf rund 800 Milliarden Dollar beläuft, wachse weiter, nicht zuletzt durch die Stützungskredite, aus denen sich zusätzliche Verpflichtungen für die Zukunft ergeben. Allein der Zinsendienst werde 1984 rund 75 Milliarden Dollar betragen. Nach einer gemäßigt optimistischen Projektion des IWF würden zwar die Zinszahlungen der Nicht-Öl-Entwicklungsländer von 13 Prozent der Exporterlöse in diesem Jahr auf neun Prozent 1990 sinken. Die Tilgungsverpflichtungen würden jedoch von acht auf 12,5 Prozent steigen.

Den Entwicklungsländern müsse die Chance gegeben werden, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen und am internationalen Handel teilzunehmen. Seit Anfang 1983 habe sich die Konjunktur weltweit erholt. Dieser Prozeß müsse erhalten und verstärkt werden. Für die Industriestaaten bedeutet dies nach Ansicht Stoltenbergs vor allem kein Nachlassen im Kampf gegen die Inflation, konsequente Rückführung der Haushaltsdefizite und Abwehr protektionistischer Tendenzen.

1982 und 1983 hätten 31 Länder durch Umschuldungen eine finanzielle Atempause erhalten. Die Mittel des Währungsfonds seien 1983 beträchtlich verstärkt worden. Die Mitgliedsquoten wurden um rund 50 Prozent auf 90 Milliarden Sonderziehungsrechte aufgestockt. Die im Rahmen der Zehner-Gruppe der Industrieländer bereitgestellten Refinanzierungslinien für den Fonds wurden verdreifacht. Dazu habe die Bundesrepublik erheblich beigetragen. So habe die Bundesbank darauf hingewiesen, daß ihre Finanzierungsverpflichtungen im Rahmen der IWF-Quoten, der Annahmeverpflichtungen von Sonderziehungsrechten und der bereitgestellten Kreditlinien sich auf bis zu 32 Milliarden Mark belaufen.

Im Rahmen des „Pariser Clubs" seien 1983 öffentliche und öffentlich verbürgte Kredite von elf Milliarden Dollar in 17 Umschuldungsaktionen neu geordnet worden. Auf die Bundesrepublik sei ein Betrag von mehr als einer Milliarde Mark entfallen. Ein wichtiger Baustein seien auch die deutschen Leistungen für die Entwicklungshilfe. Eine Rolle spielten auch die Ausfuhrbürgschaften, wodurch die Käuferländer in der Lage sind, ihren lebenswichtigen Bedarf zu decken.

Die Bundesregierung sei grundsätzlich bereit, gemeinsam mit ihren Partnern bei erfolgreichen Bemühungen von Schuldnerländern mehrjährige Vereinbarungen einzugehen. Flankierend komme die Gewährung von Ausfuhrbürgschaften in Betracht. Auch Banken - wie jetzt im Falle Mexikos - faßten Umschuldungsvereinbarungen für einen längeren Zeitraum mit solchen Ländern ins Auge, die besondere Anpassungsfortschritte vorweisen könnten. Auf der IWF-Jahrestagung würden die Fragen der künftigen Regelung des „erweiterten Zugangs" zu den Mitteln des Fonds sowie der Wunsch nach neuen Sonderziehungsrechten eine wichtige Rolle spielen.

IMMOBILIENMARKT

DIW: Bei teuren Neubauten ist das Angebot zu groß

tb. **Berlin**

Am Immobilienmarkt in der Bundesrepublik besteht ein erheblicher Angebotsüberhang. Die Preise für Eigenheime und Eigentumswohnungen lagen im Frühjahr nach Marktbeobachtungen der Maklerverbände unter dem Niveau des Vorjahres, das vielfach bereits merklich gesunken war. Das schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in seinem neuen Wochenbericht. Nach Ansicht von Fachleuten wird der Immobilienmarkt auf absehbare Zeit ein Käufermarkt bleiben. Ein schwer kalkulierbarer Faktor ist dabei das stark gestiegene Angebot an Umwandlungsobjekten, also die Umwwandlung von Mietwohnhäusern in einzeln angebotene Eigentumswohnungen.

Im Mietwohnungsbau wird über eine Zunahme von leerstehenden Wohnungen und Vermietungsproblemen bei Neubauten geklagt. Von verschiedenen Seiten werde dies bereits als Beweis für ein allgemeines Überangebot gewertet mit dem Hinweis auf die Gefahr von volkswirtschaftlischer Kapitalfehlleitung. Das DIW sieht die Verhältnisse differenzierter. Die Vermarktungsprobleme betreffen in erster Linie Neubauobjekte mit hohen Anfangsmieten aufgrund besonders teurer Bauformen, heißt es in dem Bericht, aber auch Objekte des sozialen Wohnungsbaus aus den siebziger Jahren die infolge der degressiven Förderung zu teuer werden.

Insgesamt ist absehbar, so meint das Berliner Institut, daß diese Signale in den kommenden Jahren zu einer starken Zurückhaltung beim Mietwohnungsbau führen werden. Hinzu komme, daß die beschlossenen Kürzungen und Umstrukturierungen bei der öffentlichen Förderung zu Lasten des Mietwohnungsbau gehen.

Beim Wohneigentum hat sich die seit Jahresende 1982 sehr stark gestiegene Neubau-Nachfrage nach Eigenheimen und Eigentumswohnungen nach Angaben des DIW in den letzten Monaten so weit abgeschwächt, daß jetzt wieder das Niveau des Genehmigungsvolumens von Mitte 1982 erreicht ist. Ursache des Nachfrageschubes seien vor allem die Konjunkturprogramme von 1982 gewesen, die zu spät aufgelegt worden seien, nämlich zu einem Zeitpunkt als der vorangegangene Attentismus ohnehin aufgegeben worden war. So müsse angenommen werden, daß mit den befristeteten Förderungsmaßnahmen vor allem ein Vorzieh-Effekt erzielt worden sei und die Nachfrage dementsprechend länger unter ihren Trend zurückfallen könnte.

Das gesamte Wohnungsbauvolumen schätzt das DIW für das laufende Jahr auf knapp 120 Mrd. DM, wovon 82 Mrd. auf Neubauten und 37,5 Mrd. DM auf die Bauleistung an bestehenden Gebäuden entfallen dürften. Gegenüber 1983 würde das ein Plus von sechs Prozent bedeuten. Für 1985 wird nur noch ein Wachstum des Wohnungsbauvolumens um 1,5 Prozent auf 121 Mrd. DM vorausgesagt.

Enttäuschte Verbraucher

Von INGE ADHAM

Die erste große Veranstaltung aus dem Reigen der deutschen Herbstmessen, die Internationale Frankfurter Messe, hat Enttäuschung ausgelöst. Den vielfach erhofften Fingerzeig, wie es denn nun mit der Konsumgüterkonjunktur weitergehen werde, konnte sie nicht geben. Nun kann trefflich darüber gestritten werden, ob diese oder andere Messen zu derartigen Konjunkturaussagen überhaupt taugen. Bei dem großen Markt der Dinge des täglichen Bedarfs und auch der Dinge, die eigentlich kein Mensch „braucht", wie sie auf der Frankfurter Veranstaltung in erster Linie ausgestellt werden, ist dies ohnehin sehr zweifelhaft.

Auf der anderen Seite sind Messen, die ein internationales Publikum mit Sachverstand qua Amt zusammenbringen, die für engen Kontakt zwischen Fertigungs- und Verkaufsseite ermöglichen, mit Sicherheit ein vorzüglicher Gradmesser für die „Stimmung". Und die ist in der Konsumgüterbranche offensichtlich wieder recht flau, nachdem im vergangenen Jahr die von der „Wende" munter gewordenen Verbraucher zunächst wieder lustvoll gekauft hatten, nachdem sie in größerem Umfang ans „Eingemachte" (sprich das Sparbuch) gegangen sind.

Aus den monatlichen Umsatzzahlen des Einzelhandels läßt sich deutlich ablesen, welche Auswirkung der Streik in der ersten Jahreshälfte auf das Einkaufsverhalten der Bürger hatte. Nicht nur, daß in den vom Streik betroffenen Gebieten einfach weniger Geld zum Ausgeben vorhanden war. Auch darüber hinaus wurde gespart. Während im dritten Vierteljahr 1983 die Sparquote bei nur wenig mehr als zehn Prozent gelegen hatte, machte sie im im ersten Vierteljahr dieses Jahres einen großen Sprung und überschritt die 15 Prozent.

Nun heißt das beileibe nicht, daß die Deutschen sich nichts mehr gönnen. Reisen und Freizeit und damit auch das Auto als Mittel dazu stehen nach wie vor hoch im Kurs. Gespart wird vielmehr an Dingen, die man nicht unbedingt braucht – auf der Frankfurter Messe wimmelt es davon: Wer braucht schon einen Syphon gestaltet als Feuerlöscher, beispielsweise, wer braucht das Bierglas mit Flüssigkeitsstand-Anzeige? Auch das Porzellan wird der Normalhaushalt, in dem in der Regel nicht mit Tellern geworfen wird, nicht alle Jahre neu anschaffen; auch hier läßt sich also sparen oder wie bei Wäsche und Bekleidung der Gebrauchsnutzen ohne große Anstrengung um einige Zeit verlängern.

Daß die Verbraucher genau dies tun, zeigen übrigens auch die Erfahrungen auf der Düsseldorfer „hifivideo": Auch in der Unterhaltungselektronik führt nicht jede Neuheit, von denen es ja reichlich gibt, mehr automatisch zu Neuanschaffungen.

Dies geänderte Verbraucherverhalten, das nicht mehr mit extremen Belastungen durch die Energierechnung zu erklären ist, spiegelt neue „Reife" beim Konsumbürger: Er läßt sich sein Geld nicht mehr für jeden Schnickschnack aus der Tasche lokken und ist offenbar Werbeaussagen gegenüber vorsichtiger geworden. Das zeigen auch die bewegten Klagen der Markenartikler über fehlende „Markentreue". Darüber hinaus gibt es freilich auch handfeste finanzielle Hintergründe für die fehlende Konsumlust. Zwar liegen die Steigerungen der Nominaleinkommen nach langer Zeit jetzt wieder klar erkennbar über der Rate der Preissteigerung, die deutlich geringer ist als vor Jahresfrist.

Aber mehr Geld für den Konsum bedeutet das noch lange nicht. Denn Vater Staat bittet unverändert stark zur Kasse, der Schritt in die Progressionszone schmerzt manchen, der sich über eine Lohnerhöhung freute, die Sozialbeiträge tun ein übriges, so daß die erfreuliche Entwicklung sich auf das Portemonnaie der Verbraucher noch nicht auswirkt. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, daß der Handel mit seinen Bestellungen nach den Erfahrungen des ersten Halbjahres, das ihm übergroße Läger bescherte, vorsichtig bleibt.

Beim Handel, der nach wie vor in schärfstem Wettbewerb steht und vielfach mit dem Rücken an der (Ertrags-)Wand operiert, ist der schwarze Peter für die recht flaue Messe nicht zu suchen. Eher schon bei Vater Staat. Er sollte sich mit seiner Steuerreform beeilen und wahrmachen, womit die Regierung von Helmut Kohl angetreten ist: Leistung muß wieder etwas bringen. Dann wäre auch die große Lust am Konsum ganz schnell wieder da.

AUF EIN WORT

„Legal arbeitende Schwarzmaler können erheblich gefährlicher sein als illegal malende Schwarzarbeiter."

Dr. Klaus Asche, Vorsitzender des Vorstandes der Holsten-Brauerei AG, Hamburg FOTO: WALTRAUT FRISCH

Minus im Einzelhandel

Py., **Düsseldorf**

Der deutsche Facheinzelhandel hat im Juli zwei Prozent weniger umgesetzt als im gleichen Vorjahresmonat, preisbereinigt büßte er vier Prozent ein. Nach den Ergebnissen eines Betriebsvergleichs des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln hatte der Juli jedoch ein Verkaufswochenende mehr als der Vorjahresmonat. Bei den Umsatzergebnissen fallen Bürofachhandel (plus 14 Prozent), Tapeten und Farbenhandel (plus zehn Prozent) sowie Möbel- und Buchhandel mit plus acht und sieben Prozent aus dem Rahmen. In den ersten sieben Monaten des Jahres weist der Fachhandel einen realen Umsatzrückgang von zwei Prozent aus.

MASCHINENBAU

Hohe Auslandsaufträge schließen „Streikloch"

rtr, **Frankfurt**

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau hat das durch die Arbeitskämpfe in der Metallindustrie gerissene Loch vom Juni im Umsatz der ersten sieben Monate dieses Jahres bereits geschlossen. Nach Darstellung des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sind im In- und Ausland die Umsätze von Januar bis Juli 1984 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um preisbereinigt vier Prozent gestiegen.

Kräftige Zuwachsraten verbuchte die Branche im Auftragseingang besonders in jüngster Zeit. Im Juli allein kamen real 15 Prozent mehr Aufträge herein als im gleichen Vorjahresmonat. Dabei legte das Auslandsgeschäft um 18 Prozent, das Inland um 12 Prozent zu. In dem von kurzfristigen Schwankungen weniger beeinflußten Dreimonatsvergleich von Mai bis Juli 1984 stiegen die Auftragseingänge gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983 insgesamt um preisbereinigt elf Prozent. Das Wachstum im Auslandsgeschäft war dabei mit plus 14 Prozent doppelt so groß wie das im Inland (plus sieben Prozent).

Im Zeitraum von Januar bis Juli lag der Auftragseingang insgesamt noch bei neun Prozent, wobei das Inland mit drei Prozent aufgrund der gedämpften Entwicklung im früheren Jahresverlauf noch relativ schwach war und das Ausland 13 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum bestellte. Wie ein VDMA-Sprecher ergänzend erklärte, beginnt aber die Industrie auch im Inland in den letzten Monaten mit verstärkten Investitionen, woraus man schließen könne, daß der Konjunkturaufschwung wohl noch anhalten werde.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Wieder Tafelwein zur Destillation freigegeben

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Keller der europäischen Winzer werden auch in diesem Jahr auf Kosten der Steuerzahler geräumt. Wie die EG-Kommission gestern bestätigte, hat sie vom zuständigen Verwaltungsausschuß grünes Licht bekommen, rechtzeitig vor Beginn der neuen Weinlese rund zehn Millionen Hektoliter Tafelwein zu Alkohol zu destillieren. Nach den Bestimmungen der Weinmarktordnung werden den Winzergenossenschaften im Rahmen dieser Aktion dafür 92 Prozent des sogenannten Orientierungspreises vergütet, also erheblich mehr als bei anderen Destillierungsaktionen.

Die Maßnahme, die dem Umfang nach auf 18 Prozent der Erzeugung je Winzer beschränkt ist, zielt eigentlich auf die Verhinderung abrupter Preiseinbrüche auf dem Markt für Tafelweine ab. Da die EG jedoch mit „chronischen" und ständig steigenden Überschüssen zu kämpfen hat, schaffen die durch Beihilfen geförderte Lagerung und die nachfolgende Destillation jeweils nur eine vorübergehende Entlastung.

Die neue Aktion, die bereits vor der Sommerpause angekündigt worden war, kostet voraussichtlich 250 Mill. Ecu (560 Mill. Mark). Ob die erforderlichen Mittel dafür vorhanden sind, ist wegen des noch blockierten Ergänzungshaushaltes der Gemeinschaft noch ungewiß.

Bereits bis zum Sommer hat die Weinmarktordnung in diesem Jahr eine Mrd. Ecu (2,24 Mrd. Mark) verschlungen, obwohl im Etat der EG 1984 nur Ausgaben im Umfang von 588 Mill. Ecu (1,3 Mrd. Mark) eingeplant waren. Rund 32 Mill. Hektoliter wurden 1984 bereits durch Destillation aus dem Markt genommen. Dies entspricht einem Fünftel der jährlichen Gesamternte an Tafelweinen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Monatsetat einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie mit mittlerem Einkommen betrug 1983 brutto 4452 Mark. Nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben verblieben 2837 Mark für die Lebenshaltung. Für Versicherungen, Schuldzinsen und ähnliches waren 355 Mark aufzubringen. 277 Mark konnten gespart werden. QUELLE: GLOBUS

Haftsummenzuschlag sollte bleiben

Bonn (dpa/VWD) – Ein Abbau des Haftsummenzuschlags als Bestandteil des haftenden Eigenkapitals der Genossenschaftsbanken würde gegen das Grundgesetz und gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßen. Wie der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) in seinem Geschäftsbericht 1983 erklärte, ist dies das Ergebnis eines Verfassungsgutachtens, das im Zusammenhang mit Neufassung des Kreditwesengesetzes (KWG) erstellt wurde. Bei der Novellierung des KWG geht es unter anderem um die Abgrenzung des Eigenkapitals der Kreditinstitute. Bei den Genossenschaftsbanken erkennt das KWG bislang einen Haftsummenzuschlag von maximal 50 Prozent auf die Geschäftsguthaben an.

Kupfer-Resolution

Santiago (VWD) – Eine Resolution zur Verurteilug der von den USA geplanten Importbeschränkungen für Kupfer haben Chile und Peru bei der Jahresversammlung des Wirtschaftsrates der Organisation amerikanischer Staaten vorgelegt. Die geplanten Einschränkungen mußten verheerende Folgen für die Wirtschaft dieser Länder haben. Chile und Peru bestritten im vergangenen Jahr 64 Prozent der Kupfereinfuhren der USA. US-Präsident Reagan hat bis zum 14. September Zeit, über die von der Internationalen Handelskommission vorgeschlagene Importbeschränkung zu entscheiden.

Konferenz in La Paz

Lima (rtr) – Die stellvertretenden Außenminister von fünf Andenstaaten wollen nach Angaben des bolivianischen Vizepräsidenten Jaime Paz Zamora am 11. September im bolivianischen La Paz zusammentreffen, um eine gemeinsame Position für die zweite lateinamerikanische Schuldenkonferenz, die im selben Monat im argentinischen Mar del Plata tagen wird, zu erarbeiten. Erwartet werden zu den Gesprächen die Vertreter Perus, Kolumbiens, Ecuadors, Venezuelas und Boliviens. Man habe jedoch auch Vertreter Argentiniens und Brasiliens eingeladen, sagte Zamora.

These bestätigt

Bonn (AP) – Im Streit mit den Haus- und Grundbesitzern über die Zahl der leerstehenden Wohnungen in der Bundesrepublik sieht sich Bundesbauminister Oscar Schneider jetzt durch die Ergebnisse einer Untersuchung in fünf Großstädten bestätigt. Schneider betonte seine bereits früher genannte Zahl von höchstens 250 000 über längere Zeit ungenutzter Wohnungen werde durch die Auszählung von Elektrozählern der Stromversorgungsunternehmen untermauert. Die von den Haus- und Grundbesitzern mehrfach genannte Zahl von einer Million leerstehender Wohnungen sei „bei weitem überhöht". Die Auswertung der Untersuchung ergab, daß gegenwärtig in Hamburg, Nürnberg und Stuttgart jeweils 0,3 Prozent der Wohnungen, in Wuppertal 0,8 und in Osnabrück ein Prozent mindestens drei Monate lang ungenutzt sind.

Gegen selektive Hilfen

Köln (dpa/VWD) – Gegen sozialpolitisch motivierte Erhaltungssubventionen, aber auch gegen eine gezielte Förderung sogenannter Zukunftsindustrien hat sich das unternehmernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln ausgesprochen. „Isolierte Hilfsmaßnahmen, wie sie die Praxis vorsah, hatten eher strukturerhaltende Effekte und beeinträchtigten den Wettbewerb", erklärte das IW. Eine staatliche Förderung einzelner Industrien, wie sie von der SPD und Gewerkschaften gefordert werde, laufen nach Auffassung des IW darauf hinaus, „die strukturpolitische Ausnahme – die selektive staatliche Marktsteuerung – zur Regel zu erheben und die Strukturpolitik aus dem marktwirtschaftlichen Rahmen herauszulösen".

Preisvorteil ausgebaut

Hamburg (dpa/VWD) – Die Importkohle baute ihren Preisvorsprung gegenüber den Konkurrenzenergien im ersten Halbjahr 1984 noch weiter aus. Der Grenzübergangspreis für Drittlands-Kraftwerkskohle, der im ersten Quartal 1984 bei 133 (Vorjahr: 153) DM je Tonnen Steinkohleeinheit (SKE) lag, gab im zweiten Quartal auf 130 (143) DM je Tonne SKE nach. Damit sei deutsche Kraftwerkskohle (ab Zeche Listenpreis) nahezu doppelt so teuer wie eingeführte Steinkohle, betonte der Verein Deutscher Kohlenimporteure, Hamburg. Dennoch gingen in den ersten sechs Monaten 1984 die Steinkohlenimporte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,6 Prozent auf 4,1 Millionen Tonnen zurück, während die inländischen Reviere ihren Absatz um 11,5 Prozent steigerten.

EINKOMMENSENTWICKLUNG

RWI fordert Standfestigkeit von der öffentlichen Hand

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben sich bedenklich eingetrübt, für das nächste Jahr mehr noch als für dieses. Zu diesem Ergebnis kommt der neueste Konjunkturbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion werde indes weiter zunehmen, voraussichtlich aber so langsam, daß die Zahl der Arbeitslosen kaum noch sinken, sondern wieder steigen wird.

Zu einer Änderung sieht das RWI Möglichkeiten in einer Verläßlichkeit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Bei den Löhnen sei die Entwicklung zwar auch für das nächste Jahr schon festgelegt, doch lasse sich ein Dammbruch noch vermeiden. Dazu müßten aber die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst in den im Herbst beginnenden Tarifverhandlungen Standfestigkeit beweisen.

Die aus den Vereinbarungen der zurückliegenden Lohnrunden, Vorruhestandlösungen und Verkürzung der Arbeitszeit vom nächsten Frühjahr an resultierende Verteuerung der Arbeitskraft wird nach Ansicht der Konjunkturforscher die Unternehmen erheblich belastet. Dies bedeute nicht zuletzt eine Umkehr auf dem Weg zu einer beschäftigungsfördernden Lohnentwicklung.

Das Preisniveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres kaum verändert, da es bis dahin kaum Lohnerhöhungen gab und die Steigerung der Einfuhrpreise die Ertragsmarge drückte. Das RWI geht für 1984 von einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2,5 Prozent, für 1985 von 1,5 Prozent aus.

KAPITALANLAGENBRANCHE / Staatsanwalt untersucht dubiose Praktiken

Die Kerkerbachbahn ist „entgleist"

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Kerkerbachbahn entgleist. Millionenschaden. Verantwortliche eingelocht. Diese Stichworte umreißen eine Wirtschaftskriminalstory aus der Kapitalanlagenvertriebsbranche, mit der sich jetzt, wie gestern bereits kurz gemeldet, die Mannheimer Staatsanwaltschaft beschäftigt. Hauptdarsteller sind Tom Clark Sieger, Vorstandsvorsitzender, und Klaus Steiner, Aufsichtsratsvorsitzender der bis Anfang dieses Jahres im Bauherrenmodellgeschäft und seither im Erwerb von Industriebeteiligungen agierenden Kerkerbachbahn AG, einer früheren Kleinbahn. Sie wurden wegen Verdachts eines Vergehens gegen das Aktiengesetz festgenommen und sitzen in Untersuchungshaft.

Ihnen wird vorgeworfen, durch falsche Angaben die Eintragung einer Kapitalerhöhung der Kerkerbachbahn um 4,76 auf 8,19 Mill. DM zum Kurs von 500 Prozent im Handelsregister „erschlichen" zu haben. Unter Berufung auf diese Eintragung wurden die Aktien mit einem Kurswert von 23,8 Mill. DM dann dem Publikum über ein „Emissionskonsortium", das angeblich aus der dieser Tage geschlossenen Minibank Martin Friedburg & Co. und einer Vermögensverwaltungs GmbH bestand – zwei Firmen, die zur Sieger-Interessenssphäre gehören – zum Kauf angeboten. In die Kasse gekommen sind aber entgegen Siegers Aussage, so der Verdacht des Staatsanwalts, nur gut 1,8 Millionen.

Potentiellen Anlegern ist damit allerdings ein noch größerer Verlust erspart geblieben. Denn die Preise der Aktien aus der jüngsten Kapitalerhöhung waren zuletzt auf rund 100 DM (Emissionskurs 250) je 50-DM-Aktie gesackt. Und die „alten" Stammaktien, die 1984 einen Höchstkurs von 375 DM hatten, wurden zuletzt mit 139 DM bezahlt. Der tatsächliche Wert der Kerkerbachbahn Aktien dürfte, so argwöhnen Börsianer, sogar noch sehr weit darunter, wenn nicht gar in der Nähe von Null liegen.

Mit dem Geld aus der jüngsten Kapitalerhöhung sollte die Kerkerbachbahn – wie auch bisher schon – über verschlungene Wege „interessante" Beteiligungen erwerben, die allerdings von Außenstehenden als dubios bezeichnet werden. Über die Friedburg-Bank sollten solche Firmen auch an die Börse gebracht werden, zumindest in den ungeregelten Freiverkehr. Durch solche Transaktionen, so wissen Kenner der Anlagenbranche zu berichten, versuchte Sieger die Kurse von fast wertlosen Aktien, die er sich zuvor für Minipreise besorgt hatte, hochzujagen, um diese Papiere dann mit einem Riesengewinn abzustoßen. Das Eingreifen der Staatsanwaltschaft dürfte die Kerkerbachbahn jetzt wohl für immer aus dem Gleis geworfen haben.

SKANDINAVIEN / Drei große Banken kooperieren

Wechselseitige Beteiligung

R. GATERMANN, Stockholm

Um der ausländischen Konkurrenz besser entgegentreten zu können, haben sich die schwedische Skandinaviska Enskilda Bank (S-E-Bank), die norwegische Bergen Bank und die finnische Föreningsbank (Unionbank) zu einer engen Zusammenarbeit entschlossen. Jedes Institut will die beiden Partner im eigenen Land vertreten, darüber hinaus ist auch eine kapitalmäßige Verflechtung vorgesehen. Die drei Banken, zu der voraussichtlich noch eine vierte dänische stoßen wird, verfügen über eine Bilanzsumme von umgerechnet rund 90 Mrd. DM.

Norwegen hob kürzlich das Niederlassungsverbot für ausländische Geldinstitute auf, und Schweden – als letztes westeuropäisches Land – bereitet eine ähnliche Gesetzesänderung vor. Angesichts dieser neuen Situation beschlossen die drei Institute eine neue Form der Zusammenarbeit unter dem Namen Skandinavian Banking Partners. Dadurch können ihre Kunden ihre gesamten Bankgeschäfte in sämtlichen 850 Filialen der drei Banken abwickeln. Außerdem bekommen ihre Konteninhaber Zugang zu den Bargeldautomaten der Partnerinstitute. Die derzeit noch vorhandenen jeweiligen Repräsentationsbüros werden aufgelöst.

Die gegenseitigen Beteiligungen sollen über Neuemissionen vorgenommen werden, die für die S-E-Bank einen *Zehn-Prozent-Anteil* an der Bergenbank und sechs Prozent an der Föreningsbank bedeuten, wofür 66 Mill. bzw. 82,5 Mill. DM aufgebracht werden. Für ebenso hohe Beträge kaufen sich die Institute bei den jeweiligen Partnern ein. Für Schweden bedarf es dafür weiterer Gesetzesänderungen; hier ist es bisher Ausländern noch untersagt, Bankaktien zu besitzen.

Die drei Banken besitzen bereits gemeinsam die Skandinavianbank Ltd. in London, Zu der jetzt eingegangenen Partnerschaft gehört auch die Vereinbarung, daß sich die Bergen Bank mit 20 Prozent an der Deutsch-Skandinavischen Bank in Frankfurt beteiligt, bisher eine 100prozentige Tochter der S-E-Bank.

VEREINIGTE STAATEN / In der Auto-Industrie droht erster Streik seit acht Jahren

Ford will die Grundlöhne einfrieren

rtr, Detroit

In der US-Automobilindustrie erscheint ein Arbeitskampf bevorzustehen, nachdem die Angebote der beiden Automobilhersteller General Motors und Ford Motor in den laufenden Tarifverhandlungen von den Gewerkschaftsvertretern abgelehnt worden sind. Beobachter halten es für möglich, daß Streikmaßnahmen zumindest gegen eine der beiden Firmen beschlossen werden. Die geltenden Tarifverträge laufen Mitte September aus.

Nach den Vorschlägen von General Motors und Ford sollen die Grundlöhne nicht angehoben werden. Das Angebot von General Motors, dem größten Autohersteller der Welt, sieht unter anderem eine Lohnaufspaltung vor. Neueingestellte Arbeiter sollen nur 75 Prozent des derzeitigen Tarifs bekommen, während für die gegenwärtig Beschäftigten für die dreijährige Laufzeit des Tarifvertrages zusätzliche Einmalzahlungen von 600 Dollar (rund 1740 DM) im ersten und von 300 Dollar (rund 870 DM) im zweiten Jahr vorgesehen sind. Für das dritte Jahr bietet General Motors keine Erhöhung an.

General Motors bietet ferner Verbesserungen bei den Betriebsrenten an. Die Teuerungszulagen sollen sich nach den Änderungen der Verbraucherpreise richten, wobei künftig 1971 statt bisher 1967 als Basisjahr vorgesehen ist. Der Schlüsselforderung der Gewerkschaft nach Arbeitsplatzsicherheit soll nach General-Motors-Angaben durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für neue Arbeitsplätze, darunter Schulungsmaßnahmen im Hinblick auf Versetzungen, entsprochen werden.

Ford will nach eigenen Angaben unter anderem die derzeitigen Grundlöhne einfrieren, zwei zusätzliche bezahlte freie Tage gewähren und den Beschäftigten Angebote zum Kauf von Aktien machen.

Nach Aussagen von Gewerkschaftsvertretern haben die UAW-Mitglieder sich in Vorabstimmungen mit überwältigender Mehrheit für Arbeitskampfmaßnahmen ausgesprochen. Den bisher letzten Streik in der US-Automobilindustrie gab es 1976 gegen Ford. General Motors war zuletzt 1970 das Ziel von Arbeitskampfmaßnahmen. Chrysler als drittgrößter US-Autoproduzent ist von den laufenden Verhandlungen nicht betroffen, da die Tarifverträge hier noch bis Oktober 1985 laufen.

Die seit etwa fünf Wochen laufenden Tarifverhandlungen finden vor dem Hintergrund von Rekordgewinnen der US-Autobranche und Befürchtungen der Gewerkschaften statt, daß Tausende von Arbeitsplätzen ins Ausland verlagert werden könnten. Die Branche hat sich von der Krise der Jahre 1979 bis 1982, als Umsätze und Erträge verfielen, erholt. Die US-Autohersteller verzeichnen zur Zeit Gewinne in nie dagewesener Höhe. Nach Ansicht von Experten sollten die Unternehmen in diesem Jahr einen Gewinn von zusammen mehr als zehn Milliarden Dollar (rund 29 Mrd. DM) erzielen.

Mehr als 100 000 Beschäftigte, deren Arbeitsplätze während der Rezession verloren gingen, sind heute wieder an ihrem Arbeitsplatz und erfreuen sich deutlich höherer Löhne, als sie im Durchschnitt der US-Industrie gezahlt werden.

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT / Höhere Schäden

Staat ist Hauptbetrogener

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Schäden, die dem Staat und der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland durch Wirtschaftskriminalität entstehen, steigen weiter an. Nach einer vom Bundesjustizministerium in Auftrag gegebenen Untersuchung des Freiburger Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Strafrecht ist allein durch aufgedeckte Straftaten im Wirtschaftsbereich im Jahre 1982 ein Schaden in Höhe von 14 Milliarden Mark entstanden. Hinzu kommt eine erhebliche Dunkelziffer, so daß sich nach den Freiburger Schätzungen ein Gesamtverlust von rund 50 Milliarden Mark addieren läßt.

An dem nachweisbaren Schadensanstieg – um 30 Prozent gegenüber 1981 – waren insbesondere die Welle der Insolvenzen und die damit verbundenen Bankrott-Delikte beteiligt. Eingerechnet wurden vom Max-Planck-Institut auch die Steuerverkürzungen: einschließlich der nachgewiesenen Steuerhinterziehungen ein Betrag von rund 8,8 Milliarden Mark.

Sieben Mitarbeiter des Forschungsinstitutes haben alle Bereiche der Wirtschaftskriminalität durchforstet: Bestechung und Vorteilsgewährung, Betrug, Wucher, Untreue, Subventionsbetrug und Kreditbetrug. 6600 Beschuldigte sowie 500 Richter und Staatsanwälte wurden befragt, 4200 Akten durchgearbeitet. Am Ende ergab sich folgendes Bild: Von den mehr als 3400 Verfahren hatte die Staatsanwaltschaften rund 2300 Fälle zur Anklage gebracht. Den 6134 in Verfahren Beschuldigten wurden insgesamt 96 376 Straftaten vorgeworfen. Zwar waren insgesamt 46 350 Einzelpersonen geschädigt worden, doch an erster Stelle der Betrogenen stand eindeutig der Staat. Betrug und Steuerhinterziehung führten die Liste der Taten an. 65 Prozent der Täter gehörten zum „Führungspersonal".

Zu den Folgerungen gehört, daß im Bereich des Subventionsbetruges eine „zeitliche Beschränkung der Investitionszulage als kriminogener Faktor" wirkt. Die Freiburger Forscher monieren deshalb: „Das Investitionszulagengesetz des Jahres 1983 sieht bekanntlich wiederum eine solche zeitliche Beschränkung vor, trotz der bisherigen schlechten Erfahrungen." Dabei macht vor allem „Kleinvieh Mist". Denn 60 Prozent der Beschuldigten hatten Subventionen von weniger als 10 000 Mark beantragt. Nur bei zwei Prozent lagen die Beträge bei mehr als einer Million Mark.

Hohe Schadenssummen sind dagegen fast immer im Bereich der Bestechung im Spiel, wobei diese am häufigsten (zu 40 Prozent) im Baubereich auftrat. Der Freiburger Forscher Liebl fand in der Mehrzahl der Fälle „recht angesehene Unternehmenskreise und Beamte des höheren Dienstes" in die Verfahren verwickelt, in denen üblicherweise neben Bestechung auch die Anklagepunkte Steuerhinterziehung, Betrug und Untreue mit auftauchten. Geldempfänger waren in 32 Prozent der Fälle Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes.

FRANKREICH / Neue Förderung der Investitionen

Mehr subventionierte Kredite

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will die Investitionstätigkeit der Industrie verstärkt fördern. Nachdem sie kürzlich die Kreditzinsen für diesen Bereich ermäßigt hatte, beschloß sie jetzt eine Aufstockung der staatlich subventionierten Investitionskredite um 6 Mrd. Franc. Das Volumen war für 1984 zunächst auf 46 Mrd. Franc festgesetzt worden. Nun sind es 16 Mrd. Franc mehr als 1983.

Die Maßnahme wird vom Finanzministerium damit begründet, daß im bisherigen Verlauf dieses Jahres bereits 70 Prozent der ursprünglichen Kreditzusagen in Anspruch genommen worden waren. Vor allem in den letzten Monaten habe sich die Nachfrage der Unternehmen nach zinsverbilligten Krediten infolge ihrer größer gewordenen Investitionsbereitschaft stark erhöht. Andererseits hat sich die Ertragslage der Unternehmen durchweg verbessert. Nach Angaben des Ministeriums stieg die Selbstfinanzierungsquote bei den industriellen Investitionen von 59,5 Prozent 1983 auf 72 Prozent im 1. Halbjahr 1984. Sie dürfte im 2. Halbjahr 76 Prozent erreichen. Deshalb sei es angemessen, daß die Unternehmen, die in den Genuß der neuen Kreditfazilitäten kommen wollen, einen „korrelativen" Finanzierungsbeitrag aus eigenen Mitteln leisten.

Wie weit die Unternehmen angesichts ihrer – nicht näher definierten – Selbstfinanzierungsverpflichtung von der Kreditrallonge Gebrauch machen, bleibt abzuwarten. Ihre Verschuldung ist noch sehr hoch. 1983 erreichte sie 8,2 Prozent des mehrwertsteuer-pflichtigen Umsatzes.

Ägypten ergreift Sparmaßnahmen

dpa/VWD, Kairo

Die neue ägyptische Regierung unter Ministerpräsident Kamal Hassan Ali wird für das kommende Finanzjahr ein drastisches Sparprogramm vorlegen. Die Staatsausgaben sollen im Finanzjahr 1984/85 um 500 Mill. ägyptische Pfund (1,7 Mrd. DM) oder zehn Prozent gekürzt werden. Hassan Ali und die Mitglieder des Wirtschaftskabinetts legten den Etat-Entwurf Staatspräsident Mubarak vor. In welchen Bereichen gespart werden soll, ist noch nicht bekannt. Es hieß nur, daß Ägypter mit niedrigem Einkommen keine Einbußen erleiden sollen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte das mit 13,9 Mrd. Dollar (knapp 40 Mrd. DM) im Ausland verschuldete Land mehrfach gedrängt, vor allem die staatlichen Subventionen für Lebensmittel und Energie abzubauen.

BRASILIEN / Verhandlungen mit dem IWF beendet

Auflagen wurden erfüllt

VWD, Brasilia

Die brasilianische Regierung und der Internationale Währungsfonds haben ihre zweiwöchigen Verhandlungen abgeschlossen und die neuen Wirtschaftsziele für das Land festgelegt. Diese Übereinstimmung ist für die weitere Hilfe des IWF bei der Umschuldung der brasilianischen Verbindlichkeiten nötig. Eine Absichtserklärung Brasiliens mit den Einzelheiten werde dem IWF in der kommenden Woche zugestellt, erklärte Finanzminister Galveas.

Der IWF habe anerkannt, daß Brasilien die in den letzten Vereinbarungen gesetzten Ziele erreicht habe. Bisher ist lediglich bekannt, daß das Geldmengenwachstum in Brasilien 1984 bis zu 95 Prozent betragen darf, nachdem in der letzten Vereinbarung höchstens 50 Prozent erlaubt waren. In den ersten sechs Monaten betrug die Zunahme 47 Prozent.

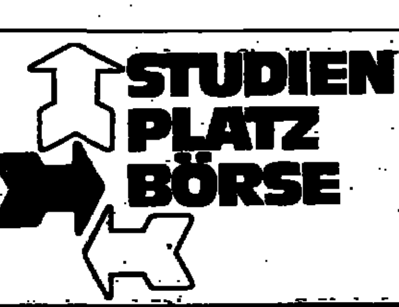
Dafür habe sich Brasilien bereit erklärt, die Mittelaufnahmen des öffentlichen Sektors zu verringern, und zwar um etwa eine Milliarde Dollar. In der neuen Absichtserklärung wird voraussichtlich auch ein höherer Handelsbilanzüberschuß von elf bis zwölf Milliarden Dollar angestrebt nach zuletzt 9,1 Mrd. Dollar. Das Leistungsbilanzdefizit soll, wie es heißt, von 5,3 Mrd. auf etwa 2,3 Mrd. Dollar verringert werden. Für die Inflationsrate soll keine Maximalmarke festgelegt worden sein. Nach Galveas beträgt die Teuerungsrate derzeit etwa 217 Prozent, werde aber bis Ende des Jahres auf 190 bis 200 Prozent zurückgehen. Die Absichtserklärung soll Mitte September unterzeichnet werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. *Ludwig Johann Beck, Inh. d.* Nähmaschinen Beck; **Beckum:** City-Reinigung Wilhelm Geesmann KG; **Düsseldorf:** Kurt von Malottki Hoch- u. Tiefbau GmbH & Co. KG, Ratingen; Kurt von Malottki Verwaltungsges. mbH, Ratingen; **Friedberg (Hessen):** J. B. Hofmann & Co. Bauunternehmungen KG, Bad Nauheim; **Goslar:** Alpha Ferienhaus Vierjahreszeiten Betriebsges. mbH, Goslar 2-Hahnenklee; **Göttingen:** Holz- u. Kunststoffbau Günther GmbH; **Hagen:** Christa Siebert, Kauffrau, Wetter-Volmarstein; **Hannover:** Nachl. d. Gerhard Müller, Laatzen-Grasdorf; Nachl. d. Erna Fuhrmann geb. Stebane; **Ingolstadt:** Walter Rutzen, Unternehmer; **Kleve:** Ernst Schreiber, Goch; Ernst Schreiber GmbH & Co. KG, Goch; **Siegburg:** THT Transport- u. Handelsges. Troisdorf mbH & Co. KG, Troisdorf; THT Transport- u. Handelsges. Troisdorf mbH, Troisdorf.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gütersloh: Metallbau Führer KG, Verl 1.

Vergleich beantragt: Tostedt: Werner Meyer, Alleininh. d. Meyer Baugeschäft, Moisburg; **Vaihingen (Enz):** Theobald Müller, Oberflächenveredelung, Mühlacker.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

1. klinisches Semester

von	nach
1 Heidelberg	Tübingen
2 Lübeck	Bochum
3 Lübeck	Düsseldorf
4 Lübeck	Essen
5 Münster	Tübingen
6 TU München	Freiburg
7 TU München	Tübingen

Humanmedizin

2. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Münster
2 Bonn	Uni München
3 Essen	Aachen
4 Essen	Bonn
5 Essen	Freiburg
6 Essen	Gießen
7 Hannover	Hamburg
8 Heidelberg	Freiburg

Humanmedizin

3. klinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Aachen
2 FU Berlin	Düsseldorf
3 FU Berlin	Göttingen
4 FU Berlin	Heidelberg
5 FU Berlin	Lübeck
6 FU Berlin	Köln
7 FU Berlin	Mannheim
8 FU Berlin	Münster
9 Düsseldorf	Hamburg
10 Essen	Aachen
11 Essen	Bonn
12 Essen	Hamburg
13 Essen	Lübeck
14 Frankfurt	Hamburg
15 Frankfurt	Lübeck
16 Frankfurt	Uni Kiel
17 Mannheim	Erlangen
18 Marburg	Bonn
19 Marburg	Freiburg
20 Marburg	Heidelberg
21 Marburg	Lübeck
22 Marburg	Tübingen
23 Mainz	Erlangen
24 Mainz	TU München
25 Mainz	Würzburg
26 Würzburg	Freiburg
27 Würzburg	Hamburg

Humanmedizin

4. klinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Frankfurt
2 Bochum	Freiburg
3 Bochum	Marburg
4 FU Berlin	Freiburg
5 Essen	Würzburg

Humanmedizin

5. klinisches Semester

von	nach
1 Lübeck	Freiburg

Pharmazie

1. Semester

von	nach
1 Erlangen	Uni München
2 Frankfurt	Düsseldorf
3 Frankfurt	Münster
4 Heidelberg	Tübingen
5 Hamburg	Heidelberg
6 Hamburg	Mainz
7 Uni Kiel	Hamburg
8 Marburg	Frankfurt
9 Würzburg	Uni München
10 Würzburg	Regensburg

Pharmazie

2. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Hamburg
2 Erlangen	Hamburg
3 Freiburg	Münster
4 Marburg	Bonn
5 Marburg	Düsseldorf
6 Marburg	Uni Kiel
7 Marburg	Münster
8 Mainz	Saarbrücken
9 Würzburg	Heidelberg

Pharmazie

3. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Freiburg
2 Düsseldorf	Münster
3 Heidelberg	FU Berlin
4 Heidelberg	Freiburg
5 Heidelberg	Uni München
6 Marburg	Düsseldorf
7 Würzburg	FU Berlin
8 Würzburg	Münster
9 Würzburg	Mainz
10 Würzburg	Regensburg

Pharmazie

4. Semester

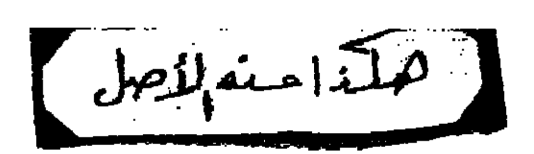
von	nach
1 Bonn	Heidelberg
2 Marburg	Frankfurt
3 Marburg	Mainz
4 Regensburg	Freiburg
5 Regensburg	Tübingen
6 Saarbrücken	Freiburg
7 Saarbrücken	Marburg
8 Saarbrücken	Tübingen

Pharmazie

5. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Münster
2 Würzburg	Hamburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984



GHH / Dividende wird auf drei Mark gekürzt

Mehr Auslands-Aufträge

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ein weiteres Mal wird die Gutehoffnungshütte Aktienverein (GHH) AG, Oberhausen, die Ausschüttung an ihre rund 30 000 Aktionäre kürzen. Für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) werden nur noch 3 statt 5 (7) DM je 50-DM-Aktie gezahlt (Hauptversammlung am 5. Februar 1985). Schon auf der letzten Hauptversammlung waren die Anteilseigner darauf vorbereitet worden.

Begründet wurde das damals, aber auch heute im Zwischenbericht mit den vorläufigen Konzerndaten für das Jahr 1983/84 damit, daß (als einziges Unternehmen der GHH-Gruppe) die MAN AG Verluste ausweist. Wenn auch der Bruttoverlust um ein Drittel auf 329 Mill. DM gedrückt und der operative Verlust drastisch gesenkt werden konnten, stiegen doch die Sonderbelastungen von 104 auf 160 Mill. DM. Davon entfielen 125 Mill. DM auf Aufwendungen für Sozialpläne, 35 Mill. DM waren Ergebnisausfälle im Gefolge des Metall-Tarifstreits.

Der nach Realisierung stiller Reserven bei MAN verbleibende, aus der gesetzlichen Rücklage zu deckende Jahresfehlbetrag wird „fühlbar" unter den 148 Mill. DM des Vorjahres bleiben. In wichtigen Teilbereichen ist die Ertragslage erneut von ungenügender Anlagenauslastung sowie Belastungen aus notwendigen Kapazitätsanpassungen und Strukturmaßnahmen bestimmt worden. Dazu seien noch die negativen Auswirkungen des Arbeitskampfes gekommen, heißt es weiter.

Dank einer sich festigenden Investitionsneigung und verstärkter Nachfrageimpulse aus dem Ausland lag der Auftragseingang der GHH-Gruppe zum Ende des Geschäftsjahres mit knapp 17 Mrd. DM um 14,2 Prozent über dem Vorjahr. Der stärkere Zugang (21,9 Prozent) auf fast 9 Mrd. DM aus dem Ausland ließ den Exportanteil auf 52,7 (49,4) Prozent steigen.

Der Auftragsbestand (74,8 nach 73,3 Prozent Auslandsanteil) blieb mit ebenfalls reichlich 17 Mrd. DM auf Vorjahresniveau. Der Umsatz erhöhte sich um 4,6 Prozent auf 16,6 Mrd. DM, wobei das Plus ganz überwiegend aus dem Inland stammt. Die Mitarbeiterzahl hat sich im Jahresmittel um 7,5 Prozent auf 73 618 verringert. Die Investitionen werden mit 520 bis 550 Mill. DM die Abschreibungen überschreiten.

KAPITAL & WERT / Vorwurf der „Vernichtungsstrategie" an die DAL

Genossen müssen Geld nachschießen

INGE ADHAM, Frankfurt

Im Strudel der Probleme um die Deutsche Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz, geht es inzwischen für die Mainzer Anlagegenossenschaft Kapital & Wert (K & W) um Sein oder Nicht-Sein: Im Einladungsschreiben zur außerordentlichen Vertreterversammlung am 13. September bittet die K & W ihre gut 9000 Genossen zur Kasse. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Änderung der K & W-Satzung, mit der die Geschäftsanteile der Genossenschaft von 1000 auf 3000 DM erhöht werden sollen. Das würde die K & W-Eigenkapitalbasis von 10 auf 30 Mill. DM verbreitern. Kommt nicht genug Geld ein, droht K & W Überschuldung und damit die Liquidation.

Vor diesem Hintergrund sind die harten Töne zu sehen, die K & W-Vorstandsvorsitzender Uwe Gabbert für den seit Herbst 1983 amtierenden Vorstandsvorsitzenden der DAL, Prof. Hans Wielens, findet. Wielens, bei der DAL als Sanierer angetreten, fand immer größere Löcher. Derzeit werden zwischen 1,2 und 1,5 Mrd. DM genannt, die von den 5 Gesellschafterbanken abzudecken sind.

Im Zuge des Großreinemachens kündigte Wielens auch den Kooperationsvertrag zwischen DAL und K & W. Die Anlagegenossenschaft hat in den sieben Jahren ihres Bestehens bei ihren Genossen rund 1,4 Mrd. DM Fonds-Kapital eingesammelt, von dem die Hälfte etwa auf „Real-Wert-Fonds" entfällt, deren Immobilien an die DAL vermietet sind, die sie ihrerseits an Leasingnehmer weitergegeben hat, aber für die Miete gegenüber K & W geradesteht.

Die Kündigung des Kooperationsvertrages, nach dem die DAL der K & W passende Objekte liefert und der ursprünglich bis 1994 laufen sollte, betrachtet Gabbert als Teil einer von Wielens eingeleiteten „Vernichtungsstrategie" gegen sein Unternehmen. Die von der DAL aufgrund eines „Parteiengutachtens" (so Gabbert) erhobene Gegenforderung von 14 Mill. DM zu von K & W erhobenen Schadensersatzforderungen aus der fristlosen Kündigung hält Gabbert für „zweifelhaft": In dem Gutachten seien die Berechnungsgrundsätze für die anteiligen Vertriebskosten von den Gutachtern einseitig verändert worden. „Unübersehbaren Schaden" habe Wielens der K & W auch mit einer „leichtfertig erstatteten Strafanzeige" zugefügt, schreibt die K & W an ihre Mitglieder. Damit ist die Übergabe von Material durch die DAL an die Staatsanwaltschaft gemeint, die die Koblenzer Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen zur Aktion veranlaßten.

Die gegen frühere Mitglieder der DAL zielenden Beschuldigungen führten auch bei K & W zur Durchsuchung und Aktenbeschlagnahme. Es geht dabei um personelle Verflechtungen zwischen der DAL (für sie möglicherweise schädigend) und der K & W und deren weiterem Kooperationspartner RSB. In diesem Zusammenhang ist auch der Steuerberater Herbert Paulus, Bingen, in die Schußlinie geraten, der inzwischen mit der DAL vor Gericht um die Berechtigung der fristlosen Vertragskündigung durch die DAL streitet.

Von Paulus wollen die Gerüchte wissen, daß er ebenso wie der frühere Vorstandsvorsitzende der DAL, Eberhard Kühl, und sein Stellvertreter Zöller sowie Gabbert (dieser jedoch indirekt über ein partiarisches Darlehen seiner Frau) an der RSB beteiligt ist. Bis zur Entwirrung dieses Knotens durch die Koblenzer Staatsanwälte kann es noch Monate dauern.

MIELE / Verhaltene Inlandsnachfrage

Ausgleich durch Export

H. HILDEBRANDT, Gütersloh

Mit einem nur um 0,4 Prozent auf 1,77 Mrd. DM gesteigerten Umsatz konnte der Haushaltsmaschinenhersteller Miele & Cie., Gütersloh, im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) die mit 7,4 Prozent überdurchschnittliche Steigerungsrate des Vorjahres nicht wieder erreichen. Die Umsatzausweitung im Exportbereich konnte die verhaltene Nachfrage im Inland jedoch ausgleichen. Hier lagen die Umsätze um 1,6 Prozent unter den Vorjahresergebnissen, Folge einer spürbaren Kaufzurückhaltung, die im Geschäft mit langlebigen Hausgeräten deutliche Spuren hinterließ.

Das Auslandsgeschäft war dagegen von guten Verkaufsentwicklungen in den skandinavischen Ländern, der Schweiz, Österreichs und Großbritanniens gekennzeichnet, während sich in den Benelux-Staaten und in Frankreich eine ähnliche Konsumschwäche wie auf dem Binnenmarkt abzeichnete. Insgesamt stieg der Auslandsumsatz um 2,6 Prozent, der Exportanteil im Unternehmen erreichte mit 45,5 (44,5) Prozent eine Rekordhöhe.

Am Gesamtumsatz waren Hausgeräte mit gut 80 Prozent beteiligt, bei Waschmaschinen, dem traditionell stärksten Produkt des Hauses, konnten wiederum überdurchschnittlich gute Verkaufsergebnisse erzielt werden. Steigerungsraten gab es bei Geschirrspülern, während die Nachfrage nach Trockenautomaten und Staubsaugern rückläufig war. Nicht erfüllt wurden auch die Erwartungen bei Einbauküchen. Hier lag der Umsatz um 2 Prozent unter dem des Vorjahres, wobei die stagnierende Baukonjunktur als Ursache gesehen wird. Auch bei Geräten für den landwirtschaftlichen Bereich ging die Nachfrage merklich zurück.

Insgesamt investierte Miele im abgelaufenen Geschäftsjahr 76 (112) Mill. DM, vor allem für die Modernisierung der Fertigung und in den Ausbau der Vertriebs- und Serviceorganisation. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Inland um 2,2 Prozent auf 8924 leicht ab, im Ausland stieg sie nach Eröffnung neuer Verkaufsstützpunkte in Irland, Südafrika und USA um 9 Prozent auf 2272.

Prognosen über den weiteren geschäftlichen Verlauf werden nicht gemacht, da sich nach absatzschwachem zweiten Quartal 1984 die Sommerpause anschloß. Erhofft wird jedoch ein wiedererstarkender Aufschwung.

MAN / Belegschaft drastisch reduziert

Verlust wurde halbiert

dpa/VWD, Augsburg

Die MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) ihren Vorjahresverlust von 225 Mill. DM halbiert. Wie der zur GHH-Gruppe gehörende Maschinen- und Nutzfahrzeughersteller in einem Aktionärsbericht mitteilt, soll der Verlust durch die Auflösung stiller Reserven ausgeglichen werden. Insgesamt wird dennoch vor allem wegen der Kosten für Sozialpläne und Ausfälle durch die Arbeitskämpfe in der Metallindustrie mit einem Fehlbetrag gerechnet, der allerdings deutlich unter dem 1982/83 ausgewiesenen Minus von 148 Mill. DM liegen soll.

Der Konzernumsatz stieg nach den vorläufigen Zahlen auf 8,82 (8,79) Mrd. DM, der Auftragseingang auf 9,2 (8,39) Mrd. DM. Die Belegschaft im Konzern reduzierte sich im Berichtszeitraum von 59 007 auf 52 615 Mitarbeiter. Allein 2200 Arbeitsplätze wurden im Bereich Nutzfahrzeuge abgebaut. Ein zusätzlicher Kapazitätsabbau sei bei Hebe- und Schienenfahrzeugen nötig. In der AG stieg der Umsatz auf 5,54 (5,53) Mrd. DM. Der Auftragseingang ging um 3 Prozent auf 4,97 Mrd. DM zurück. Der Auftragsbestand reduzierte sich auf 5,48 (6,05) Mrd. DM. Die Belegschaft nahm von 40 359 auf 34 189 Beschäftigte ab.

Trotz eines Produktionsausfalls von 700 Fahrzeugen durch den Arbeitskampf sind mit etwa 17 000 Lastwagen 1000 mehr als im Vorjahr ausgeliefert worden. Die Zahl der ausgelieferten Omnibusse verringerte sich dagegen um 1000 auf 2300 Stück.

Eine Besserung zeichnet sich bei Schiffs- und Stationärmotoren ab. Die Tochtergesellschaft B & W Diesel A/S, Kopenhagen, habe ein erfreuliches Jahr verbucht. Die 100prozentige Beteiligung an dieser Tochter wurde gemeinsam mit dem MAN-Unternehmensbereich Dieselmotoren zum 1. Juli 1984 von der MAN-B & W Diesel GmbH, Augsburg, übernommen.

Der Unternehmensbereich Dieselmotoren hat im abgelaufenen Jahr Verlust eingefahren. Im Maschinen- und Stahlbau wurden schwarze Zahlen geschrieben. Im Bereich Fördertechnik blieb der Auftragseingang hinter dem Planziel zurück.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Robeco: Wertrückgang

Düsseldorf (Py.) – Die überwiegend in internationalen Aktien anlegende niederländische Robeco, Rotterdam, hat im 1. Halbjahr 1984 mit einem Kurs von 61,50 hfl je 10-hfl-Aktie einen Wertrückgang um 4 Prozent ausgewiesen. Im Halbjahresbericht der Gesellschaft wird jedoch auf die Ausschüttung von 2,60 hfl und die Aufteilung der 50-hfl-Aktie in 10-hfl-Stücke verwiesen. Mit dieser Maßnahme wurde das hohe Kostenniveau gesenkt und die Marktgängigkeit der Aktie weiter vergrößert. Die Zahl der ausgegebenen Aktien stieg durch die Teilung um 4,3 auf 110,9 Mill. Stück. Der Halbjahresgewinn wuchs auf 157 (137) Mill. hfl.

Verlust abgebaut

Berlin (tb.) – Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) hat im Geschäftsjahr 1983 besser als erwartet abgeschnitten. Dieser Eigenbetrieb von Berlin weist einen Verlust von 0,97 (1,38) Mill. DM aus – im Wirtschaftsplan war ein Verlust von 2,4 Mill. DM angesetzt. Der KPM-Umsatz stieg um 1,5 Mill. auf 26,5 Mill. DM. Bei dem Verlust ist zu berücksichtigen, daß die KPM branchenuntypische Versorgungsaufwendungen des öffentlichen Dienstes und ähnliche Auflagen zu tragen hat. Im ersten Halbjahr wurde ein fast ausgeglichenes operatives Geschäftsergebnis erzielt gegenüber 1,8 Mill. DM Verlust in der gleichen Vorjahreszeit. Bei technischen Porzellanen und keramischen Sonderanfertigungen hält der Aufschwung an.

Bank bietet Auto-Leasing

Düsseldorf (Py.) – Die Bankhaus Centrale Credit AG, Mönchengladbach, mit 28 Geschäftsstellen im Bundesgebiet eines der führenden Institute im Konsumenten- und gewerblichen Kreditgeschäft, bietet jetzt auch das Leasing-Geschäft „für Pkw aller marktgängigen Serienfahrzeuge". Das Angebot soll sich vor allem an Privatkunden, kleine und mittlere Unternehmen sowie an Freiberufler wenden. Die CC-Bank ist eine Tochtergesellschaft der Bank of America.

Werft gut beschäftigt

Düsseldorf (Py.) – Nach Aufträgen für zwei Schwimmdocks von 28 000 t (Iran) und 22 000 t (USA) im Wert von zusammen 85 Mill. DM sind die Kapazitäten der GHH-Werft Nordenham/Blexen bis Sommer nächsten Jahres ausgelastet. Aufgrund fehlender Anschlußaufträge mußte auf der Werft seit Beginn dieses Jahres kurzgearbeitet werden.

KHD / Antriebsbereich litt stark unter Streikausfällen

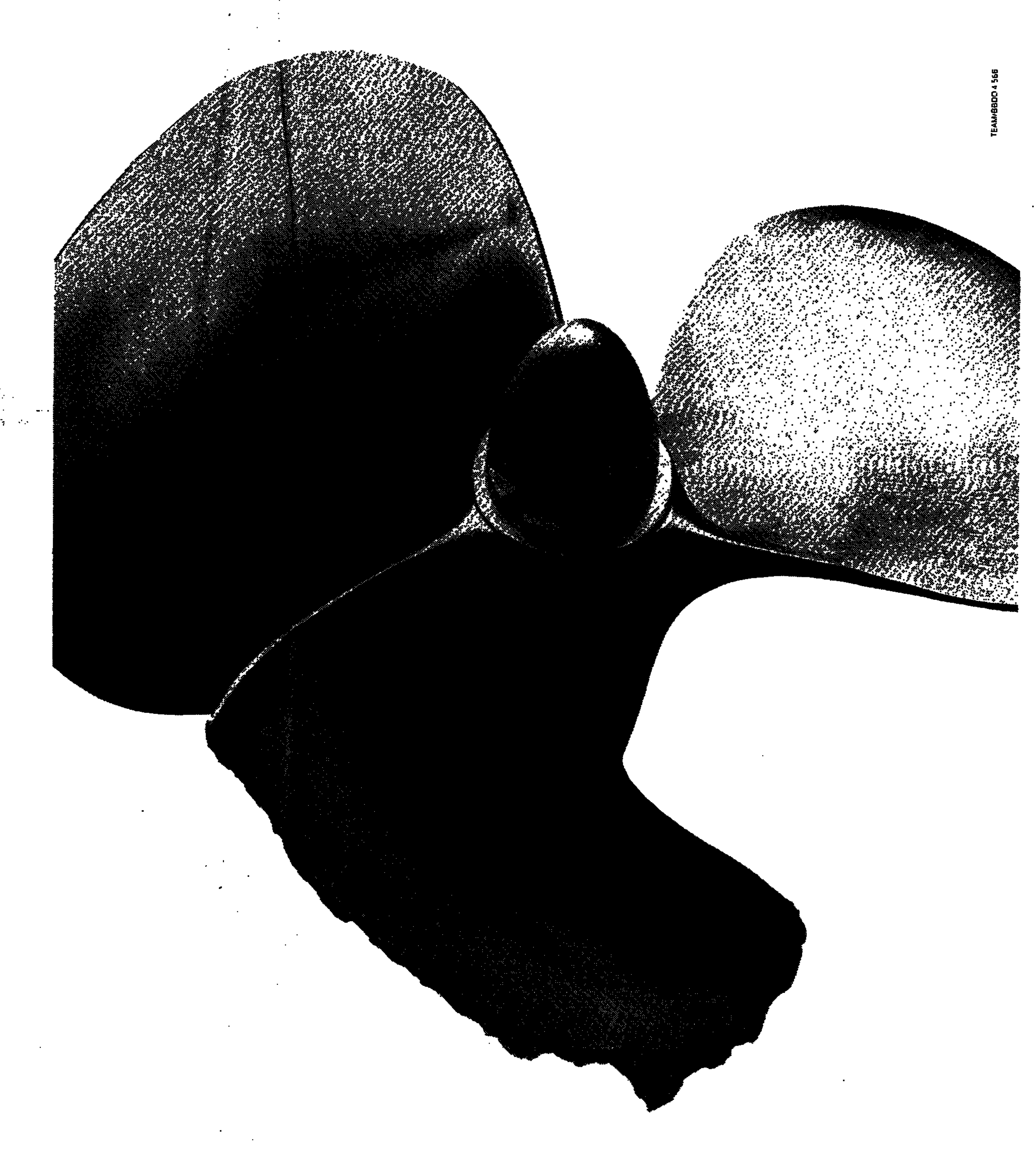
Hohes Umsatzplus erwartet

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Angesichts des nach wie vor schwierigen Umfelds auf den für unsere Geschäftsbereiche wichtigen in- und ausländischen Märkten sind wir mit der Entwicklung unserer Gesellschaft zufrieden." Diese frohe Kunde wird in dem Halbjahres-Aktionärsbrief der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, zwar noch mit dem Hinweis auf einen für 1984 zu erwartenden „beträchtlichen Umsatzanstieg" versehen, eine Aussage über das zu erwartende Ergebnis fehlt aber. Stattdessen wird auf die streikbedingten Umsatz- und Ertragseinbußen und auf verstärkte Kostensenkungsmaßnahmen hingewiesen, „um auch 1984 das geplante, zufriedenstellende Ergebnis zu erwirtschaften". Für 1983 war eine auf 8 (7,50) DM je 50-DM-Aktie aufgestockte Dividende gezahlt worden.

Der Außenumsatz der KHD-Gruppe hat sich im 1. Halbjahr 1984 um 4,8 Prozent auf 2 Mrd. DM verringert, bei der KHD AG fiel er bei nahezu unverändertem Auslandsanteil vor allem durch rückläufiges Inlandsgeschäft (minus 16 Prozent) um 8 Prozent auf rund 1,52 Mrd. DM. Unter den Streikausfällen litt insbesondere der Bereich Antriebe. Bei der Landtechnik standen höheren Landmaschinenumsätzen geringere Traktorenumsätze gegenüber.

Die Auftragseingänge nahmen durch den auf 62 Prozent gewachsenen Auslandsanteil zu. Die Auslands-Auftragseingänge wuchsen auf 1,13 (1,02) Mrd. DM. Bestelleingänge aus dem Inland erreichten nur 693 (768) Mill. DM. Vor allem das Industrieanlagengeschäft hat hier das Vorjahresergebnis um 56 Prozent übertroffen. Der Auftragsbestand verringerte sich um 7 Prozent auf 3,09 Mrd. DM. Davon entfallen 2 Mrd. DM auf Industrieanlagen mit einem Exportanteil von 93 Prozent. Die Kapazitätsauslastung hat sich verbessert. Die Belegschaft verringerte sich bis zur Jahresmitte um 778 auf 20 363 Personen.



Sonderbewegungen bei den Aktien

Deutsche Bank-Wandelbezugsrecht weit unter Parität

DW. – Die vorbörslich genannten höheren Kurse ließen sich bei den Aktien während des offiziellen Handels zwar nicht überall durchsetzen, doch ergab sich eine verbreitet freundliche Tendenz. Spitzenwerte der Versicherungen verzeichneten ebenso festere Notierungen wie z.B. die Deutsche Bank, die den Bezugsrechtabschlag für das Wandelbezugsrecht sofort wieder aufholte. Mit 4 DM blieb es deutlich unterhalt der rechnerischen Parität, nachdem es vorbörslich noch mit 6,30 DM genannt worden war.

Nixdorf Vorzugsaktien erreichten vorübergehend einen Kurs von 550 DM bröckelten aber im Verlaufe etwas ab. Ähnlich stand es bei PKI, wo ebenfalls ein neuer Höchststand zustande kam. Bei den Allianzaktien lebte die Spekulation über eine Aufteilung des Unternehmens in eine Vermögensholding und eine aktive Versicherungsgesellschaft erneut auf und sorgten für einen Tagesgewinn von knapp 10 DM. Noch deutlich fester lagen Aachen-Münchner Beteiligung. Zurückhaltung weiterhin gegenüber den Papieren der Großchemie. Im Maschinenbaubereich wurden die spekulativen Käufe bei IWKA zu neuen Spitzennotierungen fortgesetzt.

Düsseldorf: Aseag erhöhten um 5 DM auf 495 DM und Kromschröder um 7 DM auf 178 DM. Ravensberger und AEG Kabel Rheydt verbesserten sich je um 5 DM. Breitenburger und Hein. Lehmann gaben um 4 DM nach. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 6 DM auf 960 DM und Allianz leben um 50 DM auf 3870 DM. Allianz Vers. stockten um 7 DM auf 867 DM auf.

Frankfurt: ADT AG verminderten um 4,70 DM auf 105,10 DM und Cassella um 21 DM auf 431 DM. Chemieverwaltung stockten um 6 DM auf 300 DM auf. Vartha verbesserten sich um 6 DM auf 171 DM und Wella um 15 DM auf 470 DM. VGT gaben um 6,30 DM auf 121,60 DM nach.

Hamburg: NWK Vz. büßten 0,50 DM ein, HEW waren mit 84 DM 1 DM fester. Haller-Meurer wurden mit 150 (plus 2 DM) bezahlt. Bremer Vulkan gingen zu 62,30 DM um. Je 1 DM verbesserten sich Vereins- und Westbank und Nordd. Steingut. Triton verloren 2,50 DM. Markt- und Kühlhallen büßten 5 DM ein.

München: Etienne Aigner verminderten um 3 DM und Agrob Vz. um 1 DM. Audi NSU verloren 1,50 DM. Augsburger Kammgarn stockten um 1,50 DM und Deckel AG um 1 DM auf. Grünzweig verloren 4,50 DM auf 125 DM. Leonische Draht verbesserten sich um 4 DM auf 321 DM.

Berlin: DeTeWe erhöhten sich um 9,50 DM, Kempinski um 6,20 DM, Berthold und Kötitzer Leder um je 5 DM und Rheinmetall um 3,50 DM. Herlitz St. verbesserten sich um 2,50 DM, Schering um 2 DM, Berliner Kindl und Herlitz Vz. um je 1 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 144,1 (143,3)
WELT-Umsatzindex: 2018 (1527)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		29. 8.	28. 8.
H	AachM Betell. 9+2,5	962	954
H	Aach. M. Vers. 7	520B	520B
D	Aach. Rück. 9	890G	890G
D	Aseag *4	495	490T
M	Ack-Gögg 4	108	108,5
H	Adca 0	104,9	104,5G
D	Adler 9	290G	290G
F	Adt AG 4	105,1	109,8
F	AEG-Telef. 0	90,9	90,1
D	AEG-Kabel 8	248	243
S	Aesculap 8	322bB	320bG
F	AGAB 5	112,5	112,5
H	Br. H. Hypo 10	297G	297G
Hn	Brsch. Jute *0	98G	98G
H	Breitenb.-C. *28	560T	560T
H	Br. Straßb. *0	535G	530G
H	Br. Vulkan 0	62,5	61,9
H	Br. Wollk. 6	122,5	123G
F	BBC 6	198,5	197,2
S	BSU Textil %20	1290G	1290G
D	Buckau-W. 4,1	125G	125
D	Buderus *12	400G	400G
M	Bgl. Br. Ing. *11+1	750G	750G
S	Bgl. Brh. Rav. *0	350G	350G
S	Calw D. **30+18	740bG	740G
F	Casella *10	431	452
M	En. Oberfr. 4,5	229G	229B
M	En. Ostb. 5+1	250T	220TG
H	Elbraft 0	35G	35G
B	Engelhardt 7	222B	222B
D	Enka 6,67	155	155
M	Erlus 10	470	470
M	Erste Kulmb. 9	1000bB	1000bB
S	esbl *0	14,5	14,5
S	Esl. Masch. *6	–	–
M	Esterer **16	527	527G
D	Farb. Liqu. RM 0	7,9	7,65
F	Flachglas 8	225	227,5
D	Ford *0	1050T	1050T
B	Forst Ebn. *4	2200B	2200B
H	Holsten-Br. 6+1	258	258,5
F	Holzmann 10	408	416
D	Horten 0	174	169,5
B	Hw. Kayser *12	245G	245G
D	Hussel 8	257	258
D	Huta Hag. 0	57	58,6
M	Hutschenr. 9	223G	223
H	Hypo Hbg. 12,5	416G	416G
D	IKB 7	169	166G
S	IWKA 0	249	235
M	Isar-Amper 6,5+1	290,5G	290,5
D	Isenbeck *9,5	135bB	135bB
H	Jacobsen *8	605G	605G

Freiverkehr

DM-Anleihen

Ausland

New York

	29. 8.	28. 8.
Fabergé	–	–
Firestone	18	18,875
Fluor	16,625	16,875
Ford	44,25	44,625
Forster Wheeler	11,375	11,25
Fruehauf	36	35,75
GAF Corp.	22,375	23,125
General Dynamics	65,875	65,375
RCA	35,50	35,625
Revlon	37,375	37,75
Reynolds Ind.	61,875	61,75
Rockwell Int.	30,50	30,125
Rorer Group	31,75	32
Schlumberger	48,50	48,50
Sears, Roebuck	35,875	36
Shell Oil	55,625	55,625

Toronto

	29. 8.	28. 8.
Denison Mines	17,625	17,625
Dome Petroleum	2,38	2,28
Domtar	33,125	33,125
Falconbridge Ltd.	75,25	75,25
Great Lakes Forest	88,50	–
Gulf Canada	18,25	17,50
Gulfstream Res.	0,65	0,67

London

	29. 8.
Cons. Gold. Fields	514
Cons. Murchison	700
Courtaulds	118
De Beers $	5,43
Distillers	298
Driefontein $	31,37
Dunlop	39

Mailand

	29. 8.	28. 8.
RAS	52200	50800
S. A. I.	12220	12210
SIP	1951	1977
Snia Viscosa	1840	1822
STET	2171	2217
Index	–	219,84

Wien

	29. 8.	28. 8.
Schwechater Br.	155	156
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	141	140
Universale Hoch Tief	207	208
Veitscher Magnesit	214	212
Index	53,31	53,11

Kopenhagen

	29. 8.	28. 8.
Kopenh. Handelsbk.	268	260
Novo Industri	1935	1995
Privatbanken	228	227
Ostasiat. Komp.	192	192
Dan. Sukkerfabr.	655	655
For. Bryggerier St.	930	925
Kgl. Porc. Fabr.	410	415

Brüssel

	29. 8.	28. 8.
Kredietbank	6900	6900
Pétrofina	7330	7290
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1835
Sofina	7000	6980
Solvay	4235	4180
UCB	5290	5300
Index	156,56	156,34

Singapur

	29. 8.	28. 8.
Fraser + Neave	5,90	5,75
Kl. Kepong	2,70	2,70
Mal. Banking	9,15	9,10
Nat. Iron	4,20	4,16
OCBC	9,75	9,75
Sime Darby	2,18	2,19
Singapur Land	4,80	3,94
Un. Overs. Bank	4,72	4,70

Sydney

	29. 8.	28. 8.
Oakbridge	0,85	0,85
Peko Wallsend	4,90	4,98
Poseidon	3,20	3,25
Thomas Nat. Tr.	1,90	1,90
Waltons Bond	0,36	0,36
Western Mining	3,48	3,52
Woodside Petr.	1,20	1,23
Index	735,70	739,70

Optionshandel

Frankfurt: 29. 8. 84: 422 Optionen = 25 150 (23 250) Aktien, davon 85 Verkaufsoptionen: = 4550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/2,4, 10-100/1,55, 4-90/11, 4-100/3, BASF 10-160/2,9, 10-170/0,90, 1-150/13,6, 1-160/7, 1-170/3, 4-160/10,1, 4-170/7,4, 4-180/4, Bayer 10-160/9,4, 10-170/3,5, 1-170/8,4, 1-180/3,9, 4-160/18, 4-170/11,1, 4-180/6, 4-190/4, BMW 1-390/18, 4-420/6, Commerzbank 1-160/4,1, 4-160/7,5, Conti 10-120/2,8, 1-120/6,1, 4-120/8, Daimler 1-600/6, Dt. Babcock St. 1-150/9,6, Deutsche Bank 1-340/15, Dresdner Bank 10-140/11, 10-160/1,6, 1-150/9,4, 1-160/4,6, 4-160/7,7, GHH St. 1-140/7,4, 1-160/5,4, GHH Vz. 1-130/6, Hoechst 10-170/3,4, 10-180/1,2, 1-170/8,6, 1-180/3,9, 4-170/12,4, 4-180/7,2, Hoesch 10-10/1,8, 10-95/3,4, 1-100/4, 4-100/7, Kloeckner 10-55/4, 10-60/1,9, 1-65/2,2, 4-60/6, 4-65/3,5, MAN 1-140/8,4, Mannesmann 10-136/5,1, 1-140/8,2, 4-140/2,1, 4-150/6,4, 4-160/3, RWE St. 1-160/6, 4-160/8,9, Kali + Salz 10-220/4, 1-210/15,6, 1-220/10,4, Siemens 10-380/26, 10-390/17, 10-400/9, 1-370/39,2, 1-380/24, 1-400/18, 1-410/11,2, 4-390/35, 4-400/28, 4-410/17, 4-420/15, Thyssen 1-80/2,9, 4-75/8, 4-85/2,9, Varta 1-170/6, Veba 1-162,5/9, VW 10-180/4, 10-190/1,5, 1-180/10, 1-190/4, 4-200/5,4, 4-210/4,05, Alcan 1-90/7, Chrysler 10-85/4,5, 1-90/4,2, Elf 10-70/6,9, 10-75/2,15, 1-70/7,9, 1-75/4, 1-80/3,3, IBM 1-310/55, 1-320/49,75, 1-360/15,4, Philips 10-40/4,8, 10-43,9/2,5, 4-45/4, Sperry 10-120/6, 1-110/15,7, 1-120/13, Xerox 1-120/8,5. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-90/2,4, 1-85/2,45-90-3,6, BASF 10-150/2,1, 1-150/2,4, Bayer 1-160/1,6, BMW 1-350/3,4, 1-380/10,6, 4-370/8, 4-380/15, Commerzbank 1-140/2, 4-150/7, Conti 1-110/1,5, 4-110/3,2, Deutsche Bank 10-320/2,2, Dresdner Bank 1-150/4, GHH St. 10-130/2,05, Harpener 1-270/2,7, Kloeckner 1-55/3, Siemens 10-380/2, 10-390/4,5, 1-380/3,6, 1-390/9,8, Thyssen 1-75/2,6, 4-75/5, VW 10-170/1,-5, Chrysler 10-85/5, 4-80/5,4, IBM 10-350/8, 1-320/5, Litton 4-230/23,8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5⅛–5⅜	5 –5⅛
3 Monate	11⅞–12⅛	5⅛–5⅜	5 –5¼
6 Monate	12⅛–12⅜	5¾–6	5⅛–5⅜
12 Monate	12½–12¾	6⅛–6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1415,00	1761,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1215,00	1478,60
5 US-Dollar (Liberty)	545,00	621,30
1 £ Sovereign alt	233,00	288,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,86
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1023,00	1206,12
Maple Leaf	1023,00	1206,12
Platin Noble Man	1008,00	1189,02
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	247,00	308,94
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	944,00	1140,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	446,00	548,34
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,8775	2,8855	2,8362	2,83	2,91
London¹)	3,768	3,782	3,728	3,70	3,85
Dublin¹)	3,078	3,092	3,029	2,98	3,13
Montreal³)	2,2133	2,2213	2,1808	2,16	2,26
Amsterd.	88,520	88,740	88,47	87,75	89,75
Zürich	120,200	120,400	120,20	119,00	121,75
Brüssel	4,948	4,968	4,891	4,82	5,02
Paris	32,595	32,665	32,115	31,75	33,50
Kopenh.	27,450	27,570	27,14	26,25	28,60
Oslo	34,740	34,880	34,30	33,75	35,50
Stockh.**)	34,605	34,765	34,025	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,607	1,617	1,598	1,57	1,67
Wien	14,210	14,250	14,181	14,14	14,38
Madrid**)	1,743	1,763	1,710	1,70	1,82
Lissabon**)	1,890	1,910	1,79	1,55	2,35
Tokio	1,1830	1,1860	–	1,16	1,21
Helsinki	47,500	47,700	46,36	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4825	2,5165	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,45	2,469	–	2,37	2,49
Johannesbg.*)	1,8475	1,8865	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Am Devisenmarkt konzentrierte man sich am 29. 8. auf die für den frühen Nachmittag avisierten führenden Wirtschaftsindikatoren und insbesondere auf die Außenhandelszahlen für Juli, so daß sich im Vorfeld keine großen Schwankungen ergaben, nachdem der Dollar bis 2,8830 bezahlt wurde, sorgte das bisher höchste monatliche Defizit von 14,06 Mrd. In der amerikanischen Handelsbilanz für einen schwächeren Dollar, der gegen Geschäftsschluß bis 2,8690 zurückfiel. Die Bundesbank verkaufte zur amtlichen Notiz von 2,8815 lediglich 3,45 Mill. Dollar. Die unklare Streiksituation in Großbritannien bremste die gestrige Kurserholung des Pfundes ab. Das Pfund gab um 0,8 Pfg. auf 3,775 nach. Nachbörslich fiel der Kurs schließlich auf 3,765 zurück. Die übrigen Währungen lagen meist geringfügig schwächer. US-Dollar in: Amsterdam 3,2515; Brüssel 58,1450; Paris 8,8450; Mailand 1785,60; Wien 20,2410; Zürich 2,3953; Ir. Pfund/DM 3,085; Pfund/Dollar 1,3101; Pfund/DM 3,775.

Ostmarkkurs am 29. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei nahezu unveränderten Dollar-Zinssätzen wurden am 29. August die Dollar-Termine technisch etwas niedriger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,48/1,38	4,58/4,48	8,60/8,40
Pfund/Dollar	0,08/0,12	0,42/0,47	0,99/1,04
Pfund/DM	2,30/0,90	5,40/4,00	9,09/7,80
FF/DM	22/6	55/39	102/86

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 8.: Tagesgeld 5,60 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	29. 8.	28. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,9G	103,9G
10 dgl. Pf 108	108,3G	108,3G
7 dgl. KS 132	96,9G	96,9G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 159	102,2G	102,2G

Bundesbahn

		29. 8.	28. 8.
F 6 Bdbahn 78 III	11/84	100	100G
6½ dgl. 79	2/85	100,1G	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,9	100,9

Die Rentennachfrage wächst

Obwohl in den USA zahlreiche Experten der Meinung zuneigen, die Zinsen würden dort bis zum Jahresende wieder anziehen, hat sich am deutschen Rentenmarkt die Nachfrage nach öffentlichen Anleihen verstärkt. An den Käufen waren erneut Ausländer beteiligt. Das Interesse erstreckte sich auf nahezu alle Laufzeiten. Bei den Bundesobligationen waren hauptsächlich kürzere Termine gesucht. Die Kurse wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die marktpflegenden Stellen mußten auch am Mittwoch Material zur Verfügung stellen.

	29. 8.	28. 8.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	93,75G	93,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	96,75bG	97G
7 dgl. Pf 3	96,5G	96,5bG
6½ dgl. KS 14	98,25G	98,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	75,75G	75,75G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	29. 8.	28. 8.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	82G	82G
6 dgl. 47	80	80
F 6 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	95,95G	95,95G
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	82,75G	82,75G
6½ dgl. Pf 80	91,6G	91,6G
8 dgl. Pf. 248	100,1G	100,1G

	29. 8.	28. 8.
M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 96	77G	77G
7 dgl. Pf 100	100,3G	100,3G
D 6 WestLB Pf 350	101G	101G
6½ dgl. Pf 403	98,3G	98,3G
8½ dgl. Pf 1007	108,95G	108,95G
8 dgl. Pf 1015	100,4G	100,4G
7 dgl. KO 556	100,2G	100,2bG
6½ dgl. KS 420	97,05G	97,05G
8½ dgl. KO 1301	105,95G	105,95G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,35G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

In engen Grenzen uneinheitlich schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Bruchteilig schwächer ging Silber aus dem Markt. Durchweg schwächer wurde Kupfer bewertet. Fester, mit Ausnahme des deutlich zurückgenommenen Kassa-Monats, zeigte sich Kaffee. Etwas schwächer notierte Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/busch)	28. 8.	27. 8.
Sept.	342,00	340,25
Dez.	355,00	353,00
März	362,50	362,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	28. 8.	27. 8.
St. Lawrence 1 CW	246,75	235,29
Amber Durum	263,89	261,50

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,30	141,00
Dez.	143,70	145,30

Kakao New York ($/t)	28. 8.	27. 8.
Terminkontr. Sept.	2442	2483
Dez.	2270	2293
März	2240	2240
Umsatz	5967	-

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,50	4,50
Okt.	4,78	4,68
Jan.	5,35	5,20
März	5,91	5,83
Mai	6,17	6,10
Umsatz	21 650	11 550

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 8.	24. 8.
Sept.	13 291	13 400
Okt.	13 205	13 202

Kautschuk London (p/kg)	28. 8.	24. 8.
Nr. 1 RSS loco	63,50-66,00	61,00-64,00
Sept.	64,00	-
Okt.	65,00	-
Nov.	-	-

Tendenz: ruhig

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbearbeiter.

Messingnotierungen

	29. 8.	28. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	387-388	388-389
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	432-438	433-438
MS 63	419-424	420-425

Internationale Edelmetalle

Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	580,90	582,00
3 Monate	595,90	597,15
6 Monate	610,10	612,10
12 Monate	643,00	644,35

Platin (£-Feinunze) London	28. 8.	24. 8.
fr. Markt	262,1	263,10

Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	105,50	105,50

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

(Kupfer-Standard)		
Kasse	1050,0-1051,0	1067,0-1068,0
3 Monate	1061,0-1062,0	1072,0-1073,0
Zink (£/t) Kasse	618,5-619,0	622,00-623,00
3 Monate	625,5-626,0	632,00-633,00
Zinn (£/t) Kasse	9255-9260	9240-9250
3 Monate	9305-9210	9199-9200
Quecksilber $/Fl.)	-	300-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	78-79

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

GALOPP / Auktion

Wie teuer sind Nachkommen des Hengstes Nebos?

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Heute mittag um 14.00 Uhr wird die Galopp-Rennbahn von Iffezheim bei Baden-Baden wieder einmal in einen Pferdemarkt verwandelt: Es findet die erste von zwei Auktionen statt. Zum zweiten Mal steht dann Uwe Heckmann (34) auf dem Pult und wird versuchen, den Interessenten so viel wie möglich aus den Taschen zu locken. Heckmann ist hauptberuflich Absatzmanager der Pferde des Oldenburger Zuchtgebietes in Vechta, das Reitermagazin „Sankt Georg" bezeichnete ihn schon als „Karajan am Auktionspult". 1983 verkaufte Heckmann erstmals in Iffezheim auch Pferde der Rasse Vollblut. Er löste Ferdinand Leisten (70) aus Köln ab, der einige Jahre lang beide Versteigerungen in Iffezheim durchführte. Leisten wird bei der Samstag-Auktion den Hammer in der Hand halten. Heckmann führte eine neue Art des Versteigerns ein. Manche Anbieter sahen ihre Zuchtprodukte nur für ein paar Augenblicke im Auktionsring, dann waren sie wieder verschwunden. Heckmann: „Aus minderer Qualität kann man auch bei längerem Verbleiben im Ring keine Rosinen holen. Ich möchte Auktionen nicht im Tempo des gemächlichen Kurgast-Schrittes durchführen."

Eines der Reizthemen der beiden Auktionen ist die Frage, wie sich die Nachfahren des Millionen-Galoppers Nebos verkaufen. Von den im Vorjahr für beachtliche Preise verkauften Pferden hat in Deuschland noch keines gewonnen, lediglich in Italien gab es einen Erfolg eines Nebos-Nachkommens in einem kleinen Rennen zu bejubeln. Es stellt sich die Frage, ob Nebos nun als Vererber nicht einschlägt oder ob seine Nachkommen spätreife Pferde sind. Er selbst war es auf jeden Fall nicht. Endgültige Urteile über die Qualitäten eines Deckhengstes kann man sicher erst nach mehreren Jahren fällen.

In Zukunft soll in Iffezheim allerdings nur noch eine Großauktion stattfinden. Einer der Initiatoren dafür ist der Baden-Badener Vereinspräsident Fürst Oettingen. Eine gemeinsame Versteigerung des besten Materials der beiden konkurrierenden Auktionsgruppen war eigentlich schon in diesem Jahr geplant, scheiterte aber am Veto einiger Züchter.

FUSSBALL / Viel Lob für Eintracht Frankfurt

Beckenbauer sprach von „Spiel mit Herz"

DW. Bonn

Nach nur zwei Spieltagen Tendenzen der neuen Fußball-Saison aufspüren zu wollen mag gefährlich sein. Dennoch ist bereits jetzt einiges festzustellen, was vor dem Start der Bundesliga in dieser Form nicht erwartet werden konnte: Die Arbeit von Trainer Dietrich Weise bei Eintracht Frankfurt, das in der letzten Saison nur mit Mühe den Abstieg vermeiden konnte, beginnt sich auszuzahlen. Die Suche nach Talenten, an denen eine bessere Zukunft der Nationalmannschaft festgemacht werden soll, nimmt hektische Formen an. Die harte Welle der Schiedsrichter, die aufgefordert sind, den spielerischen Fußball zu schützen, ebenfalls.

Bayer Leverkusens Trainer Dettmar Cramer, dessen Arbeitgeber nun schon im zweiten Jahr freigiebig Millionen für Neuerwerbungen zur Verfügung stellte, sagte nach der 0:2-Niederlage seiner Mannschaft in Frankfurt: „Ich gratuliere der Eintracht, denn ich bin ein Fanatiker des guten Fußballs." Zweifellos ist das ein Lob für den Kollegen Weise, der eine Mannschaft geformt hat, die mit knapp 23 Jahren im Durchschnitt die jüngste der Bundesliga ist. Auf der Tribüne in Frankfurt saß auch wieder Deutschlands Fußball-Reisender Nummer 1, Franz Beckenbauer. „Einfallsreich, ungemein beweglich und variabel im System", so umschrieb er die Leistung der Frankfurter und lobte dann gleich fünf Spieler, die knapp über 20 Jahre alt sind: „Falkenmayer, Berthold, Kraaz, Trieb und auch Sievers haben mir gefallen." Und ein spezielles Lob: „Ralf Falkenmayer produzierte die besten Ideen, hatte die überraschendsten Einfälle." Kein Zweifel, der Mittelfeldspieler wird am 12. September in Düsseldorf gegen Argentinien sein erstes Länderspiel bestreiten. Dennoch bleibt die Warnung von Dietrich Weise: „Für meinen Geschmack werden schon zu viele Spieler in die Nationalmannschaft gelobt."

In der Tat wirken die Bemühungen Beckenbauers, eine neue Mannschaft aufzubauen, auch auf andere als etwas planlos. In der neusten Ausgabe der Kölner „Sport-Illustrierten" meldet sich da auch Torwart Harald Schumacher zu Wort: „Felix Magaths Rückkehr als 31jähriger zeigt doch deutlich, daß es keinen Neuanfang gibt. Es kann ja auch keinen geben, weil die WM-Qualifikation geschafft werden muß. Das heißt: weiterwursteln." Schumacher ist ehrlich genug, sich alle Rückkehrer skeptisch zu betrachten: „Sie haben den deutschen Fußball hängengelassen. Und sie haben letztlich auch mich und die anderen Spieler im Stich gelassen. Deswegen empfange ich persönlich diejenigen, die unter Derwall gingen und unter Beckenbauer wiederkommen, nicht mit offenen Armen." Neue Konflikte?

In Konflikte droht jedenfalls Borussia Dortmund mit seinem neuen Trainer Timo Konietzka zu kommen. In Uerdingen gab es bereits die zweite Niederlage (1:2), die besonders Karl-Heinz Feldkamp, von Dortmund entlassen, stolz machte: „Moral und Substanz im Team sind großartig." Konietzka, der Uerdingen verließ, um nach Dortmund zu gehen, bescheinigte seiner Mannschaft dagegen, „zu naiv und anständig zu sein, um eine so hektische Partie zu überstehen". Die Hektik, kein Zweifel, wurde von Schiedsrichter Dieter Niebergall produziert. Er zeigte acht Spielern die gelbe Karte und stellte Dortmunds Schweizer Import Andre Egli in der 81. Minute wegen „wiederholten Foulspiels" vom Platz. Egli: „So etwas habe ich noch nie erlebt. Das war der erste *Platzverweis* meiner *Laufbahn*. In meiner ersten Reaktion habe ich den Schiedsrichter gefragt, ob er jetzt noch gut schlafen kann. Die Entscheidung muß ich akzeptieren, aber der Mann hat das Spiel von Anfang an verpfiffen – ohne Gefühl und mit allzu vielen Unzulänglichkeiten." Hektik der Schiedsrichter im Kampf um den schönen Fußball?

Im dritten Spiel des Dienstagabend gewann der VfB Stuttgart 6:1 gegen Braunschweig. Auffällig dabei: Die besten Leistungen zeigten zwei Spieler, denen Trainer Benthaus nach der Auftakt-Niederlage in Kaiserslautern schon mit der Ersatzbank gedroht hatte: Thomas Kempe und Jürgen Klinsmann, der für 720 000 Mark von den Stuttgarter Kickers verpflichtet worden war. Kempe: „Ich habe um meinen Stammplatz gekämpft." Klinsmann: „Das war wohl meine letzte Chance." Existenzkämpfe der Profis schon am zweiten Spieltag.

Die Könige der neuen Menschen des Keirin-Festes

K. Bl. Bonn

Wer ist der höchstbezahlte Radprofi? War es Eddy Merckx? Ist es Bernard Hinault oder Francesco Moser? Der Mann, der die großen Stars der Straßenfahrer aus den klassischen Radsportländern Belgien, Frankreich und Italien deutlich überholt hat, ist 29 Jahre alt, heißt Koichi Nakano und wohnt in der Nähe von Tokio. Die Höhe seiner Siegprämien wird auf etwa sieben Millionen Mark geschätzt, die seiner Werbeeinnahmen auf etwa die Hälfte dieser Summe. Koichi Nakano ist Keirin-Spezialist, oder wie es in den japanischen Zeitungen heißt, „der König der neuen Menschen des Keirin-Festes".

Als solcher kann man in Japan mit der japanischen Radsport-Spezialität Keirin Millionen verdienen. Um den Europäern aber zu beweisen, *daß* er obendrein deren klassische Disziplinen beherrscht, startet Nakano alljährlich bei den Weltmeisterschaften der Profis im Sprint. Siebenmal wurde der Japaner bisher Weltmeister – das gelang zuvor nur Fahrern, die längst Radsportlegende sind: dem Belgier Jeff Scherens und dem Italiener Antonio Maspes. Heute und morgen schickt sich Nakano in Barcelona an, *den achten Titel zu gewinnen*. Bei der Keirin-Weltmeisterschaft in Barcelona war Nakano nicht am Start. Er überließ den Titel dem Schweizer Robert Dill-Bundi, der im Frühjahr diese Art des Radrennens in Japan geübt hatte und dabei in drei Monaten 30 000 Mark verdiente.

Was ist das nun, Keirin? *Die* Rennen werden auf einer Bahn gefahren. Acht bis neun Rennfahrer werden von einem Schrittmacher auf einem Klein-Motorrad (Derny) vier Runden lang geführt, in der letzten Runde ist das Rennen – ohne Schrittmacher – offen, es darf also gespurtet werden. Zuvor kommt es darauf an, sich hinter *dem Schrittmacher so günstig* wie möglich für den Endspurt zu postieren.

Wer Keirin-Spezialist werden will, muß zwölf Monate lang die Keirin-Schule in der Nähe von Tokio besuchen, eine Anlage, die übrigens mit einem Aufwand von 80 Millionen Mark errichtet wurde. Erst nach bestandenem Examen gibt es eine Lizenz. Ausländer, die bei Keirin-Veranstaltungen starten wollen, müssen zuvor an dieser Schule Kurz-Lehrgänge absolvieren – Erfolge in Europa werden dabei nicht berücksichtigt.

Das alles hat einen unternehmerischen Hintersinn, denn Radveranstaltungen gehören in Japan neben Pferde-, Auto- und Motorbootrennen *zu jenen Sportarten, bei denen auf* Sieg oder Einlauf Wetten abgeschlossen werden können. In 50 Rad-Stadien finden zum Wettzweck alljährlich rund 600 Veranstaltungen mit 36 000 Keirin-Rennen statt, die von 4500 Berufsfahrern bestritten werden. Etwa 30 Prozent der japanischen Bevölkerung besucht ständig *diese Rennen, etwa 40 Prozent* schließen Wetten ab. An die Fahrer werden 75 Prozent der Einnahmen ausgeschüttet.

Der Schweizer Radprofi Hans Känel (31), in Europa ein Mann der Mittelklasse, fährt seit drei Jahren in Japan diese Rennen – mit großem Erfolg. Der ehemalige Elektroinstallateur aus Bern hat schnell gelernt, wie notwendig das Anpassen an japanische Gepflogenheiten ist, um in diesem Geschäft Tritt zu fassen. Über den Italiener Ottavio Dazzan, in Barcelona zweiter Weltmeister im Keirin, erzählt er: „Es ergaben sich in Japan große Schwierigkeiten mit ihm, weil es Dazzan schwerfiel, den Verpflichtungen nachzukommen. Es hinterläßt keinen guten Eindruck, wenn er trainieren geht, anstatt an einem Empfang teilzunehmen."

Solche Empfänge sind für Keirin-Fahrer fast die einzige Möglichkeit, Kontakt mit der Außenwelt zu bekommen. Denn während der Renntage werden sie geradezu kaserniert, sowohl im Hotel als auch auf der *Rennbahn. Auf den Rennbahnen in* fensterlosen Einzelkojen, Gespräche miteinander sind verboten, um Manipulationen vorzubeugen. Aber dafür wird auch ordentlich gezahlt. Ein durchschnittlicher japanischer Keirin-Spezialist kassiert im Jahr rund 120 000 Mark.

STAND PUNKT

Alter Mann?

Ovationen am Start, Ovationen im Ziel – dargebracht einem der größten Radrennfahrer aller Zeiten. Gewidmet dem Spanier Guillermo Timoner nach dem Steher-Vorlauf der Profis bei den Weltmeisterschaften in Barcelona. Letzter war Timoner geworden, mit sechs Runden Rückstand auf den Sieger Martin Venix aus Holland. Das war noch immer eine Glanzleistung, denn Timoner ist mittlerweile 57 (!) Jahre alt.

Zwischen 1955 und 1965 war der auf Mallorca lebende Boutiquenbesitzer sechsmal Weltmeister der Profi-Steher. Kaum ein anderer beherrschte die schnellen Rennen hinter Motorrädern so perfekt wie er. Als sich Timoner vom aktiven Sport verabschiedete, war es nur ein Rückzug vom Renngeschehen. Aufs Fahrrad stieg er weiterhin jeden Tag, und trai*niert hat er, als stünde stets das näch*ste Rennen an.

Was der ehemalige Weltmeister nun bot, war alles andere als ein billiger Gag. Es war ein Triumph à la Timoner.

K. Bl.

NACHRICHTEN

Köln im Finale

Madrid (sid) – Der 1. FC Köln steht nach einem 2:1-Sieg über den RSC Anderlecht im Finale des Santiago-Bernabeu-Fußballturniers in Madrid. Gegner ist Real Madrid, das Feyenoord Rotterdam 3:1 besiegte.

Zehn Jahre gesperrt

Budapest (sid) – Der ungarische Fußball-Verband hat Nationaltorwart Attila Kovacz für zehn Jahre gesperrt, zwei weitere Spieler des Klubs Csepel für vier Jahre. Csepel hatte im Früh*jahr drei Meisterschaftsspiele* der ersten Liga für umgerechnet 20 000 Mark verkauft.

50 Millionen investiert

London (dpa) – Die englischen Ligavereine haben während der Sommerpause rund 50 Millionen Mark in 72 neue Fußballspieler investiert. Die größten Investition nahm Manchester United vor, wo für die Spieler Strachan und Brazil (beide Schottland) sowie Olsen (Dänemark) rund acht Millionen Mark gezahlt wurden. Die vor einem Jahr für vier Mark verkauften öffentlichen Aktien des Clubs Tottenham Hotspur sind zur Zeit noch drei Mark wert.

Volleyball-Niederlage

Clermont-Ferrand (sid) – Die deutsche Junioren-Mannschaft ist bei den Volleyball-Europameisterschaften gescheitert. Sie unterlag Holland 1:3 und spielt nun nur noch um die Plätze sieben bis zwölf.

Erfolg für Hanika

New York (dpa) – Sylvia Hanika besiegte im deutschen Vergleich bei den offenen amerikanischen Tennis-Meisterschaften in Flushing Meadow die 15 Jahre alte Steffi Graf 6:4, 6:2.

Mit 18 Spielern

Frankfurt (dpa) – Mit 18 Spielern geht der frühere Fußball-Weltmeister Argentinien im September auf Europa-Tournee. Aus dem Weltmeisterschafts-Aufgebot von 1982 sind noch Torwart Nery Pumpido und Hector Trossero dabei. Argentinien spielt am 12. September gegen Deutschland.

ZAHLEN

TENNIS

Meisterschaften der USA in Flushing Meadow, Herreneinzel, erste Runde: Flach (USA) – Westphal (Deutschland) 6:3, 6:7, 7:5, 2:6, 6:3, Sundstroem (Schweden) – Fibak (Polen) 7:5, 2:6, 6:0, 6:3, Cash (Australien) – Nastase (*Rumänien*) 6:3, 7:5, 6:1. – Dameneinzel, erste Runde: Hanika – Graf (beide Deutschland) 6:4, 6:2, Minter (Australien) – Durie (Großbritannien) 2:6, 7:5, 6:4, Evert-Lloyd – Walsh (beide USA) 6:0, 6:0, Mandlikova (CSSR) – Medrado (Brasilien) 6:1, 4:6, 6:2, Keppeler (Deutschland) – Latham (USA) 6:4, 7:6.

FUSSBALL

Zweite Liga, 4. Spieltag: Homburg – Offenbach 3:1 (1:1), Wattenscheid – Oberhausen 1:1 (1:0).

RADSPORT

Weltmeisterschaften in Barcelona, Profis, Keirin, Finale: 1. Dill-Bundi (Schweiz) 11,27 Sek. für die letzten 200 Meter, 2. Dazzan (Italien), 3. Freuler (Schweiz), 4. Giebken (Deutschland).

GALOPP

Große Woche Iffezheim, Spreti-Rennen (Europa-Gruppe III, 76 500 Mark, 45 000 Mark dem Sieger, 2400 m): 1. Tombos (Georg Bocskai) 2. Tiroler 3. Mantelano 4. Junior Lombard 5. Kaiserstern 6. Alex 7. Jilmore 8. Fahrewohl 9. Tarsus 10. Flower Boy. – Toto: Sieg: 56. Platz: 21, 13, 22. ZW: 264. DW: 3760.

Wer nicht hören will

dt – Tante Beate aus Flensburg läßt für ihre „Videos der Spitzenklasse" ihre Models gleich selber Reklame stehen, während nebenan versucht wird, den Dauerbrenner Jugendschutz und Video an den Mann zu bringen. Go-go-Girls in Hot pants auf wackligen Stelzfüßen ein paar Schritte weiter: Die schwitzenden Möchtegern-Warhols und Newtons haben mit neuen tragbaren Kamerarecordern ihr Zielobjekt entdeckt. Einmal die Puppen so richtig tanzen lassen, das ist Life (oder nur live?). Im abgedunkelten Illusionsbunker dicht dabei schiebt ein bärtiger Adlatus einen Videoclip mit echt fetzigem Hifi-Sound in eines dieser frisch kreierten neuen Zwitter aus Bildrecorder und Hochleistungs-Tonaufzeichnungsgerät. Band rein, ab geht die Post: 007 schickt den Fiesling Blofeld auf der Großprojektionswand gerade effektvoll und geräuschvoll über den Jordan. Wanderer durch den Hifi-Himmel kann das nicht mehr beeindrucken, denn die Watt-Orgien, die ihn von allen Seiten bedrängen, haben längst sein Trommelfell passive Resistenz gelehrt.

Doch plötzlich segelt er auf einem Meer der Stille, auf dem zudem noch der Plastiktütensammelkult verpönt ist. Da sind doch tatsächlich einige ausgewandert und haben sich in Kämmerchen, rappelvoll mit exquisiten „high end" Produkten, vom Geschiebe der Massen abgesetzt. Nix Digital, nix Schellack-Schätzchen der letzten Pressung, keine transistor- und chipgesteuerte Aufmotzelectronic. Die HiFi-Jünger streichen verschämt über die mattschwarzen Gehäuse von klobigen Röhrenverstärkern, die mit Opas Dampfradio nichts gemein haben. Vielsagend nicken die Puristen einander zu, wenn Charly Antolinis Trommelwirbel in Passage X über den abartig aussehenden Ofenrohr-Lautsprecher besser „rüberkommt" als über die türgroße Piezo-Schallwand im Gegenwert eines gut erhaltenen VW Käfers.

Es kann einem schon Hören und Sehen vergehen – bei so viel Hifi und Video auf der „hifivideo".

Die internationalen Filmfestspiele von Montreal

Der japanische Horizont

Montreal im August. Ein erster Hauch von Herbst liegt über der Drei-Millionen-Stadt im Herzen von Quebec. Noch ziehen Touristen zuhauf durch die Straßen. Vom mächtigen St.-Lorenz-Strom wölken morgens Nebelschwaden herüber. Abends steht schon ein sehr kühler Mond über den Dächern.

Seit sieben Jahren hat Montreal um diese Zeit ein eigenes Filmfestival, das jedes Jahr wächst und an Bedeutung im Reigen der internationalen Filmfeste gewinnt. In diesem Jahr gab es neben dem Wettbewerb mit 25 Beiträgen aus 17 Ländern auch einen Film-Markt, auf dem vor allem die Produktionen unabhängiger Regisseure und kleinerer Verleiher angeboten wurden. Dazu kamen u. a. noch eine Reihe mit australischen Filmen und eine Übersicht über das Kino in Lateinamerika.

Das Gastland Kanada präsentierte ein paar recht beachtliche Filme. Im Wettbewerb lief „Mario" von Jean Beaudin, die Geschichte zweier Brüder, die auf einer einsamen Insel an der Ostküste leben. Mario, der jüngere Bruder, gilt als geistig gestört. Er lebt in einer eigenen Traumwelt, spricht nicht, sondern beobachtet nur seine Umwelt mit kritischen, skeptischen Augen. Sein Bruder erschafft für ihn eine Welt voller Phantasie, mit fernen Palästen und Araberheeren, die bei Poitiers Europa endgültig besiegen, und baut Burgen aus Brettern und Netzen, um Mario von der Realität fernzuhalten. Sein Versuch, dem kleinen Bruder die Wirklichkeit zu ersparen, mündet in einer Tragödie.

In der Realität amerikanischer Vorkriegs- und Kriegsgeschichte fußt Kaneto Shindos Familiensaga „Der Horizont". Der japanische Regisseur hat darin ein Thema aufgegriffen, das bislang meist nur Dokumentarfilmer abgehandelt haben: das Schicksal jener japanischen Bauern, die Anfang dieses Jahrhunderts nach Kalifornien emigrierten und 1941 nach Pearl Harbour in Internierungslager gesperrt wurden. Hin und her gerissen zwischen der traditionellen Loyalität zu ihrem Kaiser und der Treue zu ihrer neuen Heimat USA gerieten diese Japano-Amerikaner zwischen alle Feuer. Shindos Drama versucht, das harte Los seiner Landsleute in jenen „dunklen Tagen" so objektiv wie möglich und doch gefühlvoll nachzuvollziehen. „Der Horizont" ist ein erschütternder Film, der trotz mancher Längen im Gedächtnis haften bleibt.

Einige der Filme, die im Wettbewerb in Montreal vor fast stets ausverkauftem Haus gezeigt wurden, waren bereits in Cannes gelaufen, dort allerdings in Nebenprogrammen bzw. auf dem Filmmarkt. So z. B. Katherine Hepburns jüngster Film „The Ultimate Solution of Grace Qugly". Unter der Regie von Anthony Harvey spielt die Grand Old Lady Hepburn eine alte Dame, die einen Killer (Nick Nolte) engagiert, um einigen lieben Freunden den Weg ins Jenseits zu erleichtern. Was als köstliche schwarze Komödie beginnt, entwickelt sich aber leider alsbald zu einem Danse macabre, schließlich zu einer Anhäufung von Peinlichkeiten.

Auch Mrinal Sens eindrucksvolle Schilderung vom Aufeinanderprallen zwischen indischer Tradition und westlich orientiertem Fortschritt, „Die Ruinen", war andernorts schon zu sehen. Die Satire „Bianca" von Nanni Moretti wurde vor knapp drei Wochen bereits in Taormina gezeigt, und Gregory Navas Drama über illegale Einwanderer in den USA, „El Norte", stand in Cannes auf dem Programm der „Quinzaine". Die FIAFP-Regeln lauten aber ausdrücklich, daß ein Wettbewerbsfilm nur im eigenen Land gezeigt werden darf, um sich noch für einen Wettbewerb qualifizieren zu dürfen.

Dies hat in Montreal zu einiger Kritik geführt, wurde aber mit dem Hinweis abgetan, daß diese Filme im Rahmen des Festivals erstmals auf nordamerikanischem Grund und Boden vorgeführt worden seien. Es scheint aber eher der Fall zu sein, daß es für die vielen großen Festivals, zu denen auch Montreal gerechnet werden kann, kaum mehr genügend Filme gibt.

Immerhin gab es aber auch in Montreal ein paar echte Premieren, so Richard Tuggles Thriller „Tightrobe" mit Clint Eastwood, der hier wieder einmal die Rolle des Einzelgängers übernimmt. Auch Christian Rischerts Film „Wenn ich mich fürchte" über die Midlife Crisis eines Regisseurs war bislang nur der Jury des Bundesfilmpreises gezeigt worden, die mit Recht den Hauptdarsteller Horst Buchholz mit dem Darstellerpreis auszeichnete.

Armyan Bernsteins „Windy City" mit John Shea und Katie Capshaw feierte ebenfalls in Montreal seine Weltpremiere. Dieser rührende Film über Freundschaft, Liebe und Religion, gefilmt in Chicago, gehörte zu den Lieblingen des Montrealer Publikums, das dankbar honorierte, daß hier einmal Optimismus und Lebensfreude verbreitet wurden. So etwas, das achte Montrealer Filmfestival bewies es ein übriges Mal, ist im internationalen Film selten geworden, zumindest bei jenen Produktionen, die den Anspruch erheben, Kunst und Unterhaltung miteinander zu verschmelzen. M. v. SCHWARZKOPF

AUSSTELLUNGSKALENDER

Berlin: Berlin um 1900 – Akademie der Künste (9. Sept. bis 28. Okt.)
Kandinsky – Bauhaus-Archiv (bis 23. Sept.)
Schiffe – Häfen – Kontinente – Sonderausstellungshalle Dahlem (12. Sept. bis 30. Dez.)
Durchblick – Kunst der „DDR" – Staatliche Kunsthalle (31 Aug. bis 7. Okt.)
Bocholt: Mensch und Kunst im Dialog – Galerie der Stadt (16. Sept. bis 14. Okt.)
Bonn: Von Odysseus bis Felix Krull – Wissenschaftszentrum Bad Godesberg (bis 14. Okt.)
Bremen: Staffage oder: Die heimlichen Helden der Bilder – Kunsthalle (bis 30. Sept.)
Detmold: Konrad Klapheck – Detmolder Schloß (bis 23. Sept.)
Düren: Lothar-Günther Buchheim – Leopold-Hoesch-Museum (2. Sept. bis 7. Okt.)
Düsseldorf: Ein anderes Klima – Kunsthalle (bis 5. Okt.)
Sandro Chia – Kunstverein (bis 23. Sept.)
Aktuelle Glaskunst aus den Vereinigten Staaten – Tonhalle (bis 28. Okt.)
Essen: Ludwig Richter – Zeichnungen und Graphik – Folkwang Museum (bis 14. Okt.)
Frechen: Otto Meier – Keramion (15. Sept. bis 14. Okt.).
Gütersloh: Freund Hein und der Bücherfreund – Stadtbibliothek (1. Sept. bis 12. Okt.)
Hamburg: George Cruikshank – Kunsthalle (bis 7. Okt.)
Marino Marini – Kunstraum (bis 30. Okt.)
Paul Flora – Museum für Kunst und Gewerbe (bis 10. Okt.)
Hildesheim: Max Klinger – Roemer- und Pelizaeus-Museum (bis 4. Nov.)
Kaiserslautern: Klimt/Kokoschka/-Schiele – Pfalzgalerie (bis 14. Okt.)
Karlsruhe: Schulspott – Die Schule in der Karikatur – Kunsthalle (bis 7. Okt.)
Krefeld: Jan Kalff – Kaiser Wilhelm Museum (bis 21. Okt.)
Ludwigshafen: Blechspielzeug von innen und außen – Stadtmuseum (1. Sept. bis 4. Nov.)
Mainz: Jan Lenica Plakate – Gutenberg-Museum (bis 28. Okt.)
Mülheim: Werner Gilles zum 90. Geb. – Städt. Museum (bis 30. Sept.)
München: Gold der Skythen – Antikensammlung (19. Sept. bis 9. Dez.)
Jean Hélion – Lenbachhaus (bis 21. Okt.)
Münster: HAP Grieshaber – Westf. Landesmuseum (2. Sept. bis 7. Okt.)
Oberhausen: Biennale an der Ruhr '84 – Städt. Galerie Schloß Oberhausen (2. Sept. bis 21. Okt.)
Recklinghausen: Design aus Dänemark – Kunsthalle (bis 30. Sept.)
Regensburg: Paul Holz – Ostdeutsche Galerie (bis Sept.)
Trier: Europäische Malerei der Gegenwart – Tuchfabrik (bis 18. Nov.)
Tübingen: Joseph Beuys – Kunsthalle (8. Sept. bis 28. Okt.)
Velbert: Ingo Ronkholz – Museum Schloß Hardenberg (bis 27. Sept.)
Wiesbaden: K. O. Götz/Otto Greis – Museum (bis 14. Okt.)

Lordsiegelbewahrer und Baumeister der Bayreuther Festspiele – Ein Porträt Wolfgang Wagners

Das schwere Erbe der Wagner-Mütter

Recht besehen, ist er ein Opernintendant; er verwaltet ein Theater, das Opern aufführt, und er inszeniert dortselbst auch, hin und wieder, Stücke. Es ist ein berühmtes Opern-Unternehmen, nämlich die Bayreuther Festspiele, aber berühmter als die Wiener Staatsoper oder die Mailänder Scala sind die nun auch wieder nicht. Dennoch genießt Wolfgang Wagner, Chef in Bayreuth, ein gerüttelt Maß mehr an Prominenz, an musikalisch-theatralischem Charisma und wohl auch an kulturpolitischem Einfluß als seine Intendanten-Kollegen an noch so berühmten Opernhäusern. Erklärungen dafür liegen nicht auf der Hand. Gewiß ist Bayreuth ein Sonderfall: Festspiele, ganz und gar gewidmet einem der erstaunlichsten Genies der Musik-, ja der deutschen Geistesgeschichte. Aber weiß denn einer auf Anhieb, wer Chef in Salzburg ist? Nun, Wolfgang Wagner ist der Enkel Richard Wagners. Aber auch das besagt nicht sehr viel.

Denn als Wolfgang Wagner 1919, heute vor 65 Jahren, geboren wurde, war der Großvater Richard bereits seit 36 Jahren tot. Ja, auch Wolfgang Wagners Vater Siegfried zählte schon 50 Jahre und sollte sterben, bevor der Sohn elf wurde. Die griffige Formel vom „Wagner-Enkel" stimmt also zwar genealogisch, aber ein „Opa" ist Richard Wagner eben für den Enkel (so wenig wie für dessen älteren Bruder Wieland) nie gewesen. Wolfgang erbte die Wagner-Last über die Umwege der verwaltenden Witwen Cosima und Winifred, erbte sie mehr als künstlerisches denn als familiäres Vermächtnis.



Den Großvater hat der Enkel nie gekannt: Bayreuths Festspielchef Wolfgang Wagner wird heute 65 Jahre alt FOTO: DPA

Für Wolfgang Wagner ist das Werk des Bayreuther Meisters also keine Angelegenheit der selbstverständlichen geistigen Intimität. Soviel wie über Richard Wagners Leben und Werk ausgeplaudert und aufgeschrieben wurde, kann der Enkel kaum mehr darüber wissen als jeder andere ambitionierte Wagner-Forscher. Wenngleich es unbestritten ist, daß Wolfgang Wagner auf diesem Gebiet eine Koryphäe ist. Selbst noch die entlegensten Zitate und Briefstellen kommen ihm flink auf die Zunge. Aber Wolfgang hat seinen Wagner, gewiß begünstigt vom Umfeld des Hauses Wahnfried und des Festspielhauses, lernen und bewältigen müssen. Das ist etwas ganz anderes, als in lebendiger Anschauung des Komponisten damit aufgewachsen zu sein.

Diese Distanz ist es wohl auch, die Wolfgang Wagner und seinen Bruder nach dem Zweiten Weltkrieg in die Lage versetzte, reinen Tisch zu machen mit vielen schlechten Bayreuther Traditionen, vor allem das ganze braune Gerümpel, das sich zwölf Jahre lang angesammelt hatte, auf den Müll zu kehren. Hier liegt wohl der Schlüssel zu einem der ganz großen Verdienste Wolfgang Wagners.

Noch in den zwanziger Jahre waren die Bayreuther Festspiele zwar ein kulturell glänzendes Aushängeschild des Deutschen Reiches, aber ein finanziell krankendes und ständig vom Untergang bedrohtes Privatunternehmen. Die Sicherung ihres Bestandes in den dreißiger Jahren war trügerisch. 1945 standen die Festspiele abermals vor dem endgültigen Aus.

Die interne Arbeitsteilung zwischen Wieland und Wolfgang Wagner wies Wolfgang, dem jüngeren, vornehmlich die Bürde der Organisation, des Geschäftsbetriebs, der Sicherung zu, während Wieland sich mehr auf die inhaltlich-geistige Erneuerung der Festspiele konzentrierte. Die Festspiele, belastet, geschmäht und verdächtig, einzubinden in die neue demokratisierte Kunstszene der Bundesrepublik, ihre finanzielle Last zu verteilen auf Bonn, München und Bayreuth: das war vielleicht die entscheidende Leistung im Leben Wolfgang Wagners. Ihm gelang trotz aller Hypotheken etwas, um was sich Richard wie Cosima, Siegfried wie Winifred vergeblich bemüht hatten: den Festspielen den Rang einer Kulturinstitution zu verleihen, deren Erhalt Aufgabe der Allgemeinheit für alle Zukunft sein würde.

Was danach kam, war schwere Folgearbeit. Etwa, die ja einst nur provisorisch errichteten Bauten durch An- und Umbauten zu stabilisieren. Etwa, den Wagnerschen Familienbesitz in eine Stiftung zu überführen und damit auch juristisch nachzuvollziehen, was de facto bereits vollzogen war. Seit nun 35 Jahren führt Wolfgang Wagner auf Bayreuths Grünem Hügel ein tätiges, ja rastloses Leben zum Wohle der Festspiele.

All das sagt gar nichts über seine Statur als Bühnenkünstler, die nur langsam aus dem Schatten seines Bruders heraustrat, nach dessen Tod im Jahre 1966. Wolfgangs Inszenierungen machten sehr oft und mindestens auf den ersten Blick den Eindruck handwerklicher Biederkeit, ja der Naivität. Er drang nicht so tief in den Mythos ein wie sein Bruder, er abstrahierte nicht so kühn. Als dieser „Neu-Bayreuther Stil" selbst schon wieder Tradition geworden war, hielt er ihn als konservatives Gegengewicht hoch gegen die radikalen Exegesen eines Chéreau, eines Harry Kupfer.

Diese Bremsfunktion ist so undankbar wie notwendig. Gespeist aus einem enzyklopädischen Wagner-Wissen schreckt Wolfgang vor der spektakulären Einseitigkeit zurück. Und wenn er vieldeutig scheint, bleibt er nur hart am Text und an der Musik Richard Wagners, wo jede Pointierung eigenmächtig wäre, Teile des Œuvres abschnitte. Wolfgangs Inszenierungen stellen dar: Die Auslegung überlassen sie dem Zuschauer.

Wolfgang Wagner war stets souverän genug, auch die gegenläufige Tendenz zu fördern und damit den seinerzeit zusammen mit seinem Bruder Wieland geprägten Begriff von der „Wagner-Werkstatt" lebendig zu erhalten. Zum Kummer und gegen manchen Protest der Bayreuth-Pilger schreckt er nicht davor zurück, sein Publikum mit künstlerischer Radikalität zu konfrontieren. Nicht 1985, wenn er selbst den „Tannhäuser" inszeniert, aber 1986, wenn Bob Wilson „Parsifal" auf die Bühne bringt, wird es wieder soweit sein.

Diese fast weltmännische Liberalität mag man nur schwer mit der Person Wolfgang Wagners in Einklang bringen, diesem gnomenhaft behenden, fränkelnden Herrn mit dem unverwechselbaren Wagner-Schädel. Aber dies ist wohl gerade das markanteste Erbteil, das er von seinem Großvater mitbekommen hat. Er denkt auf seine 65 Jahre nicht ans Aufhören, auch wenn er gerade eine Art Pensionsvertrag mit den Stiftungsträgern ausgehandelt hat. Über seine dereinstige Nachfolge orakelt er mit Paragraphen, daß ein Wagner Vorrang hat. Favoriten in der Schar der Urenkel kürt er nicht, ja er hält sie den Festpielen weitgehend vom Halse. Bei den immer noch grandios inszenierten Familienkrächen im Hause Wagner ist dies wohl eine weise Politik. Und den jüngsten Wagner-Urenkel schult Familienvater Wolfgang schließlich gerade erst ein in diesen Tagen. REINHARD BEUTH

Salzburger Festspiele: Herbert von Karajans triumphale Konzerte mit den Wiener Philharmonikern

Erschlagen von Tschaikowskijs Adagio lamentoso

Kein Mensch in Salzburg, der nicht erleichtert aufgeatmet hätte, als bekannt wurde, Karajan und die Berliner Philharmoniker wären sich einig, ihren Festwochenverpflichtungen in Berlin gemeinsam nachzukommen und Bachs h-Moll-Messe wie seit langem geplant aufzuführen. Welche Knüppel und wie viele davon bis dahin noch dem Orchester und seinem Chef auf den Versöhnungs- oder auch nur Verständigungsweg geworfen werden, läßt sich freilich nicht abschätzen. Doch scheint unter der Schirmherrschaft des Senats ein gemeinsamer guter Wille zum Wiederanfang erkennbar.

Die Salzburger Festspielkonzerte Karajans, vom Abend auf den Vormittag vorverlegt, fanden nun mit den Wiener Philharmonikern statt. Das zweite Konzert widmeten Dirigent und Orchester dabei dem Andenken Karl Böhms: zum 90. Geburtstag des „Generalmusikdirektors von Österreich", wie sich der unvergessene Böhm gern nennen hörte. Keine Frage: Dieser Rang ist seitdem auf Karajan übergegangen.

Wer gehofft hatte, er würde für die beiden Karajan-Matineen am Werktag leicht eine zurückgegebene Karte erwischen, sah sich getäuscht. Man wedelte hoffnungslos und unverhohlen mit Tausend-Schilling-Noten ins Salzburger Grau. Dem Festspielpublikum ist es offensichtlich höchst gleichgültig, zu welcher Tageszeit auch immer es Karajan zu sehen und zu hören bekommt.

Allerdings hatten mit dem Fernbleiben der Berliner die Konzertprogramme geändert werden müssen. So viel gemeinsames Repertoire, wie Karajan und die Berliner sich im Laufe der Jahrzehnte erarbeitet haben (Karajan sprach einmal von 60 verschiedenen Programmen, die er mit seinem Hausorchester probenlos aufführen könne), besitzen die Wiener unter seiner Anleitung nicht. Schmalhans ist in diesem Punkt philharmonischer Küchenmeister, aber er ist es in feinster Küche.

Tschaikowskijs „Pathétique" und die erste Sinfonie von Johannes Brahms hatte Karajan vor wenigen Monaten erst, die eine in Salzburg, die andere in Wien, dirigiert. Er lieferte also notgedrungen aus Probenmangel Reprisen, doch wie zu erwarten von Festspielformat.

Schon immer war Karajan ein Tschaikowskij-Dirigent von besonderem Rang. Er besaß Verständnis für die annähernd mondäne Schmerzenwollust und Leidenssehnsucht dieser Musik, die er in voller Pracht wie kaum ein anderer auszubreiten verstand. Freilich haben sich inzwischen die Affekte seiner Wiedergabe eher verinnerlicht, ohne allerdings darüber an Spannkraft verloren zu haben. Nach dem Adagio lamentoso des Finale saß denn auch das Publikum wie erschlagen und mußte erst allmählich aus einem tranceähnlichen Zustand erwachen, um sich zum obligaten Jubel zusammenzuraffen.

Außerdem aber rief er zwei seiner favorisierten jungen Solisten zur Hilfe aufs Podium. Krystian Zimerman spielte erstmals seit drei Jahren wieder unter seiner Leitung das Klavierkonzert Schumanns, eine hochgesonnene, durchgereifte Interpretation von klar zeichnender Energie, wacher Verträumtheit und virtuos pianistischem Schwung. Und Anne-Sophie Mutter stellte sich erstmals unter Karajan mit den „Vier Jahreszeiten" Vivaldis vor, begleitet von einem 24köpfigen Streicher-Concentus der Wiener Philharmoniker mit Karajan am zweiten Cembalo, auf das er denn auch gelegentlich, mitspielend, die Hände fallen ließ.

Natürlich wurden – wie nicht anders erwartet – die vier Violinkonzerte nicht historisierend, in modisch ausgenüchterter Authentizität aufgeführt, nicht als Spezialmusik also, sondern als blühendes, nuancenreiches Werk, dem Karajan mit feinster Klangfärbung beizukommen versuchte.

Die Wiener Philharmoniker beantworteten die Herausforderung denn auch mit einem Höchstmaß an musikalischer Finesse und bereiteten damit dem glanzvollen Solopart Anne-Sophie Mutters auf ideale Weise die Wege. „Viennas Academy of St. Herbert-in-the-Fields" hörte man mit Staunen und Bewunderung sagen.

KLAUS GEITEL

Schriftsteller in der „DDR": Gert Neumann antwortet auf Lutz Rathenow

Meine Arbeitsmöglichkeiten? Null!

Unlängst hat der Freie Deutsche Autorenverband auf seiner Verbandstagung in Berlin auf die „existentielle Not von mitteldeutschen Kollegen wie Gert Neumann, Friedhelm Mäker, Wolfgang Hilbig, Lutz Rathenow und vieler anderer" hingewiesen. Diese Erklärung führte zu Gerüchten, die darin gipfelten, daß sich diese Autoren „gegenwärtig um die Ausreise in die Bundesrepublik bemühen" würden. Doch in Wahrheit strebt von den namentlich Genannten zur Zeit lediglich der Lyriker Friedhelm Mäker die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland an. Verschiedene Medien hierzulande veröffentlichten auch eine Replik des in Ost-Berlin lebenden, jedoch nur im Westen veröffentlichten Lutz Rathenow, der sich dagegen verwahrte, sein Leben in der „DDR" als „existentielle Not" zu bezeichnen.

Nun meldet sich aus Leipzig Gert Neumann, der ebenfalls nur im Westen veröffentlichen kann, zu Wort: „Man ist allein", schreibt er, „und jenes Spiel, das den oppositionellen Text bis in die Medien bringt, ist so primitiv in Deutschland, daß es dem Denken nicht forthelfen kann. Wie wenig Verantwortung es überall gibt!"

„Seit einiger Zeit", fährt Neumann fort, „sagen mir Leute, sie hätten im Radio oder Fernsehen erfahren: Hilbig und Neumann wollen ausreisen; vor wenigen Tagen hörte ich selbst im RIAS so einen Fetzen einer Nachricht, daß Lutz Rathenow auf eine Anfrage, die die Arbeitsmöglichkeiten der Genannten in der DDR betraf, sagte: sie seien gerade durch die Spannungen, die sich aus ihrem oppositionellen Verhalten ergäben, besonders produktiv . . .; was ja das Thema geradezu fahrlässig und bösartig verfehlt, denn gefragt war nach den *Arbeits*möglichkeiten in der DDR, die, zumindest in meinem Fall, vollkommen Null sind: wenn ich nicht meine Arbeit als Schlosser HIER bei den Christen nenne. Gerade deshalb hatte ich eine Begegnung mit dem Staat, die ich selbst herbeigeführt habe, um auf einem *verlagerten* Gebiet die Dialogbereitschaft zu *prüfen:* denn das ist ja wohl kein Ergebnis, daß ich immer noch *frei* herumlaufe . . ."

Gert Neumann ist der Sohn einer parteifrommen Schriftstellerin. 1969 mußte er aus politischen Gründen sein Studium am Leipziger Literatur-Institut abbrechen. Seitdem verdient er als Hilfsarbeiter sein Brot. Er gilt als einer der mutigsten und deshalb auch gefährdetsten Schriftsteller der „DDR", freilich auch als einer der begabtesten. In seinem letzten, bei S. Fischer in Frankfurt am Main veröffentlichten Roman, „11 Uhr", prangert er den „Sinnfaschismus" der „Sozialismusmaschine" ebenso an wie die „Ignoranz des Atheismus".

Der „Fall Neumann" zeigt es überdeutlich: „Existentielle Not" meint viel mehr noch als die fehlende Butter aufs Brot die geistigen Zwänge, denen viele gerade sehr begabte Autoren drüben immer wieder ausgesetzt werden, die Unmöglichkeit, sich als Autor frei äußern und seine Werke ungehindert verbreiten zu können. Aus dieser Not kann auf die Dauer nur eine wirkliche Liberalisierung der kulturellen Szene in der „DDR" befreien – oder eben doch, früher oder später, die Ausreise.

SIEGMAR FAUST



„Man ist allein, und jenes Spiel, das den oppositionellen Text bis in die Medien bringt, ist so primitiv in Deutschland, daß es dem Denken nicht fortheifen kann": Der „DDR"-Schriftsteller Gert Neumann FOTO: S. FISCHER VERLAG

JOURNAL

Düsseldorfer Oper: Gastspiel in Moskau

DW. Düsseldorf

Die Deutsche Oper am Rhein wurde zu einem umfassenden Gastspiel nach Moskau eingeladen. Generalintendant Grischa Barfuss erhielt diese Einladung vom sowjetischen Kulturministerium. Das Gastspiel soll im Mai 1987 im Bolschoi-Theater stattfinden. Vorgesehen sind insgesamt neun Aufführungen, und zwar von Mozart je zweimal „Die Zauberflöte" und „Die Hochzeit des Figaro", von Richard Strauss zwei Aufführungen der „Elektra" und von Richard Wagner zweimal „Parsifal" sowie eine Aufführung der „Walküre".

Verkauf jüdischer Schriften annulliert

AP. New York

Das Oberste Gericht des Staates New York hat das Auktionshaus Sotheby's angewiesen, die 57 jüdischen Schriften, die am 26. Juni für 2,25 Millionen Dollar (rund 6,3 Mio Mark) versteigert wurden, zurückzuhalten. Auch der Erlös darf dem Einlieferer nicht ausgezahlt werden, weil die Eigentumsrechte umstritten sind. Die aus dem 13. bis 15. Jahrhundert stammenden Schriften gehörten einst der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin. Unklar ist, ob diese Werke Alfred Guttmann, der sie 1940 aus Deutschland herausschmuggelte, seinerzeit von dem Vorsitzenden der Lehranstalt, Veit Simon, übergeben oder übereignet worden sind. Justizminister Robert Adams vertritt die Meinung, daß die Bücher öffentliches Eigentum seien und darum auch einer öffentlichen Sammlung übergeben werden müßten. Diese Frage muß nun in einem Prozeß geklärt werden.

Broadway ehrte Richard Burton

AP, New York

Mit einer Gedenkvorstellung hat der New Yorker Broadway den am 5. August in der Schweiz gestorbenen britischen Schauspieler Richard Burton geehrt. Die Vorstellung fand im Lunt-Fontanne-Theater statt, wo Burton 1983 seinen letzten Auftritt in New York hatte. Zu Ehren des Verstorbenen fanden sich zahlreiche ehemalige Schauspielerkollegen ein, die mit Burton zusammengearbeitet hatten, darunter Lauren Bacall, Roscoe Lee Browne und Sir Richard Attenborough, die einige walisische Lieblingsgedichte rezitierten.

Entwürfe Berninis in Rom entdeckt

dpa, Rom

Zwei Skulpturen-Entwürfe aus gebranntem Ton, die vermutlich von dem italienischen Bildhauer und Baumeister Gian Lorenzo Bernini (1598–1680) stammen, sind bei Renovierungsarbeiten in einem Haus in Rom gefunden worden. Eines der Fundstücke stellt Vorarbeiten zu der Bernini-Statue des San Longino im Petersdom dar. Den zweiten Entwurf, der nie ausgeführt wurde, identifizierten Fachleute anhand einer Zeichnung Berninis. Erst kürzlich wurde in Hamburg ein Bernini entdeckt (vgl. WELT v. 30. Juni).

Bisher unbekanntes Hölderlin-Gedicht

dpa, Tübingen

Ein bisher unbekanntes Werk des Dichters Friedrich Hölderlin hat der Tübinger Germanist Reinhard Breymayer entdeckt. Nach Angaben des Tübinger Nous-Verlags handelt es sich um die „Hymne an die Heiterkeit". Die vor etwa einem Jahr gefundenen 24 Strophen stünden sowohl in biographischer als auch in thematischer Hinsicht einzigartig da. Das Gedicht werfe Licht auf das bislang im dunkeln liegende Ende der Jenaer Zeit Hölderlins (1795) im Umkreis Schillers, Goethes und Fichtes.

Die Arche Noah doch nicht gefunden

AFP, Ankara

Der frühere US-Astronauat James Irwin ist zum dritten Mal mit dem Versuch gescheitert, die Arche Noah zu finden, die der biblischen Geschichte zufolge bei der Sintflut in den Gebirgszügen des 5165 Meter hohen Ararat in der Osttürkei zerschellt ist. Irwin distanzierte sich von den Erklärungen seines Expeditionsleiters Marvin Steffins, der erklärt hatte, er habe die Überreste der Arche gefunden.

Karl-Georg Flicker †

DW. Freiburg

Wie erst jetzt bekannt wird, ist am 22. August 1984 der Verleger Karl-Georg Flicker, Gründer der Pfaffenweiler Presse, im Alter von fünfundvierzig Jahren gestorben. Seit 1974 hat Flicker in dem kleinen Weindorf Pfaffenweiler bei Freiburg bibliophile Bücher gedruckt. Zu den Autoren der Presse gehören Rose Ausländer, Ludwig Harig, Peter Härtling, Karl Krolow, Günter Kunert, Michael Krüger und Gerold Späth.

Ehrgeiz brachte Bonner „Baulöwen" vor Gericht

CHARLOTTE SCHULZ, Bonn

Deutschlands größter Bauunternehmer aller Zeiten wollte der ehrgeizige Bonner Diplom-Volkswirt Claus Winter (52) werden. Alles, was er zustande brachte, war – immerhin – eine der größten Pleiten seiner Zunft.

In dem am 5. September vor der 10. Großen Bonner Wirtschaftstrafkammer beginnenden Prozeß muß sich der gescheiterte „Baulöwe" unter anderem wegen Veruntreuung von 15 Millionen Mark, Betrug und Steuerhinterziehung zusammen mit seiner Frau verantworten – nur ein Bruchteil des wirklichen Schadens. Die Forderungen seiner Gläubiger belaufen sich auf das Zehnfache.

Drei Jahre brauchte die Bonner Anklagebehörde unter Leitung von Staatsanwalt Heinz Henk, um das gigantische Ausmaß der Pleite wenigstens einigermaßen zu erfassen, 4000 Aktenordner wurden durchforstet; derweil wuchs die Anklageschrift zu einem Werk von 243 Seiten.

Mehrere hundert Bauwillige zwischen Bremen, Wuppertal und Konstanz sollen auf den so seriös wirkenden Herren hereingefallen sein. Von den vertrauensselig hingeblätterten Hunderttausenden werden die meisten wohl nicht einen Pfennig wiedersehen.

Im Konkursverfahren gegen Winter resignierte das Bonner Amtgericht und stellte das Verfahren mangels Masse ein. Als die Anklagebehörde Winter 1981 einen unerwarteten Besuch abstattete, hatte dieser offenbar schon nicht einen Penny mehr. Kleinlauf erklärte er sich sofort zu Konkursanträgen bereit. Wahrscheinlich hat Winter bereits kurz nach Gründung seiner drei Firmen „Verwaltungsgesellschaft für Eigentum und Mietbau", „Baufinanzierungs- und Assekuranz-Vermittlungsdienste" und „Bau-, Betreuungs- und Treuhand-Gesellschaft" den Überblick verloren.

Dabei begann der Unternehmensberater eher bescheiden. Im Gründungsjahr '75 legte er sich Grundstücke im Wert von 263 000 Mark zu, steigerte sich aber bald mehr als dynamisch und gab in den folgenden Jahren bis zu 30 Millionen Mark für Immobilien aus, ohne die Projekte vom Vorjahr teilweise überhaupt nur angefangen zu haben. Dazu fehlte ihm das „Großgeld". Für das nötige Kleingeld sorgten jeweils die Bauherren, die bei Beteiligung an einem Bauvorhaben bis zu 20 Prozent aufbringen mußten. Was ihnen blieb, war nur die zweifelhafte Ehre, Kommanditist in einer der etwa 70 von Winter gegründeten Kommanditgesellschaften geworden zu sein.

Besonders sieben der „Hausherren ohne Haus" dürften als Zeugen vor Gericht beim Anblick des „Schulden-Millionärs" Gift und Galle spukken. Sie soll er gleich doppelt hereingelegt haben. Zunächst hatte er ihnen ein Finanzierungs-Darlehen bei einer Bonner Sparkasse besorgt. Später soll daraus durch eine angeblich zinssparende „Umschuldung" ein günstigeres Darlehen bei einer Bremer Bank geworden sein. Das Ende vom Lied: Winter hat die Gelder wohl kassiert; seither aber zahlen die Schuldner zwei Kredite ab.

Der Angeklagte versteht die Welt schon lange nicht mehr: „Meine Berater haben versagt."





Warten und noch mal warten charakterisiert die Lage der Polizei. Zwei Scharfschützen (Bild rechts) in Lauerstellung. „Locker und cool" holte sich einer der Täter (mittleres Foto) gestern morgen das Frühstück ab. FOTOS: AP(2)/DPA

Geiselgangster provoziert Polizei durch Ausflüge ins Freie

DW. Düsseldorf

In der 28. Stunde der dramatischen Geiselnahme in Düsseldorf-Mörschenbroich veränderte sich der Schauplatz vor der Sparkassenfiliale, in der zwei bewaffnete Gangster den Zweigstellenleiter seit Dienstag morgen gefangenhalten, entscheidend: Kurz nach zwölf rollte eine dunkelgraue BMW-Limousine mit Krefelder Kennzeichen, eskortiert von einem kugelsicheren Polizei-Geländewagen, vor den Personaleingang des Bungalows.

Kurz darauf erschien einer der Täter im blauen Overall, maskiert mit einer schwarz-roten Motorradmütze und inspizierte in aller Ruhe das geforderte Fluchtfahrzeug. Deutlich war auf dem Dach mit hellen Klebestreifen ein kleines Funksprechgerät befestigt, über das offenbar das weitere Gespräch mit der Polizei ablaufen sollte. Während seiner überaus gelassenen, aber kritischen Prüfung der Autounterseite fand der etwa 1,80 Meter große, sportlich wirkende Mann einen faustgroßen Sender, den er sofort entfernte.

Sekunden nachdem der Unbekannte wieder im Gebäude verschwunden war, ließ ein plötzlicher Windstoß eine Gummimatte – nächtliche Unterlage eines Scharfschützen – vom Flachdach vor den Wagen wirbeln, für die Gangster offenbar Anlaß genug, noch mißtrauischer zu werden. Nach erneuten Verhandlungen bugsierte ein Fahrer den BMW noch näher an den seitlichen Eingang der Sparkasse. Der Mann im blauen Overall inspizierte den Wagen in der selben Ruhe ein zweites Mal und verschwand in dem Gebäude.

Seitdem herrscht wieder Stille. Lediglich an den nun enger gezogenen Straßensperren sind gepanzerte Schützen in Deckung gegangen. Ein gegen 14 Uhr von dem Fahrer einer Mercedeslimousine vor dem Haupteingang abgestelltes Mittagessen und ein Stapel Zeitungen lassen darauf schließen, daß die Gangster von sich aus jedenfalls dem Drama noch kein rasches Ende machen wollen.

Eine von den Geiselnehmern ausdrücklich bestellte namhafte Wirtschaftszeitung provozierte bei den Beobachtern des Geschehens den makabren Scherz, daß sich die beiden Gangster wohl schon Gedanken um die Verwendung ihres erhofften Reichtums machen: Im Kofferraum des geparkten Fluchtfahrzeugs sind mit großer Sicherheit die geforderten 500 000 Mark Lösegeld für den 61jährigen Filialleiter deponiert.

Später verließ der Gangster noch mehrmals die Bank und überzeugte sich davon, daß die Polizei die Straßensperren inzwischen wieder weggeräumt hatte. Zigarettenrauchend entfernte sich der „Inspizient" knapp 100 Meter vor dem Eingang des Gebäudes. Dann schlenderte er zurück und benutzte bei einem dritten „Ausflug" eine nahe gelegene Fernsprechzelle zum Telefonieren.

Beobachter berichteten, daß er mehrmals Geld eingeworfen, aber offenbar keine Verbindung bekommen habe. Bei seiner Rückkehr zog er betont provozierend einen Revolver und nahm ihn spielerisch von einer Hand in die andere. Weitere „Inspektionsgänge" führten ihn zu einem leeren Polizeistreifenwagen, auf den er sich setzte und mit den Füßen wippte. Danach umkreiste er seelenruhig mehrere Büsche und auch den nach wie vor bereitstehenden Fluchtwagen. Der Mann wirkte bei allen seinen Aktionen ungemein „locker und cool". Derweil blieb der Polizei nichts anderes übrig, als untätig, sozusagen „Gewehr bei Fuß", zuzusehen. Am Morgen hatte sich einer der beiden Gangster zum ersten Mal öffentlich gezeigt, als er Frühstück für drei Personen verlangte.

Ein ähnlicher Überfall hatte sich in Düsseldorf am 5. Juli dieses Jahres ereignet. Damals brachte ein Marokkaner zwölf Menschen sieben Stunden in seine Gewalt.

Duisburger Wohnhaus wurde angesteckt

rtr, Duisburg

Die Brandkatastrophe, bei der Anfang dieser Woche in einem Duisburger Wohnhaus sieben Angehörige einer türkischen Gastarbeiter-Familie ums Leben gekommen sind, ist nach Angaben der Anklagebehörde höchstwahrscheinlich durch Brandstiftung ausgelöst worden. Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Loch teilte gestern mit, nach den bisherigen Ermittlungen sei der Brand von einem offenen Feuer im Flur des Hauses ausgelöst worden. Loch: „Daher müssen wir von vorsätzlicher Brandstiftung ausgehen." Nach seinen Worten ist für Hinweise, die zur Ermittlung des oder der Täter führen, eine Belohnung in Höhe von 10 000 Mark ausgesetzt worden. Das Feuer in dem von acht türkischen und jugoslawischen Familien bewohnten Haus im Duisburger Stadtteil Wanheide war am Dienstag kurz nach Mitternacht im Flur ausgebrochen.

Sprung vom Schiefen Turm

dpa, Pisa

Vor den Augen mehrerer hundert Touristen ist gestern ein 46jähriger Italiener vom Schiefen Turm von Pisa gesprungen. Der Mann war nach dem 30-Meter-Sturz sofort tot.

Schreck in der Luft

AFP, Tokio

Zwölf Personen sind verletzt worden, als ein Jumbo-Jet der Japan Airlines (JAL) über dem Pazifik in eine starke Turbulenz geriet. Die Boeing 747 war am Montag von Tokio nach Vancouver unterwegs, als der Vorfall, der erst jetzt bekannt wurde, in 10 000 Meter Höhe geschah. Die Erschütterungen waren so stark, daß elf Passagiere und eine Stewardeß von ihren Sitzen geschleudert wurden.

Amerikaner lieben Berlin

AP, Berlin

Amerikaner reisen offenbar am liebsten nach Berlin. Nach einer gestern veröffentlichten Bilanz reisten 26 400 von ihnen im ersten Halbjahr 1984 in die geteilte Stadt. Insgesamt stieg die Zahl der ausländischen Gäste um fünf Prozent auf 142 000, darunter 95 600 Touristen aus europäischen Ländern. Auch für 5400 Japaner war Berlin im Orwell-Jahr bisher eine Reise wert. Die Berliner Beherbergungsbetriebe verzeichneten in der ersten Jahreshälfte mit 832 850 Gästen ein Besucherplus von acht Prozent. Die Gäste bleiben durchschnittlich 2,8 Tage an der Spree.

Raubmord aufgeklärt?

dpa, Düren

Einem Raubmord ist in der Nacht zum Dienstag in Düren ein 38 Jahre alter Taxifahrer zum Opfer gefallen. Als Tatverdächtige nahm die Polizei schon am Dienstagnachmittag drei junge Männer und eine Frau im Alter zwischen 18 und 20 Jahren fest.

Schilda läßt grüßen

AP, Bonn

Für Bahnreisende, die im Nahverkehr bis 50 Kilometer die erste Klasse benutzen wollen, wird der Fahrkartenkauf mit Einführung des „Automatenzwanges" vom 1. September an kompliziert. Wie der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Ernst Haar, gestern erklärte, muß der Erste-Klasse-Reisende am Automaten zwei Fahrkarten ziehen, eine für Normalfahrt zweiter Klasse und eine Kinderfahrkarte. Ist der Bahnkunde gar im Besitz eines Seniorenpasses, muß er zunächst den vollen Betrag entrichten und sich die Differenz anschließend erstatten lassen. „Ein wahrer Schildbürgerstreich", kommentierte Haar diese Regelung.

Sumatra bebte

AP, Jakarta

Bei einem Erdbeben im Norden Sumatras sind im Distrikt Tapanuli 123 Menschen verletzt und etwa 350 Wohnstätten sowie 65 Amtsgebäude beschädigt worden. Das Epizentrum der beiden Erdstöße, die eine Stärke von 5,2 auf der Richterskala hatten, lag im Indischen Ozean. Die Regierung hat Hilfsmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung eingeleitet.

ZU GUTER LETZT

„In bezug auf die Schwermetalle könnten sie Wasser aus dem Rhein wieder trinken." Georg Gallus, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, zur Feststellung im Jahresbericht der Wasserwirtschaft, daß die mittleren Schwermetall-Konzentrationswerte in allen überwachten Flüssen unterhalb der Werte der Trinkwasserverordnung liegen.

Ein Schuß daneben, der ins Schwarze traf

SIEGFRIED HELM, London

Wenn betagte Lords und Ritter auf Jagd gehen, lachen in England mitunter – die Moorhühner. Beim jüngsten Zwischenfall auf dem Gut des Earl of Strathmore in der Grafschaft Durham lachte darüber hinaus die ganze Nation. Der betagte Lord, der sein Moorhuhn verfehlte und statt dessen einen Jagdfreund in den Arm und einen Wildhüter ins Bein schoß, war kein Geringerer als Lord Whitelaw, stellvertretender Premierminister Margaret Thatchers und von dieser als verdientes Tory-Schlachtroß erst kürzlich als Viscount in den erblichen Adelsstand erhoben.

Ausgerechnet dieser konservative Spitzenpolitiker – mit Sitz im Kabinett – schießt auf einen Industriekapitän. Was die Pechsträhne komplett machte: Whitelaw (66), der jetzt so kapital danebenballerte, war eigentlich von seiner Chefin dazu ausersehen, Jagd auf die Image-Pannen seiner Partei zu machen, sprich: Fehlschüsse jeglicher Art zu vermeiden.

Das „Wild", das der millionenschwere Großgrundbesitzer zur Strecke brachte, ohne daß es „freigegeben" war: Sir Joseph Nickerson (70), Samengroßhändler, sowie Lord Strathmores Wildhüter Lindsey Waddell. So peinlich war dem Opfer Sir Joseph der Vorfall, daß er sich in aller Stille behandeln ließ. Dagegen wurden dem Wildhüter die Schrotkörner in einem städtischen Krankenhaus entfernt.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Obwohl es bekanntlich kein englisches Wort für Schadenfreude gibt, verpaßten selbst konservative Zeitungen der Nummer zwei in der Tory-Partei so freundliche Titel wie „silly Willie" (dummer Willie) und „Lord Bananenschale".

Ein politischer Ausrutscher, doch auch ein buchstäblicher, wie aus der eilends hinterhergeschossenen Erklärung der Downing Street Nr. 10 ersichtlich wurde: „Lord Whitelaw rutschte aus, dabei löste sich seine Flinte vorzeitig ..." Schützenhilfe von allerhöchster Stelle. (SAD)

USA: Zufriedene Mercedes-Fahrer

dpa/VWD, Detroit

Die Besitzer von Nobel-Limousinen der Marke Mercedes-Benz sind die zufriedensten Autofahrer in den USA. Das ergab die jüngste Umfrage der US-Marketingfirma J. D. Power unter 10 000 Amerikanern.

Auch die meisten anderen deutschen Automarken schnitten bei der Umfrage gut ab. BMW lag an 7. Stelle, Audi an 8. und Porsche an 9. Insgesamt waren bei der Umfrage 31 einheimische und Import-Marken berücksichtigt worden.

Von den amerikanischen Autos konnten sich nur die Luxuswagen der Marke Lincoln (Platz vier) und Ford Mercury (Platz zehn) unter den ersten zehn placieren. Die Plätze zwei und drei belegten die Wagen japanischer Hersteller.

Die in den USA produzierten Volkswagen – „Rabbits" – kamen in der Skala nur auf Platz 21, die aus Deutschland importierten VW-Produkte folgen auf Platz 22. Das Schlußlicht bilden die in den USA in Lizenz gebauten Renault-Modelle. Die aus Frankreich importierten Renault-Modelle lagen auf dem vorletzten Platz.

Gefängnis für Richter

Fünf Jahre Freiheitsstrafe wegen sexuellen Mißbrauchs

dpa, Frankfurt

Zu fünf Jahren Freiheitsstrafe wegen sexuellen Mißbrauchs von acht Mädchen im Alter von acht bis 13 Jahren hat das Landgericht Frankfurt gestern einen 51 Jahre alten, vom Dienst suspendierten Richter desselben Gerichts verurteilt. Dem Angeklagten wurde erheblich verminderte Schuldfähigkeit zugebilligt.

Der Vorsitzende Richter der dritten Strafkammer, Heiner Mückenberger, hob in der Urteilsbegründung zunächst die Schwere des Falles hervor. Der Angeklagte habe über einen Zeitraum von drei Jahren hinweg, vom Sommer 1980 bis August '83, von den acht Mädchen mehr als 1000 pornografische Fotos gemacht und dann nahezu alle denkbaren Formen sexuellen Kontakts mit vier der Mädchen praktiziert. Der Fall sei „ungeheuerlich in seinen Dimensionen" und sprenge mit der „Fülle der Exzesse" den Rahmen aller bisher bekannten Fälle des sexuellen Mißbrauchs von Kindern.

Trotzdem sei die Strafe in der Mitte des bis zu zehn Jahren reichenden Strafrahmens verhängt worden. Dies sei vor allem auf zwei schwerwiegende mildernde Umstände zurückzuführen: Einerseits hätten die Gutachter überzeugend nachgewiesen, daß der Angeklagte aufgrund einer „schweren seelischen Abartigkeit" nicht mehr fähig gewesen sei, die Dynamik seines Abgleitens in die Kriminalität aufzufangen, andererseits habe der Angeklagte den Kindern gegenüber niemals Drohungen oder Gewalt angewandt.

Er habe vielmehr „eine Atmosphäre von Behutsamkeit und Zuwendung" geschaffen, so daß bei den Mädchen offenbar „das Angenehme der Besuche bei ihm" gegenüber etwaigen abstoßenden Erlebnissen überwogen habe. Die Mädchen seien freiwillig und häufig zu dem Angeklagten gekommen. Eine konkrete Schädigung der Mädchen habe nicht festgestellt werden können, da sie wegen des Geständnisses des Angeklagten nicht als Zeuginnen vor Gericht gehört worden seien. Es sei „fraglich, ob tatsächlich ein bleibender seelischer Schaden eingetreten ist".

WETTER: Im Süden sonnig

Wetterlage: Während das nördliche Deutschland von einem schwachen Tiefausläufer beeinflußt wird, bleibt in den übrigen Gebieten das Hochdruckwetter bestehen.

29. August 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Donnerstag:

Nördliches Deutschland: Bei wechselnder Bewölkung gelegentlich leichter Regen, Temperaturen tagsüber wenig über 20 Grad, nachts um 12 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Südwest. **Mittleres und südliches Deutschland:** Überwiegend heiter und niederschlagsfrei. Temperaturen 23 bis 26 Grad, nachts bis 8 Grad zurückgehend, in den Frühstunden verbreitet Dunst und örtlich auch Nebel. Schwacher Wind um West

Weitere Aussichten:

Am Freitag keine durchgehende Änderung, am Wochenende auch im Norden wieder freundlicher.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	28°
Bonn	20°	Kopenh.	19°
Dresden	23°	Las Palmas	24°
Essen	20°	London	20°
Frankfurt	20°	Madrid	23°
Hamburg	21°	Mailand	23°
List/Sylt	19°	Mallorca	24°
München	21°	Moskau	13°
Stuttgart	22°	Nizza	24°
Algier	22°	Oslo	18°
Amsterdam	20°	Paris	20°
Athen	27°	Prag	23°
Barcelona	25°	Rom	20°
Brüssel	20°	Stockholm	20°
Budapest	22°	Tel Aviv	28°
Bukarest	22°	Tunis	27°
Helsinki	12°	Wien	19°
Istanbul	22°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.33 Uhr, Untergang: 20.10 Uhr; **Mondaufgang:** 12.40 Uhr, Untergang: 22.20 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Fliegt ein Pädagoge aus politischen Gründen?

WOLFGANG WILL, New York

Kein Künstler, Schriftsteller oder Journalist, auch kein Unterhaltungskünstler wie John Denver, der sich größte Hoffnungen gemacht hatte, wird der erste „Bürger-Astronaut", der mit einem Raumflugzeug die Erde verläßt – nein: Der erste „Normal-Mensch", der in den Weltraum aufbricht, wird einer aus der Riesenschar von zwei Millionen amerikanischen Lehrern sein.

So wurde es jetzt im Weißen Haus beschlossen (s. WELT v. gestern), so gab es die Nasa im Auftrage Präsident Reagans bekannt, der mit der Wahl eines Pädagogen einen politischen Schachzug vollzogen zu haben glaubt: Denn die Lehrergewerkschaft hatte sich nicht nur gegen ihn, sondern zugleich ausdrücklich für Walter Mondale als den nächsten US-Präsidenten ausgesprochen. Inwieweit sich nun der Reagan-Schachzug als effizient erweist und Lehrer auf Grund dieser Nachricht aus dem „Weißen Haus" dem Medienmagier am 6. November ihre Stimme geben, wird wohl auf ewig ein Geheimnis bleiben. Gleichwohl – die Nachricht hat ihre Wirkung nicht verfehlt und Schlagzeilen gemacht.

An ihrem „Privatmann-Projekt" arbeitet die Nasa seit drei Jahren, und bei ihr haben sich – vor allem aus den Kreisen der Schriftsteller, Journalisten und Künstler – bereits Tausende für die erste Weltraum-Reise registrieren lassen. Diese lange Liste kann jetzt den Archiven überantwortet werden, ist Makulatur geworden. Eine neue wird angelegt: Grundschul- und Hauptschullehrer, die Interesse haben, können sich nunmehr zwischen dem 1. November und dem 1. Januar bei der Nasa um den Weltraum-Ausflug bewerben.

Die Nasa rechnet mit 80 000 Anträgen

Die Nasa rechnet damit, daß bei ihr 80 000 Anträge eingehen werden. Bestimmte Qualifikationen sind allerdings schon notwenig für den großen Flug: Vor allem gesund muß der Kandidat sein. Aber selbst Brillenträger oder Inhaber eines Hörgerätes sind nicht ausgeschlossen.

Der Lehrerberuf wurde bevorzugt, so die offizielle Nasa-Darstellung, weil Pädagogen „große Kommunikatoren" sind und „am ehesten geeignet, als Auge und Ohr der Öffentlichkeit zu dienen". Ein Lehrer, so Nasa-Administrator James Beggs, „übt lebenslangen Einfluß aus und kann vor allem junge Leute bestens für den Weltraum, für die Wissenschaft generell, begeistern". Beggs dazu weiter: „Die Existenz der Nasa schließlich ist abhängig von der Frage, ob es gelingt, auch in Zukunft Spitzentalente zu gewinnen und den Nachwuchs für den Weltraum zu interessieren."

Ein „Bürger-Astronaut" bedarf keiner speziellen Ausbildung. Er wird sich aber im Rahmen eines sechswöchigen Trainings in Houston und am Kennedy Space Center mit bestimmten Einrichtungen des Raumflugzeugs vertraut machen müssen. „Er muß sich schon nützlich machen", meinte dazu ein Astronauten-Ausbilder in Houston. Reine menschliche Nutzlast sind sie also nicht, die Pädagogen, wie sachverständige Berichterstatter diese Mission bisher eingestuft haben.

So wird jeder „Bürger-Astronaut" in der Bedienung der Zubereitung der Mahlzeiten unterrichtet. Dazu ist eine Reihe technischer Kenntnisse des Bord-Öfchens unerläßlich. Spötter gehen daher davon aus, daß hauswirtschaftliche Lehrerinnen besonders qualifiziert für diese Aufgabe seien. Am wichtigsten wird freilich die Unterrichtung für Notfälle: Dazu gehört beispielsweise das Verlassen des Cockpit für den Fall, daß eine Explosion während des Startvorgangs befürchtet werden muß.

Dafür stehen an der Startrampe Abseilvorrichtungen zur Verfügung, mit der sich die Besatzung in Sicherheit bringen kann.

„Bürger-Astronaut" als großer Kommunikator

Aber auch nach geflogener Mission hat der „Bürger-Astronaut" keineswegs Ruhe: Er wird ein Jahr im Auftrage der Nasa die Öffentlichkeit über seinen Flug unterrichten, wird Reden und Vorträge halten, wird sich als der „große Kommunikator" oder Nasa-Propagandist betätigen müssen.

Amerikas erster Lehrer dürfte frühestens Ende nächsten Jahres auf Weltraumreise gehen. Spätestens von 1986 an plant die Nasa, jährlich zwei bis vier Zivilisten mitzunehmen. Irgendwann einmal sollen auch Ausländer darunter sein. (SAD)

